



Stadt Köln

Medienspiegel

**Donnerstag,
12. Februar
2026**

Dieser Medienspiegel der Stadt Köln dient ausschließlich der internen Information. Der Ausdruck für den eigenen Bedarf ist gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe ist als Verstoß gegen § 106 UrhG mit Strafe bedroht. Anregungen, Fragen und Kritik zu diesem Medienspiegel senden Sie bitte an redaktionsbuero@stadt-koeln.de.



Oberbürgermeister

Ein Jeck bei Olympia (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	6
OB Burmester besucht Olympia (Express, 12.02.2026)	7

Verwaltung/ Ämter

Polizei: „Karneval ist kein Freibrief“ (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	8
Das große Abschleppen an den Karnevalstagen (Radio Köln, 12.02.2026)	9
Startschuss für den Straßenkarneval / Was man zu Weiberfastnacht wissen muss / D'r Zoch kütt nicht nur einmal (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)	10
Karnevalsauftakt bei schlechtem Wetter (WELT ONLINE, 12.02.2026)	15
Kölsche Songs unter dem Radar / Rut-wiesse Abrechnung (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	16
WAS HEUTE WICHTIG WIRD (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)	18
Viele Jugendschutz-Verstöße in Kölner Kiosken (Radio Köln, 12.02.2026)	19
Krimineller Bosnier kassiert pro Monat 7250 Euro vom Staat (Bild, 11.02.2026)	20
Kein Ende des Vergabestreits in Sicht (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	21
Straßenkarneval in Kölle - das solltet Ihr wissen (Radio Köln, 12.02.2026)	22

Recht, Sicherheit und Ordnung

Rettungskräfte warnen Jecke vor K.O. Tropfen (Radio Köln, 12.02.2026)	23
--	----

Städtische Gesellschaften und Beteiligungen

Neue Chefin für Kölntourismus (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	24
--	----

Planung und Projekte

Warum Kölns denkmalgeschützten Bahnbrücken der Abriss droht (FAZ.NET, 12.02.2026)	25
--	----



Politik allgemein

Was funktioniert denn noch? (Süddeutsche Zeitung, 12.02.2026)	27
--	----

Politik Regional und regionale Zusammenschlüsse

Zu viel Müll? Stadt verbietet Konfetti beim Fasching (Bild, 12.02.2026)	29
--	----

Landesregierung

Neiddebatte an Grundschulen in NRW (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)	30
Zahlenspiele für Olympia: Die Debatte um die NRW-Sportmilliarde (WDR.de, 12.02.2026)	31
Vorwurf "Versuchte Geheimhaltung" (DIE WELT, 12.02.2026)	33

Abfall und Sauberkeit

Wie nachhaltig ist eigentlich der Karneval? (Radio Köln, 12.02.2026)	35
---	----

Brauchtum

Heute wird der Regen weggelacht (Express, 12.02.2026)	36
Rund 8500 Jecke sind bei den Schull- un Veedelszöch dabei (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	37
Schull- un Veedelszöch: Pänz freuen sich (Express, 12.02.2026)	38

Wirtschaft Bund

Firmen kaum gegen Angriffe geschützt (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)	39
---	----

Wirtschaft in Köln

Der Kranz mit den elf Freunden / Der Pinguin unter den Bieren (Kölnische Rundschau, 12.02.2026)	40
"Wir stoßen bei Preisen an eine Schmerzgrenze" (Express, 12.02.2026)	43
Ford macht Milliarden-Verlust / Ford hat noch Chancen (Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)	46



Flüchtlingsfragen

Fast jedes zweite Asylverfahren reißt Zeitvorgabe/Warum der Zulassungsstopp bei Integrationskursen ausgeweitet wird 48
(DIE WELT, 12.02.2026)

Schärferes Asylrecht gebilligt 50
(DIE WELT, 12.02.2026)

Kölner Verkehrsbetriebe

Schneller zum KVB-Karnevalsticket 51
(Radio Köln, 12.02.2026)

Lastenrad-Projekt der KVB entpuppt sich als Flop 52
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Wohnungsversorgung

Austausch über Wohnprojekte in Köln 53
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Umwelt und Verbraucherschutz

Feinstaub in NRW: Wie ich mich vor dreckiger Luft schützen kann 54
(WDR.de, 12.02.2026)

Flughafen KölnBonn

Streik am Flughafen / Streik bei Lufthansa trifft NRW 56
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Porz

Christliche Werte und jedes Brauchtum' 58
(Kölnische Rundschau, 12.02.2026)

Seniorennetzwerk Humboldt geht in die Selbstständigkeit 59
(Kölnische Rundschau, 12.02.2026)

Bürgertreff in Gremberghoven kann nicht genutzt werden 60
(Kölnische Rundschau, 12.02.2026)

Porzer Jugendliche bauen Heinzl-Figuren für Berufskolleg 61
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Rodenkirchen

Op jöck mit Rodenldrchener Dreigestirn 62
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Straßenkarneval startet in Rodenkirchen mit jecken Gästen 63
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)



Ehrenfeld

Was wird aus „Jack in the box“? 64
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Mülheim

Der Marktplatz soll attraktiver werden 65
(Kölnische Rundschau, 12.02.2026)

Umgestaltung der Dellbrücker Hauptstraße stockt 66
(Kölnische Rundschau, 12.02.2026)

Chorweiler

Baugebiet in Föhlingen ist beschlossene Sache 67
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

„Änze Kääls“ aus Worringen feiern 100. Geburtstag 68
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Lindenthal

Grüner Pfeil auf der Rhöndorfer Straße 69
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Vor der Domsingschule ist es morgens gefährlich voll 70
(Kölner Stadt-Anzeiger, 12.02.2026)

Oberbürgermeister, 12.02.2026

Ein Jeck bei Olympia

Der Oberbürgermeister als Botschafter des Kölner Karnevals in Mailand: Bei seinem Besuch bei den Olympischen Spielen in Italien gemeinsam mit NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (l.) trug Torsten Burmester (r.), wie berichtet, ein Krätzchen, und demonstrierte damit kurz vor dem heutigen Start des Straßenkarnevals

seine Verbundenheit mit dem vaterstädtischen Fest. Burmester und Wüst fieberten auf der Tribüne mit den deutschen Eishockey-Damen mit, die Gastgeber Italien mit 2:1 bezwangen und ins Viertelfinale einzogen.

Der OB und der Ministerpräsident machten aber auch Werbung in eigener Sache – nämlich für die Olympia-Be-

werbung von NRW. Burmester sagte: „In Mailand ist noch einmal deutlich geworden, was Olympische Spiele für eine Region und für die Athletinnen und Athleten bedeuten. Ich erlebe hier einfach eine tolle Stimmung. Die Veranstaltungsorte sind leider weit voneinander entfernt, deswegen ist es der richtige Weg, so wie wir es mit Köln

Rhein Ruhr machen, die Spiele kompakt zu gestalten. Ganz viele Athletinnen und Athleten zusammen in einem Olympischen Dorf unterzubringen, ist ein gutes Konzept.“ Vor dem Spiel traf sich Burmester mit dem Kölner Eishockeyspieler Moritz Müller, der für die Kölner Haie in der Deutschen Eishockey Liga aktiv ist. (fu) Foto: dpa

**Oberbürgermeister, 12.02.2026**

OB Burmester besucht Olympia

Mit NRW-Ministerpräsident Wüst trifft er in Italien einige Sportler

Köln – Kölns Oberbürgermeister Torsten Burmester ist am Dienstag, 10. Februar 2026, gemeinsam mit NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst zu den Olympischen Winterspielen gereist, um dem Team Deutschland, bestehend aus zahlreichen Kölner und NRW-Athleten, die Daumen zu drücken.

Oberbürgermeister Torsten Burmester: „In Mailand ist noch einmal deutlich geworden, was Olympische Spiele für eine Region und für die Athletinnen und Athleten bedeuten. Ich erlebe hier

einfach eine tolle Stimmung. Die Veranstaltungsorte sind leider weit voneinander entfernt, deswegen ist es der richtige Weg, so wie wir es mit KölnRheinRuhr machen, die Spiele kompakt zu gestalten. Ganz viele Athletinnen und Athleten zusammen in einem Olympischen Dorf unterzubringen, ist ein gutes Konzept.“

In Mailand traf sich Burmester unter anderem am Dienstagmittag mit dem Kölner Eishockeyspieler Moritz Müller, der für die Kölner Haie in der Deutschen Eishockey Liga aktiv ist. Im Anschluss be-

suchte der Oberbürgermeister das letzte Vorrundenspiel der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft der Frauen gegen den Gastgeber Italien in der Milano Rho Ice Hockey Arena, bei der die deutschen Spielerinnen mit einem 2:1 in das Viertelfinale einzogen.

Zum Abschluss der Reise besuchten sowohl der Oberbürgermeister als auch der Ministerpräsident am Abend einen Empfang des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und des Deutschen Generalkonsulats Mailand.

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Polizei: „Karneval ist kein Freibrief“

Rund 5000 Kräfte
für die Sicherheit
im Einsatz

VON DANIEL TAAB

Ausgelassen feiern, aber an die Regeln halten: Vor dem Beginn des Straßenkarnevals appelliert die Polizei an die Feiernden, keine Straftaten zu begehen. Kölns Leitender Polizeidirektor Martin Lotz, der die Einsätze an Weiberfastnacht, Karnevalssonntag und Rosenmontag leiten wird, betont: „Alle sollen ausgelassen feiern und wieder sicher nach Hause kommen. Gerade, da mit zunehmendem Alkoholkonsum die Hemmungen fallen und die Aggressionen steigen, sollten alle, die wirklich Spaß haben wollen, Auseinandersetzungen konsequent aus dem Weggehen und die Einsatzkräfte ansprechen.“ Um den Ansturm zu bewältigen, schickt das Ordnungsamt bis zu 400 Mitarbeiter und rund 2600 Sicherheitskräfte von externen Dienstleistern in den Einsatz. Die Polizei setzt bis zu 1500 zusätzliche

Beamte ein. Insgesamt werden rund 5000 Sicherheits- und Einsatzkräfte in den Feiertagen unterwegs sein.

Besondere Sicherheit an der Roonstraße

Angesichts der angespannten Sicherheitslage sprach Lotz bei der Vorstellung des Sicherheitskonzeptes für Karneval von einer „abstrakt hohen“ Gefahrenlage. Es gebe allerdings keine konkreten Warnungen, etwa vor geplanten Attacken auf Menschenansammlungen, sagte der Einsatzleiter weiter. Rechnen müsse man aber mit allem. „Im Moment ist es so ruhig oder so unruhig wie die letzten Jahre auch“, sagte er. Ein Bild aus einer Chatgruppe des Islamischen Staats (IS) hatte in Köln vor dem Straßenkarneval 2025 Sorgen ausgelöst.

Wie in den vergangenen Jahren trifft die Polizei auch diesmal besondere Schutzmaßnahmen an der Sy-

nagoge in der Roonstraße. Das Umfeld wird großräumig abgesperrt und besonders geschützt. Polizeidirektor Lotz betont: „Über guten Geschmack bei der Kostümierung kann man bekanntlich streiten, aber vor der Synagoge gelten andere Regeln. Wer dort mit einer anstößigen Verkleidung auftaucht, die Bezug zum Konflikt im Nahen Osten nimmt oder Andersdenkende provoziert, läuft Gefahr, dass wir einschreiten. Karneval ist kein Freibrief und deshalb sollten alle, die nach Köln kommen, nur eines im Sinn haben: feiern und feiern lassen, friedlich und ausgelassen.“

Und: Feiernde müssen sich auch dieses Jahr wieder auf Personen- und Taschenkontrollen durch die Polizei einstellen. Es gilt weiterhin ein Mitführverbot von Messern aller Art. Hierzu zählen alle öffentlichen Karnevalsveranstaltungen.



Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Das große Abschleppen an den Karnevalstagen

Die ersten Tribünen sind aufgebaut, Bänke und Fahrradständer abgebaut, Drängelgitter stehen parat: Der anstehende Straßenkarneval ist in der Kölner City nicht mehr zu übersehen. Für Autofahrer heißt das: Ab sofort besonders bei der Parkplatzsuche aufpassen.

An vielen Orten in der City gelten Halteverbote, die sonst nicht da sind. Etwa, weil Einsatzkräfte den Platz brauchen oder weil Platz für die Züge und Tribünen gebraucht wird. Das erste große Abschleppen falsch geparkter Autos steht an Weiberfastnacht früh ab 6 Uhr an. Größere Einsätze erwartet das Ordnungsamt auch in den Nächten auf Sonntag und Rosenmontag. Die Stadt rät Autofahrern, genau zu prüfen, ob das Auto richtig geparkt ist. Das gelte auch in den Veedeln, denn auch die Veedelszüge brauchen Platz.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/das-grosse-abschleppen-an-den-karnevalstagen-2570508.html>

Kölner Stadt-Anzeiger

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

WEIBERFASTNACHT

Startschuss für den Straßenkarneval

Wo wird gefeiert, wie ist die Sicherheitslage und wie fährt die KVB? Zum Start des Straßenkarnevals beantworten wir die wichtigsten Fragen rund um Weiberfastnacht. Außerdem: Eine Übersicht über alle Veedelszöch in den kommenden Tagen.

» Seiten 22, 25

Was man zu Weiberfastnacht wissen muss

Köln startet in den Straßenkarneval – Wo gefeiert wird, welche Regeln gelten, und wie Feiernde von A nach B kommen

VON FLORIAN HOLLER

Das Wichtigste zuerst: Wie wird das Wetter?

Zugegeben: Der Wetterbericht für Weiberfastnacht sah in den vergangenen Jahren schonmal besser aus. Die Jecken müssen sich praktisch den ganzen Tag auf mehr oder weniger starken Regen einstellen. Immerhin sollten Temperaturen von bis zu zehn Grad Celsius nicht frieren lassen. Wer draußen feiern möchte, sollte sich aber trotzdem auf ungemütlicheres Wetter einstellen.

Wo wird überall gefeiert?

Die Altstädter von 1922 e.V. eröffnen traditionell die Feier auf dem Alter Markt um 9.30 Uhr. Punkt 11.11 Uhr steht das Dreigestirn mit Oberbürgermeister Torsten Burmester (SPD) auf der Bühne. Danach treten verschiedene Bands auf, unter anderem die Räuber und die Hühner. Wer auf eine Tribüne möchte, braucht ein Ticket. Diese sind allerdings schon ausverkauft. Kostenlos und ohne Tickets kann im Zülpicher Viertel gefeiert werden. Die Studentenmeile hat sich in den vergangenen Jahren zum Hotspot vor allem für die jungen Jecken entwickelt. Zuletzt ist der Hype um das Zülpicher Viertel abgeflacht. Stattdessen strömten immer mehr Jecken in die Altstadt und in die Südstadt.

Wie sichern Polizei und Ordnungsamt die Hotspots Zülpicher Straße und Südstadt?

Das Zülpicher Viertel wird erneut weitläufig abgesperrt. Zusätzlich

zu den bekannten Eingängen an der Roonstraße und vor der Uni-Mensa gibt es diesmal einen dritten Zugang an der Ecke Kyffhäuserstraße/Barbarossaplatz. Sollte der Bereich zu voll werden, werden die Eingänge vorübergehend geschlossen.

Die Uniwiese dient – wie schon im vergangenen Jahr – ausschließlich als Transit- und Ausweichfläche: es gibt keine Bühne, keine Musik, keine Getränke und kein Essen. Allerdings fällt das abgesperrte Areal diesmal etwa ein Drittel kleiner aus. Auch im Hiroshima-Nagasaki-Park richtet die Stadt erneut eine Schutzzone ein, um Müll und Schäden vorzubeugen.

Während das Zülpicher Viertel für viele an Attraktivität verliert, zieht es mehr junge Jecke in die Südstadt und Altstadt. Rund um den Chlodwigplatz kam es am 11.11. zu Müllproblemen, Wildpinkeln und verärgerten Anwohnern. Die Stadt reagiert mit zusätzlichen Toiletten und Abfallbehältern. Die Haltestelle Chlodwigplatz soll stärker gesichert werden, auch Überfahrsperrungen sind vorgesehen. Sperrzonen wie rund um die Zülpicher Straße sind dort jedoch vorerst nicht geplant. Ein Glasverbot – wie es im Zülpicher Viertel, der Altstadt und am Aachener Weiher gilt – wird für die Südstadt nicht eingeführt. Stattdessen setzt die Stadt auf freiwilligen Verzicht sowie Tauschstellen für Pappbecher.

Wie sieht die Sicherheitslage aus? Die Polizei stuft – wie schon in den vergangenen Jahren – die Gefähr-

dungslage als „abstrakt hoch“ ein. „Auch wenn bislang keine Hinweise auf konkrete Gefahren vorliegen, sind alle Einsatzkräfte sensibilisiert“, sagt der Leitende Polizeidirektor Martin Lotz. Zwischen 1400 und 1500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten werden im Einsatz sein, dazu bis zu 400 Mitarbeitende des Ordnungsamts und rund 2600 Sicherheitskräfte externer Dienstleister. Für das gesamte Gebiet gilt ein Messerverbot, auch in den Kölner Bahnhöfen. Die Polizei hat gezielte Kontrollen angekündigt.

Wo finden die Jecke denn sonst Hilfe?

Neben Polizei, Ordnungsamt und Rettungsdienst ist auch das Projekt „Edelgard“ gegen sexualisierte Gewalt wieder unterwegs – bis zu drei mobile Teams patrouillieren an den Karnevals-Hotspots. Unter der Nummer 0221/221 27777 gibt es Beratung und Informationen. Zusätzlich sind 26 Streetworkerinnen und Streetworker im Einsatz. Der Rettungsdienst baut mehrere mobile Hilfsstellen auf; außerdem wird am Perlengraben erneut ein Notfallzentrum eingerichtet.

Wie komme ich von A nach B?

Am sichersten und bequemsten geht es mit Bus und Bahn – besonders, wenn Alkohol eine Rolle spielt. go.Rheinland setzt zwischen Weiberfastnacht und Rosenmontag zahlreiche zusätzliche Züge ein. Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg bietet außerdem ein Karnevals-Ticket für

Fortsetzung...



sechs Tage zum Preis von 32,40 Euro an.

Auch die KVB verstärkt ihr Angebot, muss aber wegen Sperrungen einige Linien anpassen:

Linie 9: Wegen der Sperrung der Zülpicher Straße wird sie ab 7 Uhr ab Neumarkt über die Strecke der Linie 1 bis „Aachener Str./Gürtel“ umgeleitet und fährt von dort weiter bis „Sülz Hermeskeiler Platz“. Die Ersatzbuslinie 109 verbindet „Sülz Hermeskeiler Platz“ und „Universitätsstraße“.

Linie 16: Ab 10 Uhr endet sie aus Bonnkommend an der „Severinstraße“, aus Niehl an der Station „Ubierring“.

Linie 18: Ab 8.30 Uhr wird die Linie zwischen „Barbarossaplatz“ und „Weißhausstraße“ geteilt. Vom Barbarossaplatz fahren die Bahnen zum „Ubierring“. Ein Ersatzbus (Linie 118) pendelt zwischen „Weißhausstraße“ und „Ulrepforte“.

Linie 17: entfällt ab 10 Uhr vollständig.

Haltestellen: „Rathaus“ ist ab 7 Uhr gesperrt und wird von der Linie 5 ohne Halt durchfahren. Ab 9 Uhr entfällt auch die Haltestelle „Zülpicher Platz“ für die Linien 12 und 15. Bei Bedarf kann zudem die Haltestelle „Heumarkt“ gesperrt werden.

D'r Zoch kütt nicht nur einmal

Karneval in den Veedeln – Eine Übersicht

Karnevalssamstag, 14. Februar

Bocklemünd und Mengenich

Veedelszoch, Aufstellung: Schumacherring, ab 14 Uhr, Start: 15 Uhr

Buchforst

Veedelszoch, Aufstellung: Wildunger Str., 13 Uhr

Heimersdorf und Volkhoven/Weiler

Veedelszoch, Aufstellung: Deliastr., ab 12 Uhr, Start: 13.30 Uhr

Höhenberg

Veedelszoch, Aufstellung: Merheimer Heide, ab 12 Uhr, Start: 13.30 Uhr

Kalk/Humboldt/Gremberg

Veedelszoch, Aufstellung: „Am grauen Stein“, ab 13.30 Uhr

Longerich

Veedelszoch durch die Longericher Katholikentagssiedlung, Hermann-Kausen-Straße, ab 13.30 Uhr

Mauenheim

Veedelszoch, Aufstellung: Etzelstr., 14.30 Uhr

Merheim

Veedelszoch, Aufstellung: Detmolder Str., ab 13 Uhr, Start: 15 Uhr

Merkenich

Veedelszoch, Aufstellung: Jungbluthstr., 14.30 Uhr

Ossendorf

Veedelszoch, Aufstellung: Rochusstr., 14 Uhr

Riehl



Veedelszoch, Aufstellung: SBK-Gelände, 14.30 Uhr

Wahn

Veedelszoch, Aufstellung: Nachtigallenstr., 13 Uhr

Weiß

60. Veedelszoch, Aufstellung: Auf dem Klemberg, ab 12 Uhr, Start: 14 Uhr

Worringen

Packelzoo, Aufstellung: St. Tönnis-Str. 18.30 Uhr

Karnevalssonntag, 15. Februar

Innenstadt

Schul- und Veedelszöch, 11.11 Uhr

Bickendorf

Veedelszoch, Aufstellung: Vitalisstr., 10 Uhr

Brück

Veedelszoch, Aufstellung: Kleinfeldchensweg, 13.30 Uhr

Dünnwald

Veedelszoch, Aufstellung: Leuchterstr., 14 Uhr

Ensen und Westhoven

Veedelszoch, Aufstellung: Kölner Str., 16 Uhr

Esch

Veedelszoch, Aufstellung: Greesberger Str./Frohnhofstr., 13.30 Uhr

Flittard

Veedelszoch, Aufstellung: Georg-Zapf-Platz, 14 Uhr

Höhenhaus

Veedelszoch, Aufstellung: Von-Kettler-Str., 14 Uhr

Holweide

Veedelszoch, Aufstellung: Suitbertstr., 13 Uhr

Langel, Rheinkassel und Kasselberg

Veedelszoch, 14.30 Uhr

Longerich

Veedelszoch, Aufstellung: Contzenstr., 13 Uhr

Lövenich und Weiden

Veedelszoch, Aufstellung: Kölner Str., 14 Uhr

Meschenich

Veedelszoch, Aufstellung: Alte Brühler Straße/Everhard-Stolz-Str., 14 Uhr

Neubrück

Veedelszoch, Aufstellung: Europaring, Veedelszoch, 12 Uhr



Niehl

Veedelszoch, Aufstellung: Nesselrodestr., 13.30 Uhr

Ostheim

Veedelszoch, Aufstellung: Marktplatz Rös-
rather Straße/Ludwig-Ronig-Str., 14 Uhr

Poll

Veedelszoch, Aufstellung: Ecke Mül-
lergasse/Querspange, 10 Uhr

Porz

Veedelszoch, Hauptstr., 11:30 Uhr

Porz-Langel

Veedelszoch, 16.15 Uhr, Aufstel-
lung: Hintergasse, Lülisdorfer Str.

Rodenkirchen

Veedelszoch, 14 Uhr

Stammheim

Veedelszoch, Aufstellung: Elias-Gut-Str.,
14 Uhr

Sürth

Veedelszoch, Aufstellung: Linde-Parkplatz, 12 Uhr

Vingst

Veedelszoch, Aufstellung: Marktplatz, 10.30 Uhr

Widdersdorf

Veedelszoch, Aufstellung: Hauptstr., 14 Uhr

Worringen

Kinderkarnevalsumzug, Veedelszoch, Aufstellung: An den Kaulen
(Grundschulen), 14 Uhr

Rosenmontag, 16. Februar

Godorf

Veedelszoch, Aufstellung: Buchfinkenstr./Ecke Amselweg,
11.30 Uhr

Rondorf und Hochkirchen

Veedelszoch, 14.30 Uhr

Worringen

Veedelszoch, Aufstellung: Schmäler Wall / Hackenbroicher
Str., 10 Uhr

Karnevalsdienstag, 17. Februar



Dellbrück

Veedelszoch, Aufstellung: Ecke Dellbrücker Mauspfad, ab 11 Uhr

Deutz



Veedelszoch, Aufstellung: Alter Mühlenweg, ab 14 Uhr

Ehrenfeld

Veedelszoch, Aufstellung: Lenausplatz, ab 13.45 Uhr

Junkersdorf

Veedelszoch, Aufstellung: Alfons-Nowak-Straße, ab 14 Uhr

Mülheim

Veedelszoch, Aufstellung: Tiefentalstraße/Hacketäuerstraße,
ab 14.15 Uhr

Nippes und Weidenpesch

Veedelszoch, Aufstellung: Rennbahnstraße, ab 13.11 Uhr

Pesch

Veedelszoch, Aufstellung: Jakobusstraße / Hubertusstraße, ab 14.11 Uhr

Porz-Zündorf

Lichterzug mit Nubbelverbrennung, Aufstellung: Marktplatz an der
Groov, ab 17.30 Uhr

Südstadt

Veedelszoch, Aufstellung: Wormser Straße, ab 13 Uhr

Sülz

Veedelszoch, Aufstellung: Auerbachplatz, ab 13 Uhr

Zollstock

Veedelszoch, Aufstellung: Kendenicher Straße
(Spitze: Höniger Weg / Südfriedhof), ab 10.49 Uhr

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026**Karnevalsauftakt bei schlechtem Wetter**

Die Wetteraussichten für Weiberfastnacht sind ziemlich schlecht. (Archivbild)Quelle:

Thomas Banneyer/dpa

Orkane, Schneeregen und Blitzeis - im Laufe der Jahre haben die Karnevalisten schon manchem Wetter getrotzt. Diesmal müssen sie sich lediglich auf Regen einstellen.

Vor allem in Köln werden an Weiberfastnacht Hunderttausende Feiernde erwartet. Um den Ansturm zu bewältigen, schickt das Ordnungsamt bis zu 400 Mitarbeiter und rund 2.600 Sicherheitskräfte externer Dienstleister in den Einsatz. Die Polizei setzt bis zu 1.500 zusätzliche Beamte ein. Zuletzt hatte es in Köln eine Debatte um Worte von Oberbürgermeister Torsten Burmester (SPD) gegeben. Er hatte gesagt, man dürfe Feierlichkeiten nicht in eine «Ballermannisierung laufen lassen».

Sicherheitslage «abstrakt hoch»

Die Polizei stuft die Sicherheitslage an den Karnevalstagen als «nach wie vor abstrakt hoch» ein. Es gebe keine konkreten Hinweise, etwa auf geplante Angriffe auf Menschenansammlungen, sagte der Kölner Polizeidirektor Martin Lotz. Rechnen müsse man aber mit allem. «Im Moment ist es so ruhig oder so unruhig wie die letzten Jahre auch», sagte er.

Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes müssen sich die Karnevalisten dabei auf einen regnerischen Start gefasst machen. Bis Freitag sei mit wiederholten und teils länger anhaltenden Regenfällen zu rechnen, teilte der Deutsche Wetterdienst mit. Zudem könne es windig werden, in Verbindung mit Schauern seien starke bis stürmische Böen möglich. Die Höchstwerte liegen demnach bei acht bis elf Grad.

Die Weiberfastnacht stammt aus dem Mittelalter. Die fest zementierten Geschlechterrollen der damaligen Gesellschaften gerieten an Karneval für einige Tage ins Wanken. Ehefrauen verweigerten ihren Männern in der «verkehrten Welt» des Karnevals für kurze Zeit den Gehorsam. Der Brauch, Männern die Krawatten abzuschneiden, ist dagegen noch nicht so alt: Er kam erst nach 1945 auf. Inzwischen ist er rückläufig – wohl auch, weil weniger Krawatten getragen werden.

https://www.welt.de/regionales/nrw/article698d430e62ee8b267c15c31d/karnevalsauftakt-bei-schlechtem-wetter.html?utm_source=chatgpt.com

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Kölsche Songs unter dem Radar

Wer an tollen Tagen noch ein bisschen Abwechslung in seine Karnevals-Playlist bringen will, der findet auch abseits der kölschen Top-Bands viele musikalische Perlen. Die Vielfalt ist groß. Von Kölsch-Folk bis kölschen Tech-Rap, von der Liebesbekundung bis zur knallharten Abrechnung mit der Stadt. >> Seite 21

Rut-wiesse Abrechnung

Auch abseits der großen Kölsch-Bands gibt es in dieser Session spannende Songs für Abwechslung in der Playlist

VON SIMON WESTPHAL

Wer seine Stadt wirklich gern hat, der kann bei der musikalischen Bewertung der Lebenswirklichkeit mehr als nur uneingeschränkte Liebe austeilen. Die Kölsch-Folk-Band Halvlang liefert dafür das wohl beste Beispiel dieser Session. Die Gruppe legt mit „Stadt am Rhing – Stadt am Engk“ eine überraschend erbarmungslose Abrechnung mit der Stadt vor. Müll, Verwahrlosung und der offene Drogenkonsum finden genauso ihren Platz im Lied wie misslungene Plätze und die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche. „Stadt am Rhing, blind vür Jlöck, in rut-wiess Zuckerwatt inje-pack“, heißt es im Refrain. Ein erfrischender Gegensatz zu all den Liebeserklärungen, der dazu auch noch richtig gut klingt.

Die in dieser Session omnipräsente „Karnevalsmaus“ der Bonner Brassband Druckluft ist der uneingeschränkte Hit der Session und hat sich im Laufe des vergangenen Jahres vor allem über die Sozialen Medien in die Ohren der Jecken gespielt. Dort hat sich zuletzt auch eine komplett neue Formation in die Algorithmen der vornehmlich jungen Zielgruppe gearbeitet. Planschemalöör-Gitarrist Pierre Pihl und King-Loui-Sänger Max Rohde bilden das Tech-Rap-Duo @47_kö11sch. Die Titel „Kölsches-mädche“ und vor allem „11 Jecke (Bei 3 ist hier Karneval)“ sorgen im Netz gerade für Furore. Zahlreiche Tanzgruppen greifen die basslastigen Textzeilen in Videos auf. Auch Henning Krautmacher haben die

beiden Musiker bereits für ein gemeinsames Video gewinnen können.

„Was hat das noch mit Karneval zu tun?“

Da könnte sich manch einer fragen: Was hat so etwas überhaupt noch mit Karneval zu tun? Eine spannende Frage, mit der sich viele moderne Bands in den Kommentarspalten von Facebook und Co. herumschlagen müssen. Die Rhythmusportgruppe greift das Thema in „(Nicht mehr) Mein Karneval“ auf. Auf Hochdeutsch singend und in Fußballtrikots auf der Bühne stehend, verkörpern sie – genau wie @47_kö11sch – nicht unbedingt den klassischen Fastelovend. Sagen die Kritiker zumindest. Zu voll, zu laut, zu wenig Niveau, zu viel Yeah und zu wenig Tätätätätä. Aber was ist heutzutage überhaupt noch klassische Karnevalsmusik? An der Antwort ist auch Peter Brings beteiligt, den die Rhythmusportgruppe als Gast-Sänger für den Song gewinnen konnte. Auch seine Band stieß nicht von Anfang an auf offene Türen im Karneval. Das greift auch der Text auf: „Da kamen Bands, die waren barfuß, und andere machten Rock in Karos. Und egal, welche Stadt und welches Jahr, da ist immer irgendjemand, der sagt: Was hat das noch mit Karneval zu tun?“ Wie die Geschichte ausging, ist bekannt.

Apropos Peter Brings. Der ist als gefragte Stimme mit politischer Haltung in den zurückliegenden Monaten so einige Kollaborationen

eingegangen. Gemeinsam mit Miljö singt er die starke Anti-Hass-Hymne „Nie ohne Hoffnung“. Um die Hoffnung auf eine friedlichere Zukunft dreht sich auch „Wem jehürt die Welt“ zusammen mit Kempes Feinst.

Die musikalische Vielfalt ist auch in diesem Jahr gewohnt groß. Hans Danz stellt sich in „ALLaaf“ (ja, mit zwei l) rappend die Frage, wie wir Karneval feiern würden, wenn wir klimabedingt ins All auswandern müssen. Teil der Antwort: „Es ist so leise da oben, als gebe es wie auf dem Brüsseler Platz unnötige Verweilverbote.“ Schöne Wortspiele gibt es in „Rainer us der Diskothek“ von Palaver, die darin bewusst mit musikalischen Rhein-Dom-Kölsch-Erwartungshaltungen brechen. Reimredner Jörg Runge singt in „Dä dä alles kann“ als Tupples vom Land wortgewandt vom großenwahnsinnigen Karnevalsvereins-Präsidenten. Lateinamerikanische Rhythmen liefert der „Fastelovendsmarathon“ von Amago. Karnevallica hat mit „Hätt ich nur noch ene Daach“ wieder eine (sehr gefällige) Hardrock-Nummer produziert.

Starke Newcomer und solide Kölsch-Balladen

Und dann gibt es die vielen Bands, die Jahr um Jahr starke Nummern abliefern und eigentlich eine viel größere Aufmerksamkeit verdient hätten. Die aber bei dem immer größer werdenden Angebot in der breiten Masse unter dem Radar bleiben. Bohei ist so eine Band, die ihren Hörern in Krisenzeiten ein bisschen mehr „Jlitzer“ im Gesicht

Fortsetzung...



wünscht. Oder Auerbach, die mit „Kölle bes zum Schluss“ ans Zusammenrücken in schwierigen Zeiten appellieren. Gute Laune versprüht die Newcomer-Band Favorit gemeinsam mit den Veedelperlen in „Bütz mich“, auch Aluis liefert mit „Laut un scheef“ eine starke Gute-Laune-Nummer. Grundsolide Heimat-Balladen kommen von Bel Air („Ming Colonia“) oder Zesamm („He am Fluss“).

Eine Kategorie, die in diesem Jahr eher unterrepräsentiert ist: das

Mottolied. „Mer dun et för Kölle“ hat nur die Band Dräcksäck ihren Sessionstitel genannt, bleibt damit aber eher unauffällig. Deutlich eingängiger ist da das von zwei Eldorado-Musikern komponierte Mottolied des Dreigestirns: „Loss mer all zesamme stonn“.

Zurück zur rut-wiessen Abrechnung: Die ist am Ende dann doch irgendwie eine Liebeserklärung, verbunden mit der Hoffnung, dass sich die vielen Missstände vielleicht doch noch in etwas Schöneres ver-

wandeln. „Doch ich los dich mi Kölle nit los, zesamme kräge mer dich wieder parat.“

**Stadt am Rhing,
blind vür Jlöck, in
rut-wiess Zuckerwatt
injepack.**

Halvlang
„Stadt am Engk“



Kölner Stadt-Anzeiger

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

WAS HEUTE WICHTIG WIRD

KÖLN

Karneval Hunderttausende Jecke strömen zur Eröffnung des Straßenkarnevals in die Stadt. Um den Ansturm zu bewältigen, schickt das Ordnungsamt bis zu 400 Mitarbeiter und rund 2.600 Sicherheitskräfte von externen Dienstleistern in den Einsatz. Die Polizei setzt bis zu 1.500 zusätzliche Beamte ein.



Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Viele Jugendschutz-Verstöße in Kölner Kiosken

Die Stadt Köln will an Karneval überprüfen, ob Kioske und Gastronomen den Jugendschutz einhalten. Das sei nämlich ganz oft nicht der Fall, sagt ein Stadtsprecher.

Das Ordnungsamt hat erschreckend viele Verstöße entdeckt. Bei Testkäufen versuchen Jugendliche im Auftrag der Stadt an Alkohol und Tabakwaren zu kommen, die sie in ihrem Alter noch nicht kaufen dürften. Viel zu oft hat es geklappt, sagt die Stadt. Vergangene Woche hat die Stadt das in Kalk und Mülheim probiert.

Zwei Wiederholungstäter müssen jetzt ein Zwangsgeld zahlen, sie sind zum vierten Mal aufgefliegen. Auch Polizei und Zoll haben jetzt Grund für Ermittlungen. Die Einsatzkräfte haben aber auch andere Verstöße festgestellt: Illegale Vapes in einem Geheimversteck, un versteuerte Tabakprodukte, gefälschte Designerklamotten. Eine Gaststätte hat die Stadt dicht gemacht, wegen gravierender Hygienemängel. In einer illegalen Gaststätte hat die Stadt Spieltische gefunden und den vermutet, dass hier illegales Glücksspiel läuft.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/viele-jugendschutz-verstoesse-in-koelner-kiosken-2571195.html>



Verwaltung/ Ämter, 11.02.2026

Krimineller Bosnier kassiert pro Monat 7250 Euro vom Staat

... dabei sollte er schon vor 23 Jahren abgeschoben werden

Von DIMITRI SOIBEL
und GEORGIOS
XANTHOPOULOS

Köln – Ausreisepflichtig, kriminell, aber eben auch kinderreich. In Köln beziehen ein Bosnier, seine Frau und deren acht Kinder jeden Monat 7250,77 Euro vom Staat. Dabei dürfte der Mann schon seit 23 Jahren gar nicht mehr in Deutschland sein. Inzwi-

schen ist er mehrfach

straffällig geworden. Das Amt zahlt trotzdem weiter.

Huso B. taucht 2003 in Köln auf. Sein Asyl-Antrag wird kurz darauf abgelehnt: Bosnien-Herzegovina gilt als sicheres Herkunftsland. Huso B. taucht unter – und 2007 wieder auf. Wieder wird er ausgewiesen, wieder bleibt er.

Seit 2010 ist Huso B. der Polizei wegen diverser Betrugsdelikte bekannt. Er gründet eine Familie in Köln, bekommt mit seiner

Frau acht Kinder. Und kas-

siert Stütze vom Staat: jeweils 835,24 Euro für sich und seine Frau, zwischen 630,81 und 817,71 Euro pro Kind, je nach Alter. Macht zusammen über 87.000 Euro im Jahr.

Weil er so viele Kinder hat, wird Huso B. nicht abgeschoben. Und weil die Familie schon lange in Deutschland lebt, bekommt sie nicht mehr nur Grundleistungen für Asylbewerber, sondern „erhöhte Analogleistungen“ in Höhe der normalen Sozialhilfe.

Als BILD ihn in sei-

nem Asylheim anspricht, bestreitet er, so viel Geld zu erhalten. Seine kriminelle Vergangenheit redet er klein: „Die letzte Straftat, die ich begonnen habe, war 2014“, behauptet er. Auch das ist gelogen: Huso B. sollte zuletzt am 8. Dezember 2025 vor Gericht erscheinen. Er soll versucht haben, in einer Drogeriekette mit Gutscheinkarten zu betrügen.

Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Kein Ende des Vergabestreits in Sicht

Juristisches Tauziehen um den Weihnachtsmarkt am Dom geht weiter – Budenzauber droht 2026 auszufallen

VON MICHAEL FUCHS

Der Vergabestreit um den Weihnachtsmarkt auf dem Roncalliplatz geht in die nächste Runde. In Kürze will die Stadt Köln die Konzession für die Durchführung des Marktes in den Jahren 2026 bis 2030 vergeben. Nach Rundschau-Informationen hat sich die „Kölner Weihnachtsgesellschaft mbH“ (KW), die den Markt seit 2010 veranstaltet, bei der Bewertung der Angebote durch die Verwaltung erneut als beste Bewerberin durchgesetzt und soll den Zuschlagerhalten. Doch ein unterlegener Bieter hat bereits bei der Stadt dagegen protestiert. Sollte er den Rechtsweg beschreiten, droht der Markt in diesem Jahr auszufallen. Aber der Reihe nach.

Bis zu fünf Millionen Gäste besuchen jedes Jahr den Weihnachtsmarkt am Dom, er wurde von der London Times als bester in Europa ausgezeichnet. Bei der Vergabe geht es um sehr viel Geld, dementsprechend wird mit harten Bandagen um die Konzession für die nächsten fünf Jahre gekämpft. Im ersten Auswahlverfahren im Sommer 2025 hatte sich die Kölner Weihnachtsgesellschaft durchgesetzt. Doch nach Intervention unterlegener Bieter hob die Stadt Köln das Verfahren im August auf. Begründung: Es habe Fehler in der Ausschreibung gegeben. Gegen diese Entscheidung legte die KW im November Beschwerde bei der Vergabekammer Rheinland der Bezirksregierung Köln ein – sie hielt die Aufhebung für ungerechtfertigt. Parallel startete die Stadt ein neues Ausschreibungsverfahren.

Abgabetermin für die Angebote war der 19. Dezember, am 30. Januar

präsentierten die Bewerber ihre Konzepte einer Findungskommission aus Vertretern der Stadtverwaltung. „In der Woche danach haben wir von der Vergabestelle der Stadt Köln den Hinweis erhalten, dass wir für den Zuschlag vorgesehen seien“, bestätigte KW-Geschäftsführerin Monika Flocke der Rundschau. „Deshalb werden wir unsere Beschwerden bei der Vergabekammer Rheinland zurückziehen.“ Wenn dies erfolgt ist, kann die Stadt formal den Zuschlag erteilen.

Doch der Vergabezoff ist damit nicht vorbei. Wie der „Express“ berichtete, haben Anwälte der Kanzlei Lenz & Johlen im Auftrag eines Mitbewerbers bei der Stadt interveniert. Dabei handele es sich um den Bauer des Dreigestirns von 2009, Bernd Tschirschnitz, ein Gastronomie- und Getränkegroßhändler.


Demnach rügen die Anwälte, dass der Berliner Rapper Sido, bürgerlich Paul Würdig, seit 2024 über ein Firmengeflecht an der Kölner Weihnachtsgesellschaft beteiligt sei. Da-

rum an der Kölner Weihnachtsgesellschaft beteiligt sei, bestätigte Monika Flocke auf Anfrage. „Dabei handelt es sich jedoch um eine rein finanzielle Beteiligung. Sido kann keinerlei Einfluss auf das operative Geschäft der KW und die Ausgestaltung des Weihnachtsmarkts am Dom nehmen.“

Doch noch ein weiterer unterlegener Bieter erwägt, den Rechtsweg zu beschreiten und Beschwerde bei der Vergabekammer einzulegen. Es handelt sich um Ralf Schlegelmilch, Präsident der Will Ostermann Gesellschaft und Geschäftsführer des Veranstaltungsdienstleisters „Die Feermacher“. Sein Anwalt Rolf Bietmann sagte der Rundschau, man prüfe den Fall und werde sich bald inhaltlich dazu äußern. „Derzeit spricht vieles dafür, dass wir den Vorgang vor die Vergabekammer bringen werden.“

Die Stadt Köln wollte sich auf Anfrage nicht zum Stand des Verfahrens äußern. Sie wiederholte frühere Aussagen, man habe „alles Notwendige unternommen, um ein diskriminierungsfreies Vergabeverfahren zu gewährleisten“.

Sollte die Vergabekammer entscheiden, dass die Vergabe des Weihnachtsmarkts an die KW rechters war, könnten unterlegene Bieter das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf anrufen. Dann stünde wegen der langen Verfahrensdauer zu befürchten, dass der Weihnachtsmarkt am Dom dieses Jahr ins Wasser fällt. Im Rechtsstreit um die Deutzer Kirmes hat der Gang zum OLG bereits dazu geführt, dass das Volksfest zweimal ausgefallen ist und auch an Ostern 2026 nicht stattfinden wird (wir berichteten).

 **Derzeit spricht vieles dafür, dass wir den Vorgang vor die Vergabekammer bringen werden.**

Rolf Bietmann
Anwalt

durch bestehe die Gefahr eines „Reputationsschadens“ für die Stadt Köln, die Hohe Domkirche und den Weihnachtsmarkt am Dom.

Es treffe zu, dass Sido seit 2024 an einer Firma beteiligt sei, die wieder-



Verwaltung/ Ämter, 12.02.2026

Straßenkarneval in Kölle - das solltet Ihr wissen

Köln wirft sich so langsam ins Kostüm und bereitet sich auf ein ausgelassenes Weiberfastnacht vor. Tausende zusätzliche Polizisten, private Sicherheitskräfte und Feuerwehrleute sind heute auf Kölns Straßen im Einsatz.

Auch die Einsatzkräfte sind auf einen Ausnahmezustand vorbereitet. Die Polizei appelliert an die Feiernden, Gegenstände, die gefährlich sind oder auch im Kostüm auch nur so aussehen, zu Hause zu lassen. Die Synagoge auf der Roonstraße wird wieder besonders geschützt. Lotz sagte, man werde auf Provokationen jeder Art entschlossen und konsequent reagieren. Das Ordnungsamt wird in diesem Jahr auch besonders darauf achten, dass die Kneipen nicht gefährlich voll und alle Rettungswege frei sind. Nach dem Chaos am 11.11. in der Südstadt wird rund um den Chlodwigplatz diesmal einiges anders sein, verspricht Dirk Käsbach, der Leiter des Ordnungsamtes:

"Ich glaube, wir haben mehr als ein bisschen reagiert. Wir werden verstärkt überwachen, wir werden Glasrückgabestellen anbieten, um Getränke umzufüllen aus Glas in Pappbechern. Und wir hoffen, dass das Wirkung zeigt. Die Haltestellen werden dort abgesperrt, so dass vermieden wird, dass Personen dort auf den Gleisen sind."

Rechnet damit, dass die Bahnen heute nicht wie gewohnt fahren, wenn es an Heumarkt, Zülpicher Platz und Barbarossaplatz zu voll wird. Auch die Deutzer Brücke wird in Richtung City für Autos gesperrt.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/strassenkarneval-in-koelle-das-solltet-ihr-wissen-2571600.html>



Recht, Sicherheit und Ordnung, 12.02.2026

Rettungskräfte warnen Jecke vor K.O. Tropfen

Wenn der Straßenkarneval losgeht, dann bekommen die Rettungskräfte bei uns in Köln auch wieder viel zu tun. Vor allem K.O. Tropfen sind dann ein Problem. Die Malteser in Köln warnen davor und geben Tipps, wie ihr euch schützen könnt.

Bleibt am besten immer zusammen und passt gegenseitig auf euch und eure Getränke auf. Nehmt keine offenen Getränke von Fremden an, wenn ihr nicht gesehen habt, wie sie eingeschenkt oder geöffnet wurden. Und falls es doch passiert, es jemandem schwindelig, übel wird oder er oder sie sogar das Bewusstsein verliert, dann stabile Seitenlage und sofort die 112 wählen. Auch das Land bietet ein Hilfetelefon an. Und vor allem: Lasst die Person nicht allein. Und auch wenn es allen gut geht: Verlasst die Party am besten zusammen.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/rettungskraefte-warnen-jecke-vor-ko-tropfen-2570509.html>

Städtische Gesellschaften und Beteiligungen, 12.02.2026

Neue Chefin für Kölntourismus

Stephanie Kleine Klausing wird zum 1. April neue Geschäftsführerin von Kölntourismus, der Tourismus-Organisation der Stadt Köln. Das hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen. Sie ist Prokuristin und seit mehr als 17 Jahren im Unternehmen tätig. Kleine Klausing folgt auf Jürgen Amann, der nach Berlin wechselt. >> Seite 22

Neue Chefin für Kölntourismus

Prokuristin Stephanie Kleine Klausing übernimmt Geschäftsführung – Jürgen Amann wechselt nach Berlin

VON MICHAEL FUCHS

Kölntourismus, die offizielle Tourismus-Organisation der Stadt Köln, bekommt eine neue Chefin. Nach Rundschau-Informationen hat der Aufsichtsrat der Gesellschaft am Mittwochabend in einer Sondersitzung grünes Licht für einen Wechsel an der Spitze des Unternehmens gegeben. Dem Vernehmen nach darf der bisherige Geschäftsführer Jürgen Amann die Gesellschaft, die sich zu einhundert Prozent im Besitz der Stadt Köln befindet, vorzeitig zum 31. März verlassen – das ist in rund sechs Wochen. Sein Arbeitsvertrag lief eigentlich noch bis 31. Januar 2027. Wie die Rundschau bereits im Dezember berichtete, wechselt Amann nach Berlin, wo er zum 1. Juni Geschäftsführer der Tourismus-Organisation „Visit Berlin“ wird.

Nachfolgerin von Amann in Köln wird eine interne Bewerberin mit langer Tradition im Unternehmen: Stephanie Kleine Klausing ist laut ihres Profils auf dem Business-Netzwerk „LinkedIn“ bereits seit mehr als 17 Jahren bei Kölntourismus beschäftigt, davon mehr als 13 Jahre in Leitungspositionen. Sie amtiert zurzeit als Prokuristin und Bereichsleiterin Destination. Kleine Klausing ist eine von insgesamt drei Bereichsleiterinnen, die die Geschäftsführung unterstützen.

Ihre Berufsausbildung absolvierte sie an der Hochschule Osnabrück, wo sie European Business Studies studierte, sowie an der Ecole supérieure de Commerce de Lille. Nach dem Studium war sie von 1999 bis 2008 bei der Koelnmesse beschäftigt, zu ihrem Aufgabenbereich ge-

hörten dort unter anderem Veranstaltungsort-Management, Projektplanung, Marketing und Strategie.

Danach wechselte Kleine Klausing zu Kölntourismus. Über den Informationsauftrag des Unternehmens sagte sie in einem Interview mit „TourismusNewsDeutschland“: „Das Wichtigste ist, dass Kölntourismus als ein Partner und Ansprechpartner wahrgenommen wird, der qualitativ hochwertige Informationen und Inhalte bereitstellt.“ Neben der Website, einem Call-Center und den Sozialen Medien sei „nach wie vor unser Service-Center gegenüber dem Dom an 364 Tagen im Jahr eine wichtige Anlaufstelle für hunderttausende Menschen. Der persönliche Kontakt ist auch in Zeiten der Digitalisierung ein wichtiger Faktor.“ Dem Vernehmen nach setzte sich Kleine Klausing gegen rund ein halbes Dutzend externer Bewerberinnen und Bewerber durch. Sie soll die Geschäftsführung zum 1. April übernehmen.


Jürgen Amann, der aus Oberbayern stammt, war im Februar 2020 nach Stationen in Ingolstadt und Dresden nach Köln gekommen. Der promovierte Wirtschaftsgeograph hatte bei Kölntourismus einen Fünfjahres-Vertrag bis Anfang 2025 erhalten. Dem Vernehmen nach hätte er gerne für weitere fünf Jahre in Köln verlängert. Doch der Aufsichtsrat von Kölntourismus bot ihm nur einen Zwei-Jahres-Vertrag und beschloss gleichzeitig, eine Findungskommission mit der Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger zu betrauen.

Offenbar war man im Aufsichtsrat mit seiner Arbeit nicht vollends zufrieden – trotz guter Zahlen. 2024 wurden in Köln rund 4,2 Millionen Gäste und erstmals über sieben Millionen Übernachtungen gezählt, der Tourismus-Umsatz betrug rund 5,5 Milliarden Euro. Aus dem Aufsichtsrat war auch zu hören, es sei unverständlich, dass man Amann nicht in Köln habe halten wollten. Auf der Suche nach einem neuen Job wurde

Amann in Berlin fündig. Dort habe er sich „aus einem Feld von weit über 100 Bewerberinnen und Bewerbern durchgesetzt“, teilte sein neuer Arbeitgeber „Berlin Tourismus und Kongress GmbH“ am 16. Dezember 2025 mit.

Amann wird bei „Visit Berlin“ als Geschäftsführer „Destinationsmarketing & Commercial“ tätig sein, Vorgänger Burkhard Kieker geht in den Ruhestand. Aufsichtsratschef Oliver Schumacher war bei der Bekanntgabe des Wechsels voll des Lobes über den Neuzugang aus Köln, er sagte: „Mit Jürgen Amann haben wir einen ausgewiesenen Tourismus-Profi an Bord geholt. Gemeinsam mit der zweiten Geschäftsführerin Sabine Wendt werden die beiden ein starkes Duo bilden und Berlin als eine der weltweit führenden Destinationen voranbringen.“

Über seine neue Aufgabe in der Hauptstadt sagte Jürgen Amann: „Die Metropole Berlin ist eine der spannendsten Destinationen der Welt. Ich freue mich sehr auf die Aufgabe, zusammen mit Sabine Wendt und dem gesamten Team, Berlin als attraktives Städtereiseziel zu entwickeln und zu vermarkten.“

 **Der persönliche Kontakt ist auch in Zeiten der Digitalisierung ein wichtiger Faktor.**

Stephanie Kleine Klausing
Neue Chefin von Kölntourismus

Planung und Projekte, 12.02.2026**BEDROHTE INDUSTRIEKULTUR****Warum Kölns denkmalgeschützten Bahnbrücken der Abriss droht**

Peter Kropmanns

Vier Bahnbrücken, die der Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs verschont hat, droht jetzt der Abriss. Die Deutsche Bahn argumentiert pragmatisch, aber wenig glaubwürdig. Zur App Köln wurde im Zweiten Weltkrieg zu Schutt und Asche gebombt. Wenn heute Teile der rar gewordenen historischen Bausubstanz bedroht sind, sollte daher größte Aufmerksamkeit gelten. Zum architektonischen Erbe der Stadt zählt ein Ensemble von vier stählernen, unterschiedlich gestalteten Eisenbahnbrücken des neunzehnten Jahrhunderts. Sie gehören zur linksrheinischen Strecke nach Brühl und Bonn, die vom Hauptbahnhof über einen Damm mit den Bahnhöfen Köln-West und Köln-Süd sowie ebendiesen Brücken aus der Domstadt hinausführt. In den Jahren um 1880 errichtet, stellen die 2012 als technische Denkmale eingetragenen Bauwerke Zeugen rheinischer Industriearchitektur und Eisenbahngeschichte sowie Kölner Stadtentwicklung dar. Sie überspannen ebenerdige Unterführungen, die, mittelalterlichen Stadttoren vergleichbar, Innenstadt und äußere Stadtteile verbinden. Tagtäglich werden diese Unterführungen von unzähligen Autofahrern, Fahrradfahrern und Fußgängern benutzt und dabei vielleicht als schmutzig, aber jedenfalls als interessant wahrgenommen. Jetzt will die Deutsche Bahn sie alsbald abreißen und durch Neubauten ersetzen. Der nicht nur an Karneval besungene Lifestyle der rheinischen Metropole – „Kölle, dat es e Jeföhl“ – wird von diesem Vorhaben an neuralgischen Stellen unmittelbar und empfindlich berührt. Denn die Schwünge und Rhythmen der mit Nieten übersäten Träger und Bögen aus Metall sowie ihr Spiel von Licht und Schatten haben auf Anwohner und Passanten bewusst oder unbewusst stets positiv gewirkt. Die Unterführungen weisen im Sockelbereich Natur- oder Werkstein auf und in ihren oberen Zonen Fliesen von Villeroy & Boch aus Mettlach. Ästhetik, die auf sorgfältiger Gestaltung beruht. Die nach wie vor witterungsresistenten Kacheln sorgten, als sie noch weiß waren, für Helligkeit. Doch was Ruß, Taubendreck und schlechte Ausleuchtung zum Schlechten bewirken, sind Äußerlichkeiten, die in den Griff zu kriegen sind. Maßgeblich ist, dass die Brücken kleine Perlen der Architektur sind und beim Passieren eine unverwechselbare Raumwirkung entfalten. Ihre auf sorgfältiger Gestaltung beruhende Ästhetik erlaubt es, sich zu orientieren, mit Umgebung und Wegen zu identifizieren und unterwegs einen im Alltag besonderen Moment zu erleben. Welches Desaster dagegen Neubauten der Deutschen Bahn versprechen, kann man schon jetzt in der Kölner Altstadt-Nord bestaunen, wie bei der mittelalterlichen Kirche St. Ursula und am Gereonswall: An die Stelle feingliedriger Konstruktionen sind hingeklotzte Betonbalken ohne jedweden Charme getreten, als gäbe es in diesem Land weder Architekten und Designer noch Geschmack und Stilgefühl. Hier möchte man weder durchgehen noch nebenan arbeiten oder leben müssen.

Die Brücke an der Venloer Straße in Köln: Die letzte Entrostung fand Ende des Jahres 1963 statt. Peter Kropmanns Zu den vier durchaus eleganten, aufgrund ihrer notorischen Vernachlässigung mittlerweile rabenschwarzen Bauwerken gehören die beiden Brücken über die Venloer Straße und die Vogelsanger Straße. Unter ihnen durch gelangt man vom gründerzeitlich-neustädtischen Belgischen Viertel und dem Stadtgarten mit dem Jazz-Hotspot zum Bahnhof Köln-West, zum Park Grüngürtel und zum Stadtteil Ehrenfeld. An ihren Bögen ist vermerkt, wann sie zuletzt entrostet und gestrichen wurden – erstere 1963, die andere 1959. In den letzten sechs Jahrzehnten sind nennenswerte Pflegemaßnahmen der beiden Brücken an Zulpicher Straße und Luxemburger Straße ebenfalls nicht in die Stadtchronik eingegangen. Die im Denkmalschutzgesetz verankerte Pflicht zu Pflege und Erhalt wird einfach ignoriert, bis dass auch der Letzte – vom schmutzigen Zustand Rückschlüsse auf die Substanz ziehend – die Mär vom maroden Zustand nachplappert. Während die Deutsche Bahn den Brücken das „Ende ihrer technischen Nutzungsdauer“ dekretiert, sind die Stahlbogenkonstruktionen, für die es grundsätzlich kein Verfallsdatum gibt, aus Sicht der Denkmalpflege noch voll 11.02.26, funktionstüchtig. Sie müssten lediglich saniert und dann turnusmäßig kontrolliert werden, um für die nächsten Jahrzehnte fit zu bleiben. Der Kölner Architekturhistoriker und Industriearchäologe Alexander Kierdorf hält die historischen Auf- und Widerlager für weiterhin belastbar, etwa für einen sogenannten „erneuerten Überbau“, und bemängelt, dass die Bauwerke „theoretisch / rechnerisch, aber nicht praktisch, etwa durch Materialtests“ bewertet wurden. Kierdorf,

Fortsetzung...



zugleich Vorsitzender des Regionalverbands Köln des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL), folgert, dass „wesentliche Parameter sowie tatsächliche Lastreserven“ in der mageren, aber umso suggestiver vorgebrachten Argumentation der Deutschen Bahn kaum eine Rolle spielen.

Das Unternehmen scheint auch detaillierte Gutachten ausgewiesener Experten zu ignorieren, darunter Statiker, wenn sie dem Ziel Abriss und Neubau nicht dienen. Übrigens hat es auch noch nicht vorgerechnet, dass eine Sanierung teurer wird und länger dauert. Obwohl vielen Bürgern keinesfalls gleichgültig ist, wie sich ihre Umgebung präsentiert, wird derlei selten öffentlich diskutiert – oder nur das daran Vorübergehende, nämlich was an monatelangen Sperrungen auf Verkehrsteilnehmer zukommt, so schlimm sie sind. Das vor einigen Monaten veröffentlichte Fazit zur desolaten Lage der deutschen Denkmäler war ernüchternd, ja unerträglich. Dabei können Relikte aus der Vergangenheit Gegenwart und Zukunft bereichern. Gerade in der Domstadt, die sich stets als wichtiger Standort in Sachen Kunst und Kultur verstand und wohl auch in Zukunft noch damit werben will, ist weiterer Verlust nicht hinnehmbar. Auch hier gilt: „Arsch huh, Zäng usseinander!“ – raus aus der Komfortzone, Mund aufgemacht. Die Kölner sollten dem RVDL dafür dankbar sein, dass er ihnen jetzt vorangeht und beim Eisenbahn-Bundesamt Einspruch eingelegt hat.

Was funktioniert denn noch?

Vereiste Fußwege, unsichere Regionalzüge: Versagt der Staat bei der Daseinsvorsorge? Oder ist das nur ein populistisches Gefühl?

Was erwartet man vom Staat? Als vergangene Woche ein Zugbegleiter in einem Regionalzug bei Kaiserslautern von einem Fahrgast ohne Fahrkarte angegriffen wurde und seinen Verletzungen erlag, da war die Sache ziemlich klar: Der liberale Staat muss für die Sicherheit seiner Bürger sorgen, aller natürlich, aber erst recht für die Sicherheit derjenigen, die ihn am Laufen halten. Das ist eine seiner Mindestaufgaben.

Also waren die Forderungen: härtere und schnellere Strafen, vor allem aber eine stärkere Besetzung in den Zügen und mehr Sicherheitspersonal, ergänzt durch bessere technische Sicherheitsvorkehrungen wie Warn-Apps und Kameras. Zwar kann es nie eine volle Sicherheit geben, weil sie auch von Zufällen abhängt; das Sicherheitsgefühl hat auch subjektive Komponenten; und wenn es um den öffentlichen Raum geht, muss auch über Verrohung und Zivilcourage geredet werden, also über Dinge, die der Staat nicht direkt verantwortet – und trotzdem herrscht in solch einem Fall Einigkeit über die Erwartung. Zu verhandeln ist dann über Ressourcen und Prioritäten, so wie es jetzt auf einem „Sicherheitsgipfel“ am Freitag geschehen soll.

Ein anderer Fall, der zuletzt die Gemüter bewegte, sieht auf den ersten Blick ähnlich aus: die erheblichen Probleme mit Glatteis auf Fußwegen in Berlin und in anderen Städten. Während sich die Eisdicken im Tauwetter jetzt erst einmal auflösen, bleiben die Schäden der Ausgerutschten, die an Knochenbrüchen laborieren, und es bleibt viel Unmut: Müssen denn die Behörden und Stadtregierungen solche Zustände nicht verhindern, damit die Menschen sich sicher bewegen können? Sind die ungeräumten Wege nicht sogar ein Symptom dafür, dass man in Deutschland die einfachsten staatlichen Dienstleistungen nicht mehr hinkriegt?

Nun ist die Sache allerdings in der Hauptstadt und andernorts gesetzlich so geregelt: Die Pflicht zur Räumung der Gehsteige vor den Häusern liegt bei den Anliegern, also den Hauseigentümern. Das Staatsversagen ist also eigentlich ein Hausbesitzerversagen. Die Räumpflicht auf den angrenzenden Gehwegflächen kann man verstehen „als eine öffentlich-rechtliche Last, die auf dem Grundstück liegt“, erklärt der Göttinger Staatsrechtler Florian Meinel im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* – ähnlich wie die Pflicht der privaten Eigentümer, Abfall zu beseitigen oder Erschließungsgebühren zu bezahlen.

Zugleich ist es den Hauseigentümern seit einigen Jahren gesetzlich untersagt, Streusalz gegen Schnee und Glätte einzusetzen, weil das Salz Gewässer, Böden und Bäume schädigt. „Das ändert aber an der Räumpflicht nichts“, stellt Florian Meinel trocken fest: „Da muss man halt besser kratzen oder früher aufstehen.“ Weil aber die ökologischen Auflagen einer öffentlichen Zielsetzung folgen, und weil der Naturschutzbund „Nabu“ eine Ausnahme von dem Salzverbot in Berlin gerichtlich verhindert, wird der Zorn übers Glatteis – aus gewiss oft verständlicher Ahnungs- und Hilflosigkeit – an die Adresse der Politik und des Umweltschutzes umgelenkt.

So stürzte etwa der frühere „Tageschau“-Sprecher Jan Hofer, kam aber nicht auf den Gedanken, sich bei den Räumpflichtigen zu beschweren, sondern beschuldigte öffentlich und sarkastisch den Umweltschutz („Danke, Nabu!“). Staatsrechtler Meinel findet das kurios, aber bezeichnend dafür, wie Ansprüche immer mehr politisiert werden: „So ist die Räumung der Gehsteige in der Wahrnehmung zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden, obwohl das rechtlich nicht stimmt.“

Kann der Staat also gar nichts ausrichten gegen die Schneeräum-Muffel? Doch, die Behörden, die Ordnungsämter können kontrollieren, mahnen und dann die Pflicht ersatzweise vollstrecken, das heißt: die Arbeit machen lassen und dem Hauseigentümer in Rechnung stellen. Was aber in Einzelfällen – wenn etwa alte Ölfässer auf einem verlassenen Grundstück entdeckt werden – praktikabel sein mag, ist an Schnee- und Frosttagen in einer Großstadt, wenn Zehntausende Eigentümer auf einmal die Wege nicht räumen, „völlig illusorisch“, erklärt Florian Meinel: „Darum ist der faktische Hebel auch nicht die Vollstreckung, sondern die Haftung.“ Wenn also jemand Schaden nimmt auf ungeräumtem Bürgersteig, haftet der Anlieger.

Unbefriedigend? Dann kann man politisch zu dem Schluss kommen, dass die

Schneeräumung auf den Gehsteigen doch in staatliche Hand gehört – entweder grundsätzlich oder in Ausnahmesituationen bei Extremwetter (wobei man fragen kann, ob strenger Frost in Berlin dazu zählt). Genau diesen Weg will die CDU-SPD-Koalition in Berlin unter Kai Wegner jetzt gehen, mit einer Gesetzesänderung für den Eis-Notstand, über die an diesem Donnerstag im Abgeordnetenhaus erstmals beraten werden soll. Allerdings: „Wenn die städtischen Winterdienste, sagen wir, fünf-

mal mehr Personal und Geräte vorhalten müssen“, sagt Florian Meinel, müssten die Menschen mit deutlich höheren Gebühren rechnen. „Dann beschweren sie sich halt auch wieder.“ So ist das im demokratischen Rechtsstaat – man muss Interessen und öffentliche Güter gegeneinander abwägen. Da ist die Schneeräumung ein Beispiel von vielen.

Die starke Erregung und Enttäuschung indes, mit der das „Versagen“ staatlicher

Dienstleistungen beklagt wird, scheint ein größeres politisches Problem anzuzeigen. Versäumte Investitionen in die Infrastruktur, die trotz neuer Schulden, so der allgemeine Eindruck, bisher nur zaghaft angegangen werden; arme Kommunen, die durch hohe Sozialleistungen gebunden sind; Personalmangel trotz wachsender Arbeitslosigkeit, träge Verwaltungsstrukturen und die Wirtschaftslage – all das erzeugt ein Unzufriedenheits- und Mangelgefühl, das sich in Ansprüchen an einen „funktionierenden“ Staat artikuliert. Da kommt ein deutscher Begriff ins Spiel, der im Vergleich zu den Entsprechungen in anderen Sprachen wie *public services* recht hochtrabend klingt: die „Daseinsvorsorge“.

Eingeführt hat diesen Begriff der bedeutende Jurist Ernst Forsthoff (1902–1974) in seiner Schrift „Die Verwaltung als Leistungsträger“ von 1938 – über diesen Ernst Forsthoff, der sich mit den Nationalsozialisten arrangierte und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Professor in Heidelberg wurde, hat der Göttinger Staatsrechtsprofessor Florian Meinel die maßgebliche Biografie geschrieben. Das Wort „Daseinsvorsorge“ klingt nicht von ungefähr an die existenzialistische Philosophie an – die Grundidee ist: Der moderne Mensch in der technisierten Massengesellschaft braucht, um noch sozialen Zusammenhalt zu erfahren, eine „politisch-administrative Stabilisierung der Existenz“ durch die staatliche Verwaltung, so fasst es Meinel zusammen.

Damit man seine Lebensführung, sein Dasein bewältigt, muss also die öffentliche Hand, so der Gedanke, vieles an Infrastruktur vorsorgend bereitstellen: vom Gassanschluss über die Müllabfuhr bis zu Schwimmbädern, Schulbildung, Nahverkehr und Feuerwehr. Und diese „Daseinsvorsorge“ kann immer wieder ausgeweitet werden: Deutscher Wetterdienst, Flugsicherung, Kinderbetreuung, freies WLAN ... Das geht also über Mindestaufgaben, die

Fortsetzung...



der Staat nach liberalem Verständnis hat (etwa innere und äußere Sicherheit), hinaus.

Die Idee der Daseinsvorsorge prägte den Ausbau des deutschen Sozialstaats nach dem Zweiten Weltkrieg. Und seit in den Achtziger- und Neunzigerjahren über die Privatisierung von Staatsbetrieben debattiert wurde, wird die Daseinsvorsorge gegen die „Austerität“ in Stellung gebracht, den zu starken Rückzug des Staates. Auch wenn es derzeit wieder Warnstreiks im öffentlichen Dienst gibt, wird die Frage präsentiert, was alles zu den staatlichen Aufgaben gehört und wie viel Geld man dafür aufwenden kann und will.

Dieses umfassende deutsche Konzept der Daseinsvorsorge könnte mit ein Grund dafür sein, dass in Zeiten neuer Verteilungsfragen, Reformdiskussionen und wirtschaftlichen Drucks die öffentlichen Leistungen als gefährdet und bröckelnd empfunden werden. Gefühle der städtischen Verwahrlosung und der Dysfunktionalität der Verwaltung, gepaart mit Skep-

sis oder Verachtung gegenüber politischen Eliten, werden denn auch in vielen Analysen der Populismusforschung immer wieder als eine Quelle des Erfolgs rechtsautoritärer Parteien genannt.

Nun ist Deutschland im internationalen Vergleich immer noch ein recht sicheres und geordnetes Land; auch gibt es innerhalb des Landes starke regionale Unterschiede, sowohl was die Versorgung als auch ihre politische Wahrnehmung betrifft, wie eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vor einigen Monaten gezeigt hat. Es geht zum Teil also um relative Eindrücke und Erfahrungen.

Und trotzdem muss man die Forderungen nach dem Funktionieren der öffentlichen Dienste demokratisch ernst nehmen, findet der Staatsrechtler Florian Meinel: „Geteilte Lebenswelten müssen in gemeinschaftlicher Verantwortung als lebbar erfahren werden.“ Das liege auch daran, dass der Staat in manchen Bereichen quasi ein Monopolist sei – und das könne „ein Gefühl des Dominiertwerdens, des Ausgelie-

fertseins“ mit sich bringen, sagt Meinel. Denn man kann nicht einfach auf ein anderes Nahverkehrssystem, Schienennetz oder Abwassersystem umsteigen.

Das Fazit also wäre: Bemühungen um das Funktionieren der Daseinsvorsorge sind sinnvolle politische Investitionen. Die Debatten darüber, wie weit sie reicht, werden aber schärfer werden. Und gelegentlich darf man, bevor man meckert – siehe Schneeräumung – auch gerne erst einmal nachschauen, wer eigentlich zuständig ist.

Von Johan Schloemann

Die Pflicht zur Räumung der Gehwege liegt bei den Hauseigentümern

Marode Infrastruktur, träge Verwaltung – das erzeugt Unzufriedenheit

**Politik Regional und regionale Zusammenschlüsse, 12.02.2026**

Zu viel Müll? Stadt verbietet Konfetti beim Fasching

**Tuttlingen – Ein
Konfetti-Verbot in
Tuttlingen (Baden-
Württemberg)
sorgt für Wirbel.**

Der Einsatz der
Papierschnipsel
beim Fasnets-
umzug in der

Stadt nördlich
des Bodensees
wurde nun erst-
mals untersagt.
Warum? Weil
die wachsenden
Konfetti-Mengen
einen hohen Rei-
nigungsaufwand

darstellen, beson-
ders bei nassem
Wetter. Der Stadt-
sprecher: „Wenn
es matschig-nass
ist, kann es sein,
dass das Zeug wo-
chenlang in jeder
Fuge klebt.“

Kölner Stadt-Anzeiger

Landesregierung, 12.02.2026

Neiddebatte an Grundschulen in NRW

Erfahrene Lehrer wollen
bessere Bezahlung als
Berufsanfänger – Land
reagiert zurückhaltend

Düsseldorf. Die schwarz-grüne Landesregierung lässt offen, ob wegen der Gehaltserhöhungen bei jungen Grundschullehrern auch die Besoldung von erfahrenen Kollegen angehoben wird. Ein Sprecher von NRW-Schulministerin Dorothee Feller (CDU) sagte dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, die „unter Berücksichtigung rechtlicher, finanzieller und haushaltspolitischer Erfordernisse erforderlichen Prüfungen“ würden „zeitnah abgeschlossen“. Die Schulministerin befinde „sich im kontinuierlichen Austausch mit den Verbänden“ und sei immer zu Gesprächen bereit.

Die schwarz-grüne Landesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag von 2022 darauf verständigt, die Eingangsbesoldung der Pädagogen in der Sekundarstufe eins von der Besoldungsstufe A 12 auf A 13 anzuheben. Damit sollte das Lehramt an den Grundschulen attraktiver gemacht werden. Die Gehaltserhöhung belastet den Landeshaushalt mit mehr als 900 Millionen Euro. Je nach Familienstand erhalten Lehrer der Besoldungsstufe A 13 zwischen 4400 und 5600 Euro. Zu Beginn des zweiten Schulhalbjahrs hatten die Lehrergewerkschaft Lehrer NRW und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) einen Brandbrief an die Schulministerin geschrieben. Darin weisen sie da-

raufhin, dass durch die Besoldungserhöhung eine Ungerechtigkeit im Gehaltsgefüge produziert werde. Junge Lehrerbekämen genauso viel Geld wie Pädagogen, die bislang höher eingestuft waren, weil sie besondere Funktionen ausüben. Diese waren in der Vergangenheit bereits von A 12 auf A 13 befördert worden.

Die Gewerkschaften sind der Ansicht, dass das Lohnabstandsgebot zwischen Anfängern und den erfahrenen Kollegen durch die Anhebung der Einstiegsbesoldung nicht mehr eingehalten werden. Wenn die Eingangsgehälter steigen, müsse analog dazu auch die Besoldung in den darauf aufbauenden Besoldungsstufen angehoben werden. Vertreter der regierungs-tragenden Fraktionen CDU und Grüne hatten bereits Verständnis für das Anliegen der Gewerkschaften geäußert.

In der Landesregierung gibt man sich zurückhaltend. Das Schulministerium benötigte zwei Tage, um eine Anfrage unserer Zeitung zu dem Thema intern abzustimmen. Die Frage, wieviel Geld man für weitere Gehalts-runden in die Hand nehmen müsste, blieb offen. Ein Sprecher erklärte, in den vergangenen Jahren seien bereits „strukturelle Verbesserungen an den Schulen“ erfolgt: „So wurde durch Ämterhebungen bereits die Besoldungsstruktur im Schulleitungsbe-

reich der Grund- und Hauptschulen gestärkt.“

Gut gemeinte Reform

In der Landesregierung war man davon ausgegangen, mit den hohen Ausgaben für die Grundschullehrer politisch punkten zu können. Nun wird aber deutlich, dass die 900-Millionen-Euro-Investition in Teilen der Schulbelegschaft eine Neiddebatte ausgelöst hat. Leitungs- und Funktionsstellen in den Grundschulen „blieben auf der Strecke“, weil sich durch den fehlenden Lohnabstand Leistung immer weniger lohne, sagte Franziska Müller-Rech, Vize-Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion.

Auch Dilek Engin, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW, warnte vor einer „strukturellen Schieflage“ bei den Lehrergehältern. „Wenn zusätzliche Verantwortung, besondere Funktionen oder Leitungsaufgaben finanziell kaum noch abgebildet werden, droht ein Motivationsverlust im System Schule“, sagte Engin. „Die Landesregierung muss jetzt handeln, damit aus einer gut gemeinten Reform kein Problem für die Zukunft unseres Bildungssystems wird“, so die SPD-Politikerin.

VON GERHARD VOOGT

Landesregierung, 12.02.2026

Zahlenspiele für Olympia: Die Debatte um die NRW-Sportmilliarde

Rund eine Milliarde soll es für den Sport in NRW geben. Die Landesregierung spricht von einem Schub für die Olympiabewerbung. Kritiker sprechen dagegen von einer Mogelpackung.

Christoph Ullrich

Eigentlich sollte es kaum Kritik an der Olympiabewerbung des Landes geben. Ein - abgesehen von den Stimmen der AfD - einmütiger Beschluss des Landtags für die Spiele an Rhein und Ruhr liegt seit Jahren vor. Mit Köln als Ankerstadt der Bewerbung gibt es einen parteiübergreifenden Konsens.

Dennoch läuft die Olympiakampagne des Landes eher schleppend. Das zeigt die neuerliche Debatte um die Verteilung von Geldern für die Sportinfrastruktur im Land. Bis zu eine Milliarde Euro hat Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) im Januar angekündigt, mit der vor allem der Breitensport gefördert werden soll.

Kompakt, aber auch dezentral

Gemacht wird das auch wegen der Kriterien des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). In einer internen Präsentation wird besonders die vorhandene Infrastruktur hervorgehoben, die einen Ausschlag geben kann, sich international als deutscher Anwärter auf Sommerspiele zu bewerben. Daher wird das Geld nicht ganz ohne Hintergedanken vergeben worden sein.

Dass NRW nämlich von der Ausgangslage her einen eher schwierigeren Stand als andere Bewerberstädte hat, zeigen die Bewertungskriterien des DOSB. In ihnen heißt es, dass die Spiele "so kompakt wie möglich, so dezentral wie nötig" sein sollten. Gerade der zweite Teil des Satzes wird von den NRW-Verantwortlichen in der Regel unterschlagen.

Ministerpräsident Wüst spricht stets schlicht von den "kompaktesten Spielen", die NRW anbiete. Jedoch wird auch er wissen, dass kein Angebot so viele Wettbewerbe dezentral von der sogenannten "Host-City" plant wie Köln-Rhein-Ruhr. Nicht einmal die Hälfte der olympischen Wettbewerbe soll in Köln ausgetragen werden, das ist in München, Hamburg und Berlin deutlich anders. Daher muss Rhein-Ruhr zwangsläufig mit Dingen wie der Sportmilliarde punkten.

Eh vorhandenes Extrageld?

Nur wird diese von Landtagsopposition sowie dem Städte- und Gemeindebund als "Nebelkerze" bezeichnet. "Hier werden Mittel des Bundes oder die den Kommunen eh zustehen noch einmal als Extrageld verkauft", kritisiert die stellvertretende SPD-Fraktionschefin Lisa Kapteinat. FDP-Fraktionschef Henning Höne pflichtet ihr bei. Außerdem bemängelt er, dass das Geld nicht komplett in den Breitensport gesteckt werde.

"Ein Teil der Mittel ist für herausragende Sportstätten vorgesehen und kommt damit nur einzelnen wenigen Kommunen zugute", sagt Höne. Was er meint, ist ein Betrag von 20 Millionen Euro, die ausschließlich für bekanntere Sportstätten vorgesehen sind. Unter anderem ist mit einer solchen Begründung zuletzt das Lohrheidestadion in Bochum-Wattenscheid saniert worden. Es ist mit 17.000 Plätzen die größte dauerhafte Leichtathletik-Arena des Landes.

Insgesamt wecke die Milliarde bei den Kommunen mehr Erwartungen, als sie halten kann. Sagt zumindest der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Christian Schuchardt. Bundesweit gebe es einen Investitionsstau von 15,6 Milliarden Euro bei den Sportstätten. Das jetzt angekündigte Geld der Landesregierung stehe den Kommunen aber so oder so zu, argumentiert auch der kommunale Spitzenverband.

Fortsetzung...



Die CDU im Landtag hält dagegen. Es handele sich nicht um eine "Trickserei", sagt deren sportpolitischer Sprecher Jens Nettekoven. "Kein anderes Land investiert in den nächsten Jahren so viel, so breit und so nachhaltig in den Sport wie wir." Womit er auch Recht hat, weil NRW als größtes Bundesland durch die Verteilung von Bundesgeldern stets den größten Anteil hat.

Am Ende entscheidet der DOSB

Tatsächlich kommt nämlich das meiste Geld aus bereits bestehenden Töpfen. 600 Millionen werden über das Investitionspaket der Bundesregierung verteilt. Weitere 375 Milliarden kommen in den kommenden fünf Jahren aus der Sportpauschale des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Somit bleiben am Ende tatsächlich nur 25 Millionen Euro über, die das Land zusätzlich gibt.

Entsprechende Anpassungen im Haushalt gab es weitgehend unbemerkt in den vergangenen Haushaltsberatungen. Vonseiten der Staatskanzlei sieht man in der ganzen Debatte kein Problem, da man die Schwerpunkte nun mal so gesetzt habe. "Damit wird auch die eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Bewerbung Köln-RheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele durch die Bürgerinnen und Bürger geschaffen", formuliert es ein Sprecher der Regierungszentrale.

Ob die Sportmilliarde am Ende überzeugt, wird eh der DOSB entscheiden. Eine erfolgreiche Befragung der Bewohner und Bewohnerinnen der Olympiastädte vorausgesetzt: Ende September wird festgelegt, wer für Deutschland bei der abschließenden Auswahl antreten darf.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/debatte-um-sportmilliarde-nrw-100.html>

Landesregierung, 12.02.2026

Vorwurf „Versuchte Geheimhaltung“

Die Aufklärung des politischen Skandals um das Messerattentat von Solingen belastet die schwarz-grüne NRW-Regierung schwer

Manchmal reicht auch ein Rücktritt nicht aus, um ein Problem endgültig zu lösen. Das bekommt gerade die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu spüren. Vor zwei Wochen hatte Grünen-Politikerin Josefine Paul das Amt der NRW-Fluchtministerin aufgegeben, weil der Aufklärungsdruck im Untersuchungsausschuss zum tödlichen Messerattentat eines syrischen Islamisten in Solingen zu groß geworden war.

KRISTIAN FRIGELJ

Doch damit ist die Sache noch lange nicht erledigt, denn nach Pauls Abgang wird immer klarer, dass ihr Missmanagement beim Umgang mit dem Attentat und dem Ausschuss eine größere Dimension umfasst als bisher bekannt. Inzwischen zeigen überraschend aufgetauchte Chats und SMS, die WELT und anderen Medien vorliegen, dass Paul offenbar falsche Angaben gemacht hat, als es um die Vollständigkeit gelieferter Dokumente an den Ausschuss ging. Ob aus Unvermögen, Kalkül oder beidem, ist unklar. Es bestärkt die SPD und FDP in ihren Zweifeln am Versprechen von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), dass seine Landesregierung „maximale Transparenz“ bei der Aufklärung leisten werde.

Bisher hat der Ausschuss, vornehmlich durch Anstrengungen der SPD- und FDP-Opposition, herausgearbeitet, dass Paul und engste Mitarbeiter sich nach dem Solinger Anschlag am Freitagabend, 23. August 2024, kommunikativ für einen falschen Ansatz entschieden hatten. Paul wartete an jenem Wochenende ab und war selbst für Kabinettsmitglieder wie NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) lange nicht erreichbar. Ein wesentlicher Grund für ihre Abwesenheit war eine Dienstreise zu einem Gedenken an SS-Verbrechen in Frankreich. Paul entschied sich gegen eine vorzeitige Rückkehr, bis behördlich

einwandfrei geklärt war, dass es sich bei dem des Messerattentats Verdächtigen um einen abgelehnten syrischen Asylbewerber handelte. Das war Pauls Maßstab bei der Frage der politischen Zuständigkeit. Und diese Zuständigkeit war aus ihrer Sicht erst am Sonntagmorgen klar, nach einer Nachricht des Landeskriminalamtes.

Dabei hatten Mitarbeiter im Ministeriums bereits am Samstag Hinweise auf die Identität des syrischstämmigen Tatverdächtigen, die am späten Samstagabend auch die Ministerin per Mail erreichten. Die betreffende Mail enthielt die Information, dass dessen Asylantrag als unzulässig abgelehnt worden war und dass die Abschiebung nach Bulgarien, wo er zuerst Asyl beantragt hatte, gescheitert war. Das Gedenken in Frankreich besaß für die Fluchtministerin aber höchste Priorität, zudem lag bei der Fahndung nach dem Täter der Fokus zunächst auf den Ermittlern. Es waren Mitarbeiter ihres Hauses einbezogen, um etwa die Herkunft des möglichen Tatverdächtigen zu ermitteln. Dennoch bleibt irritierend, dass Paul abwesend war, während am Samstag direkt nach dem Attentat Ministerpräsident Wüst, dessen Stellvertreterin Mona Neubaur (Grüne) und NRW-Innenminister Reul neben der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zum Tatort nach Solingen reisten und ihre Betroffenheit bekundeten.

Ebenso unverständlich für die Opposition: Paul äußerte sich erstmals am Dienstagnachmittag, 27. August, auf einer Pressekonferenz zum Anschlag und zu Hintergründen des festgenommenen Täters Issa al Hasan – also an Tag vier nach dem Attentat. Und damit zwei Tage, nachdem aus ihrer Sicht zweifelsfrei festgestanden hatte, dass ihr politischer Zuständigkeitsbereich betroffen war. Sie kritisierte auf der Pressekonferenz ein „dysfunktionales System“ im Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern. Eigene

Versäumnisse stellte sie nicht fest, auch keinen Anlass für einen Rücktritt.

Womöglich hätte ein früherer Abgang Pauls skandalträchtige Irritationen verhindert, nämlich im Umgang mit dem Untersuchungsausschuss. Vertreter von SPD und FDP beklagen seit Langem, dass Dokumente von der Landesregierung unvollständig, zu spät oder gar nicht geliefert würden. Zuletzt überraschte die „Flucht“-Abteilungsleiterin H. mit einer Zeugenaussage im Ausschuss, wonach sie eine SMS von Paul zu den Akten gegeben habe, weil sie die für wichtig erachtet habe. Darin hatte sich Paul am Samstagabend bei Abteilungsleiterin H. über die Geschehnisse in Solingen und einer möglichen Betroffenheit des Fluchtministeriums erkundigt. Doch diese SMS war in den an den Untersuchungsausschuss gelieferten Akten nicht enthalten. Als der Inhalt der Nachricht kürzlich in Medienberichten auftauchte und der Verdacht der Urkundenunterdrückung aufkam, gab

dies wohl den endgültigen Ausschlag für Pauls Rücktritt am 27. Januar.

Seitdem ist für die Opposition klar, dass eine frühere Aussage von Paul nicht zutrifft: Als Ministerin hatte sie am 6. Juni 2025 gegenüber dem Ausschuss schriftlich versichert, dass die Kommunikation über Messengerdienste „vollständig“ vorliege – wobei aber eben jene SMS nicht enthalten war. Die Opposition aus SPD und FDP sah ihren Vertuschungsvorwurf zusätzlich bestätigt, als der Staatssekretär im Fluchtministerium, Lorenz Bahr (Grüne), am 29. Januar 2026, also zwei Tage nach Pauls Rücktritt, weitere Beweismittel schickte mit dem lapidaren Hinweis: „In der Lieferung enthalten ist auch SMS-Kommunikation von Josefine Paul Ministerin a.D. und mir im Untersuchungszeitraum. Zudem umfasst die Lieferung SMS- und Messenger-Kommunikation von und mit Personen unterhalb der Hausleitungsebene vom Anschlags-

Fortsetzung...



wochenende.“ SPD und FDP halten deshalb auch Bahr für nicht mehr tragbar. 15 Monate sei diese SMS-Kommunikation dem Ausschuss vorenthalten worden.

Ein Verdacht in der Opposition: Die Lieferung könnte möglicherweise zurückgehalten worden sein, um Pauls Darstellung zu schützen, wonach ihre Zuständigkeit erst spät klar gewesen sei. Die nun vorliegenden Chats machen je-

denfalls deutlich, dass Paul und Bahr die damalige Situation falsch eingeschätzt und wichtige frühe Einschätzungen nicht angenommen hatten. Die Integrations-Abteilungsleiterin S. etwa wandte sich bereits am Samstagmorgen nach dem Solingen-Attentat per SMS an Staatssekretär Bahr. Sie bot ihre Hilfe an, falls jetzt überlegt werde, mit wem man sprechen solle oder wem man Beistand bekunden wolle. Bahr bedankte sich und entgegnete, momentan sei „noch alles zu unklar“.

S. erwiderte, dass der Täter laut Medienberichten arabisch ausgesehen haben solle und dass es sich um ein „Fest der Vielfalt“ in Solingen gehandelt habe. „Als Mit (Mitglied, d. Red.) der Landesregierung und als Ministerin, die sich besonders für den Zusammenhalt engagiert, ist das genug Grund, um zum Beispiel vor Ort das Lagenzentrum zu besuchen, den Sicherheitskräften Beistand auszusprechen und zu danken.“ Ein Gespräch mit Solingens damaligem Oberbürgermeister Tim Kurzbach (SPD) bedeute immer, „dass man mit der gesamten Stadtgesellschaft spricht und auch ihr Mitgefühl und ihre Solidarität“ zusichere. S. weiter: „Das Ziel kann sein, Präsenz, Zugewandtheit/Mitgefühl zu demonstrieren.“

Staatssekretär Bahr antwortete: „Ich gebe ihre Idee weiter, danke!“ Abteilungsleiterin S. reagierte darauf mit einer wei-

teren weitsichtigen Einschätzung: „Wenn bestätigt wird, welchen background der Täter hatte, wird das Thema politisch ohnehin bei uns im Haus landen.“ Auch da wiegelte Staatssekretär Bahr ab: „Es gibt It. StK (laut Staatskanzlei, d. Red.) noch keinen offiziellen Ermittlungsstand. Deshalb ist mein Vorschlag für den Moment: Ich würde jetzt mal abwarten, ob es etwas Offizielles gibt, da wäre Min, (Ministerin, d. Red.) dabei. Ansonsten nicht aufdrängen.“

Abteilungsleiterin S. ließ nicht locker: „Alles klar, wichtig nur, dass wir zeitnah informiert werden. Herr Reul wird sonst jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um seine politischen Themen durchzubringen.“ Die frühere Journalistin hatte damit im Wesentlichen den späteren Verlauf beim Krisenmanagement vorausahnend skizziert. Als wichtiges Signal an die Bevölkerung setzte NRW-Innenminister Reul später tatsächlich in einem Sicherheitspaket weitreichende Befugnisse für Sicherheitsbehörden durch, die von den Grünen mitgetragen wurden.

An jenem Samstagmorgen wandte sich die damalige Ministerin Paul persönlich an Abteilungsleiterin S. und teilte ihr via SMS mit, sie habe eine SMS an OB Kurzbach geschrieben und werde auch auf Social Media reagieren. Paul erwähnte, sie sei gerade unterwegs zur Gedenkveranstaltung in Frankreich. „Allerdings schauen wir natürlich sehr genau auf alle Informationen.“ Sollte etwas zu einer möglichen Gedenkveranstaltung in Solingen bekannt werden, „muss man nochmal schauen“, so Paul. Sie entschied sich fürs Abwarten.

Selbst der Aspekt Rücktritt wurde früh thematisiert: Flucht-Abteilungsleiterin H. schickte am Sonntagabend, 25. August 2024, noch eine vielsagende SMS an einen engen Mitarbeiter von Paul: H. bot an, im

Notfall ihre Abteilungsleitung abzugeben und etwas anderes zu machen, falls noch etwas herauskomme, das für die Ministerin „nicht gut sein sollte“. H. erklärte sich bereit, Verantwortung zu übernehmen, „damit sie (die Ministerin, d. Red.) auf jeden Fall geschützt ist“. Pauls Mitarbeiter bedankte sich: „Ich habe dein Angebot im Hinterkopf und weiß es sehr zu schätzen. Aber lass uns zunächst schauen, was rauskommt und wie die nächsten Tage und Wochen laufen.“ H. konnte weitermachen, und Paul auch.

Die neue NRW-Fluchtministerin Verena Schäffer hat nach ihrem Amtsantritt vergangene Woche betont, es würden „selbstverständlich alle untersuchungsrelevanten Akten gemäß der gefassten Beweisbeschlüsse zur Verfügung gestellt“. Doch das dürfte wohl nicht ausreichen, denn für die Opposition ergeben sich weitere Fragen. Die Obleute im Untersuchungsausschuss, Lisa Kapteinat (SPD) und Werner Pfeil (FDP), haben erneut Ministerpräsident Wüst und Fluchtministerin Schäffer erneut geschrieben. Sie wollen wissen, warum die SMS und Chatverläufe bisher nicht vorgelegt worden seien und wer dies entschieden habe: „Wir erwarten jetzt Antworten über die Hintergründe dieser versuchten Geheimhaltung.“

Im März sollen Ex-Ministerin Paul und Staatssekretär Bahr als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss aussagen. Zudem sieht die Opposition noch einigen Aufklärungsbedarf, welchen Einfluss die Staatskanzlei beim Krisenmanagement im Solingen-Komplex hatte. Die Ausschussarbeit dürfte sich jedenfalls noch über Monate hinziehen. Für Schwarz-Grün besteht die große Gefahr, dass der Solingen-Komplex noch den Landtagswahlkampf im Frühjahr 2027 belastet.



Abfall und Sauberkeit, 12.02.2026

Wie nachhaltig ist eigentlich der Karneval?

Am Ende der Züge und Feiern bleibt viel Müll auf den Straßen liegen. Zwei Aktionen setzen hier an und wollen Altglas und Kamelle zurück in den Kreislauf bringen.

Kamelle-Kreisel ist das Stichwort. Die KG Grüne Rheinfunken hat ihn ins Leben gerufen und mittlerweile viele Unterstützer bekommen. Übrig gebliebene oder zu viel gesammelte Kamelle könnt ihr dort abgeben. Die bekommen dann Familien oder auch kleine Karnevals-Vereine und Gruppen gegen Spenden, wenn sie noch in den Veedelszöch mitgehen. Und mit der Aktion "Fläschbäck" werden Pfandflaschen und Altglas eingesammelt und zurück in den Kreislauf gegeben, bevor sie zu Bruch gehen. Der Fläschbäck-LKW steht heute an der Severinstorburg.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/wie-nachhaltig-ist-eigentlich-der-karneval-2571530.html>



Brauchtum, 12.02.2026

Zum Start des Straßenkarnevals wird es nass Heute wird der Regen weggelacht

Köln – Ab heute gehts los, Köln startet in den Straßenkarneval. Die jecken Wiever sind unterwegs und die ganze Stadt wird eine einzige Karnevalsparty sein. Zwar soll es ordentlich nass werden von oben, aber das werden echte Jecke wegschunkeln. EXPRESS sagt, wo gefeiert wird, welche Regeln gelten und wie die Polizei gemeinsam mit dem Ordnungsamt dafür sorgt, damit auch alle ihren Spaß haben.

FLORIAN HOLLER

Das Wichtigste zuerst: Wie wird das Wetter?

Zugegeben: Der Wetterbericht für Weiberfastnacht sah in den vergangenen Jahren schonmal besser aus. Die Jecken müssen sich praktisch den ganzen Tag auf mehr oder weniger starken Regen einstellen. Immerhin sollten Temperaturen von bis zu zehn Grad Celsius nicht frieren lassen. Wer draußen feiern möchte, sollte sich aber trotzdem auf ungemütlicheres Wetter einstellen.

Wo wird überall gefeiert?

Die Altstädter von 1922 e. V. eröffnen traditionell die Feier auf dem Alter Markt um 9.30 Uhr. Punkt 11.11 Uhr steht das Dreigestirn mit Oberbürgermeister Torsten Burmester (SPD) auf der Bühne. Danach treten verschiedene Bands auf, unter anderem die Räuber und die Hühner. Wer auf eine Tribüne möchte, braucht ein Ticket. Diese sind allerdings schon

ausverkauft. Kostenlos und ohne Tickets kann im Zülpicher Viertel gefeiert werden. Die Studentenmeile hat sich in den vergangenen Jahren zum Hotspot vor allem für die jungen Jecken entwickelt. Zuletzt ist der Hype um das Zülpicher Viertel abgeflacht. Stattdessen strömten immer mehr Jecken in die Altstadt und in die Südstadt.

Wie sichern Polizei und Ordnungsamt die Hotspots Zülpicher Straße und Südstadt?

Das Zülpicher Viertel wird erneut weiträumig abgesperrt. Zusätzlich zu den bekannten Eingängen an der Roonstraße und vor der Uni-Mensa gibt es diesmal einen dritten Zugang an der Ecke Kyffhäuserstraße/Barbarossaplatz. Sollte der Bereich zu voll werden, werden die Eingänge vorübergehend geschlossen.

Die Uniwiese dient – wie schon im vergangenen Jahr – ausschließlich als Transit- und Ausweichfläche: es gibt keine Bühne, keine Musik, keine Getränke und kein Essen. Allerdings

fällt das abgesperrte Areal diesmal etwa ein Drittel kleiner aus. Auch im Hiroshima-Nagasaki-Park richtet die Stadt erneut eine Schutzzone ein, um Müll und Schäden vorzubeugen.

Rund um den Chlodwigplatz kam es am 11.11. zu Müllproblemen, Wildpinkeln und verärgerten Anwohnern. Die Stadt reagiert mit zusätzlichen Toiletten und Abfallbehältern. Die Haltestelle Chlodwigplatz soll stärker gesichert werden, auch Überfahrsperrungen sind vorgesehen. Sperrzonen wie rund um die Zülpicher Straße sind dort jedoch vorerst nicht geplant. Ein Glasverbot – wie es im Zülpicher Viertel, der Altstadt und am Aachener Weiher gilt – wird für die Südstadt nicht eingeführt. Stattdessen setzt die Stadt auf freiwilligen Verzicht sowie Tausch-

stellen für Pappbecher.

Wie sieht die Sicherheitslage aus?

Die Polizei stuft – wie schon in den vergangenen Jahren – die Gefährdungslage als „abstrakt hoch“ ein. „Auch wenn bislang keine Hinweise auf konkrete Gefahren vorliegen, sind alle Einsatzkräfte sensibilisiert“, sagt der Leitende Polizeidirektor Martin Lotz.

Zwischen 1400 und 1500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten werden im Einsatz sein, dazu bis zu 400 Mitarbeitende des Ordnungsamts

und rund 2600 Sicherheitskräfte externer Dienstleister. Für das gesamte Gebiet gilt ein Messerverbot, auch in den Kölner Bahnhöfen. Die Polizei hat gezielte Kontrollen angekündigt.

Wo finden die Jecke denn sonst Hilfe?

Neben Polizei, Ordnungsamt und Rettungsdienst ist auch das Projekt „Edelgard“ gegen sexualisierte Ge-

walt wieder unterwegs – bis zu drei mobile Teams patrouillieren an den Karnevals-Hotspots. Unter der Nummer 0221/221 27777 gibt es Beratung und Informationen. Zusätzlich sind 26 Streetworkerinnen und Streetworker im Einsatz. Der Rettungsdienst baut mehrere mobile Hilfsstellen auf; außerdem wird am Perlengraben erneut ein Notfallzentrum eingerichtet.

Brauchtum, 12.02.2026

Rund 8500 Jecke sind bei den Schull- un Veedelszöch dabei

Bestens aufgestellt sind die Schull- un Veedelszöch am Karnevalssonntag. Etwa 8500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer inklusive Musikgruppen ziehen bei den fantasievollen und farbenfrohen Zügen durch die Stadt. Erstmals können Menschen mit Beeinträchtigung auf einem von 15 Tandems mitfahren. >> Seite 23

Viele Heinzelmännchen unterwegs

Bei den Schull- un Veedelszöch am Sonntag sind rund 8500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei

VON DIANA HASS

„Wir sind gut aufgestellt“, freut sich Bernhard Conin, Vorsitzender der Freunde und Förderer des Költnischen Brauchtums. Der Verein, der die Schull- und Veedelszöch organisiert, ist raus aus dem Finanzloch, in dem er (wie berichtet) vor zwei Jahren steckte. Die „große Spendenbereitschaft der Stadtgesellschaft“, aber auch der Zuschuss von 75.000 Euro aus der Stadtkasse, haben geholfen. Bei der traditionellen Pressekonferenz im Hotel Excelsior wurden gut gelaunt die Fakten rund um die diesjährigen Zöch vorgestellt.

In etwa sind die Zöch in diesem Jahr so groß wie im vergangenen Jahr. Rund 8500 Jecke sind dabei, wenn es ab 11.11 Uhr auf der Strecke des Rosenmontagszugs losgeht. 42 Schulen sind angemeldet. Das sind zwar vier weniger als im vergangenen Jahr, aber die Summe von rund 4000 Teilnehmenden kann sich dennoch sehen lassen. Mehr als 500 Musikerinnen und Musiker sind bei den Schulen dabei. Die Veedelsvereine sind am Sonntag mit 48 Gruppen vertreten und bringen rund 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Straße. Etwa 110 Musikerinnen und Musiker aus den Veedeln gehen mit. Neu dabei sind die Ortsgruppe Köln des Deutschen Alpenvereins, der Rugby-Verein, der Freundeskreis Marie-Luise Nikuta und der Költner Gymnasial- und Stiftungsfonds (KGS).

42 Schulen aus 33 Veedeln dabei

„Wir haben ganz Köln bei uns vertre-

ten. Die Schulen, die mitgehen, kommen aus 33 Vierteln und aus allen neun Bezirken. Alle Schulformen sind dabei“, sagt Petra Vianden, „Generalistin Generale Brauchtum“ im Schulamt. In vielen Schulen gehört die Teilnahme an den Schull- und Veedelszöch seit Jahrzehnten fest zum Karneval. Den Rekord hält das Deutzer Gymnasium Schaurtestraße

- es geht in diesem Jahr zum 70. Mal mit. Nur dreimal war es nicht dabei. Ganz neu dabei ist eine Grundschule aus Kalk: die Grünebergschule.

„Bei den Motti setzen viele auf Heinzelmännchen und Superhelden, viel dreht sich ums Ehrenamt“, verrät Vianden. Das Sessionsmotto „Alaaf. Mer dun et för Kölle“ bietet dafür die perfekte Vorlage. „Die Heinzelmännchen sind die ersten Ehrenamtler, die wir in Köln hatten“, erklärt Vianden.

Lesezwerge verteilen eigens geschriebene Bücher

5000 Bücher im Pixi-Buch-Format werden die Kinder der Gemeinschaftsgrundschule Forststraße aus

Rath verteilen. Dabei sind sie als Lesezwerge verkleidet. Der Titel des dicken Büchleins: „Herr Lehmann erlebt Geschichte(n) in Köln“. Geschrieben hat es Jutta Maas, die Illustrationen kommen von Saskia Gaymann. „Es ist das erste Mal, dass ein Werk extra für den Zug geschrieben wurde“, sagt Henning Krautmacher, der mit seinem Verein „Run & Ride for Reading“ den Leseclub in der Grundschule eingerichtet hat und die Idee zu dem Buch hatte. Das Buch bringt Kindern unterhaltsam

die Költner Stadtgeschichte und die Originale näher. Wer lieber hört als liest, kommt über einen QR-Code im Buch auf die Hörbuchversion, gelesen von Krautmacher.

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und die Rheinenergie bieten am Sonntag bei den Zöch 270 Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, auf Tribünen auf dem Heumarkt Karneval zu feiern. Die Karten für die Aktion „Karneval für Alle“ sind bereits vergeben. Erstmals gibt es in diesem Jahr eine Blindentribüne auf dem Heumarkt. „Wer nicht sehen kann, kann in diesem Jahr den Zug mit den Ohren sehen“, sagt Zugleiter Jörg Schneider. Die Beschreibungen werden auch über die Homepage der Freunde und Förderer des Költnischen Brauchtums gestreamt.

Durch eine Spendensammelaktion der Roten Funken können in diesem Jahr zum ersten Mal Menschen mit einer Behinderung im Zug mitfahren. Zur Verfügung stehen 15 Tandems, bei denen man nebeneinandersitzt.

Goldene Schleifen anlässlich des Kinderkrebstags

Weil der Sonntag, 15. Februar, auf den internationalen Kinderkrebstag fällt, zeigen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schull- und Veedelszöch eine besondere Geste der Solidarität: Sie tragen allesamt eine kleine goldene Schleife. „Das war uns in diesem Jahr sehr wichtig“, betont Petra Vianden und fügt hinzu: „Das ist aus meiner Sicht Fastelovend mit Hätz.“



Brauchtum, 12.02.2026

Schull- un Veedelszöch: Pänz freuen sich

Am Sonntag steigt die 73. Ausgabe der tollen Traditionsveranstaltung – 42 Schulen sind dabei

Köln - Wenn Heinzelmännchen, Bienen, Fische und Superhelden durch Kölns Straßen ziehen, dann sind wieder Schull- un Veedelszöch. Zum 73. Mal werden am Sonntag ab 11.11 Uhr Veedelsvereine und Schulen zeigen, wie viel Herz sie in den Fastelovend stecken.

Die Freunde und Förderer des Kölnischen Brauchtums, die für die Zöch verantwortlich sind, präsentierten am Mittwoch die Details. Insgesamt werden rund 8500 Menschen an den Zöch teilnehmen. 48 Veedelsvereine, 42 Schulen aus 33 Veedeln und rund 610 Musikerinnen und Musiker sind angemeldet. Rund 180 ehrenamtliche Zugordner und -ordnerinnen

kümmern sich um den sicheren Ab-

lauf.

Vorsitzender Bernhard Conin hat vor der diesjährigen Ausgabe keine schlaflosen Nächte gehabt. „Vor zwei Jahren betrug das Minus noch 130 000 Euro. Aber dank einer großen Spendenbereitschaft aus der Stadtgesellschaft und der Hilfe durch die Stadt, die 75 000 Euro gibt, sind wir aktuell gut aufgestellt.“

Das Startgeld für die Schulen zum Basteln von Kostümen konnte deshalb von 260 auf 500 Euro aufgestockt werden. Die Schulen erfahren aber auch große Unterstützung aus verschiedensten Bereichen. Seit 2005 nimmt die Hauptschule Bilderstöckchen jedes Jahr an den Schull- und Veedelszöch teil. Sie werden als

erste Gruppe losmarschieren.

„Hauptschull – Meer dä Möglichkeiten, hee es mih dren wie Denkenks!“, lautet das Motto der Schule, in der 234 Schülerinnen und Schüler aus 15 verschiedenen Nationen lernen. Die Kostüme wurden im Textilunterricht selbst geschneidert.

„Wir können nicht nur schreiben und rechnen, sondern auch Haltung zeigen“, sagt Schulamtsdirektorin Petra Vianden. „Themen wie Lehrkräftemangel und Baustellen werden mit kölschem Humor aufs Korn genommen. Alaaf, Musik und Lebensfreude zeichnen die Zöch aus.“ 18 Schulen feiern ihre Jubiläumsteilnahme, das Deutzer Gymnasium Schauertestraße ist zum 70. Mal dabei.

MARCEL SCHWAMBORN

Kölner Stadt-Anzeiger

Wirtschaft Bund, 12.02.2026

Firmen kaum gegen Angriffe geschützt

Umfrage: Nur drei von zehn Unternehmen haben einen Notfallplan

Berlin. Trotz einer verschärften Sicherheitslage ist die deutsche Wirtschaft nur unzureichend gegen hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe oder Anschläge auf die Infrastruktur gewappnet. Bei der Mehrheit der Unternehmen fehlt es zudem an grundlegenden Strukturen für den Ernstfall. Lediglich 28 Prozent der Betriebe verfügen über ein etabliertes Krisen- oder Notfallmanagement, ergab eine repräsentative Befragung von 604 Unternehmen ab zehn Beschäftigten in Deutschland im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. Noch dramatischer sieht es bei der praktischen Erprobung aus: Nur jedes zehnte Unternehmen führt regelmäßige Krisenübungen durch, um Abläufe für Sabotageakte oder Cyberattacken zu trainieren.

Unter hybriden Bedrohungen versteht der Bitkom zum einen physische Angriffe auf Infrastruktur wie zuletzt den Brandanschlag auf das Berliner Stromnetz. Dazu gehören aber auch digitale Bedrohungen wie Desinformationen und Cyberangriffe, die sich ebenfalls gegen die kritische Infrastruktur richten.

Problem Stromausfall

Auch die physische Absicherung der Geschäftsfähigkeit weist gravierende Lücken auf. Während immerhin knapp 60 Prozent der Firmen über alternative Kommunikationsmittel und funktionierende Backups verfügen, ist die Energieversorgung ein wunder Punkt: Nur 20 Prozent der Unternehmen haben eine eigene Notstromversorgung installiert.

Neben den technischen Defiziten tappen viele Firmen auch bei der Personalplanung im Dunkeln. Sollte es zu einem Bündnisfall oder einer größeren Krise kommen, müssten viele Beschäftigte ihren Dienst bei der Bundeswehr oder im Zivildienst antreten. Den Unternehmen fehlt hierzu jedoch weitgehend der Überblick: Nur 20 Prozent wissen, wie viele ihrer Angestellten im Ernstfall von der Bundeswehr eingezogen würden; beim Zivildienst sind es lediglich 30 Prozent, die Bescheid wissen. Im Durchschnitt rechnen die Unternehmen damit, dass etwa 9 Prozent ihrer Belegschaft in einem solchen Szenario ausfallen würden – eine logistische Herausforderung, auf die sich kaum ein Betrieb konkret vorbereitet hat.

Investitionsbereitschaft steigt

Das Bewusstsein für die Defizite scheint jedoch zu wachsen. Rund 37 Prozent der Unternehmen planen, ihre Investitionen in Schutzmaßnahmen gegen hybride Angriffe im Jahr 2026 zu erhöhen, davon 9 Prozent sogar „deutlich“. Dies erscheint angesichts der Selbsteinschätzung der Wirtschaft dringend nötig: Aktuell bezeichnen sich 40 Prozent der Firmen als „gar nicht“ und weitere 38 Prozent als „eher schlecht“ auf hybride Angriffe vorbereitet.

Die Ergebnisse der Umfrage unterstreichen, wie sehr die deutsche Wirtschaft von digitaler Infrastruktur abhängig ist: Im Schnitt könnten die Unternehmen ihren Geschäftsbetrieb bei einem Internetausfall nur 20 Stunden aufrecht erhalten.

Gleichzeitig rechnen 83 Prozent der befragten Firmen damit, dass hybride Angriffe zu einer ernsthaften Krise in Deutschland führen werden, und eine Mehrheit von 53 Prozent hält sogar einen militärischen Konflikt zwischen der Nato und Russland in den kommenden fünf Jahren für möglich. (dpa)

Wirtschaft in Köln, 12.02.2026

ODE AN DAS KÖLSCH ES SCHÄUMT NOCH!

Der Kranz mit den elf Freunden

Die Kölsch-Brauer kämpfen mit Absatzrückgängen, aber ohne einen Kranz der Geselligkeit geht im Karneval immer noch wenig. Ein Loblied. Foto: picture alliance

Thema Seite 3

Ode an das Kölsch Schlichte Eleganz, Leichtigkeit und unaufdringlicher Charme: Zum Start in die tollsten Tage blicken wir auf Herz und Seele des rheinischen Nationalgetränks.

Der Pinguin unter den Bieren

VON WERNER GROSCH

Es gab da diesen Kollegen. Damals, als in dieser einen, besser nicht näher zu benennenden Rundschau-Redaktion sehr oft gefeiert wurde. Mit Kölsch vom Fass natürlich. Aufgrund individueller Maßlosigkeiten gab es davon nie genug, deshalb ging irgendwann immer jemand in den Keller, um noch eine Kiste rauf zu holen. Der besagte Kollege bestand aber darauf, zu seinem Mettbrötchen Kölsch vom Fass zu trinken. Also kippte er die Flaschen ins Fass und zapfte sich daraus so etwas wie verdünnten Bauschaum mit Anklängen an Styropor.

Gut, diese Straftat dürfte verjährt sein. Als grobe Missachtung eines der höchsten rheinischen Kulturgüter wird sie ihn aber bis ans Ende aller Ausschankzeiten verfolgen. Das ist so sicher wie das Brummeln vom Köbes. Schließlich sprechen wir hier von einem Getränk, das nicht nur einzigartig in seiner frischen Leichtigkeit ist, sondern auch prickelndes Symbol der Widerständigkeit, wie der Zaubetrunk im galischen Dorf. Es ist das zarte kleine Geschöpf, das es zu verteidigen gilt – gegen die süddeutschen Humpen (wie bleiern das schon klingt), das kreuzbittere Nordsee-Filtrat oder auch gegen die von sonstwoher importierten trüben Schlacken. Warum verteidigen? Dafür gibt es jede Menge Gründe.

Von Grut und Sumpfporst zur neuen Reinheit

Also erstens: Mehr Tradition geht nicht. Vor mehr als 700 Jahren gab es in Köln bereits einen Mann, der unter dem zeitgemäß latinisierten Namen Henricus als Bierbrauer aus der Bechergasse dokumentiert ist.

Ende des 13. Jahrhunderts gründete sich die Zunft der Kölner Brauer. Die brauten allerdings noch kein Kölsch nach heutiger Art, denn statt Hopfen wurde damals „Grut“ verwendet – eine regionale Kräutermischung, deren genaue Bestandteile heute unbekannt sind. Nachgewiesen ist indes, dass in früheren Jahrhunderten Pflanzen wie der Sumpfporst für das obergärige Kölner Bier genutzt wurden, um die Hefe zu vermehren.

Ein Reinheitsgebot gab es in Köln übrigens schon etwa 100 Jahre vor dem der Bayern. Gut, das haben wir am Ende übernommen, aber das beweist ja nur die kulturelle Offenheit des Rheinländers.

Ende des 15. Jahrhunderts existierten in Köln schon 64 Brauereien, und ihre Zahl wuchs stetig weiter, bis auf rund 100 in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Hauptprodukt war das trübe, weil ungefilterte „Wieß“, Vorläufer des heutigen Bieres. Seit mehr als 100 Jahren wird Kölsch nun auch unter diesem Namen vermarktet. Und damit weder Name noch Getränk verwässert werden, einigten sich lokale Brauereien im Jahr 1985 auf die so genannte Kölsch-Konvention, die nicht nur die Produktionsweise fest schrieb, sondern auch nur noch Unternehmen aus Köln den Namen erlaubte – mit wenigen Ausnahmen für diejenigen, die schon vorher ihre Produkte als Kölsch vermarktet hatten.

Sympathische Harmlosigkeit gegen Maßlosigkeitskrüge

Und dann zweitens: Mal ehrlich, diese Literkrüge der Maßlosigkeit, die sind doch gemacht, um sie mit dem Saugbagger zu leeren. Oder diese Weizenbier-(a.k.a. Weißbier-, da sind sich die Bayern ja selbst

Fortsetzung...



nicht einig) Gläser, deren Schwerpunkt so nach oben verlagert ist, dass sie schon umkippen, wenn man nur die übliche Zitronenscheibe an den Rand klemmt. Die Verfechter dieser Tanklaster unter den Biergläsern machen sich über die „Reagenzgläser“ mit Kölsch lustig. Dabei haben die nur Vorteile. Nur, im Sinne von: ausschließlich!

Zum einen kippen die 0,2-Liter-Stangen natürlich nicht so leicht um und liegen außerdem charmant in der Hand, gar zwischen zwei Fingern wie sonst nur ein Champagnerglas. Zum zweiten, noch etwas wichtiger: Das Kölsch, dessen Schaumkrone vergleichsweise instabil ist, wird nicht so schnell schal und warm. Wobei eine gewisse Wärme nach Einschätzung von Bier-Sommeliers durchaus förderlich ist, weil sich dann mehr Aromen entfalten. Wer aber vor allem die kühle Frische schätzt, dem empfehlen die Kölsch-Brauer eine Trinktemperatur zwischen sechs und acht Grad, wobei das Bier noch zwei Grad kälter im Kühlschrank gelagert werden sollte, weil es sich nach dem Rausnehmen relativ schnell erwärmt.

Die Kölsch-Stange ist eben viel mehr als ein Glas. Sie ist ein Statement. Ein Bekenntnis zur federnden Eleganz, die aber schlicht und bescheiden auftritt, unaufdringlich. Passend zum Inhalt, der sanft und leicht daherkommt und nicht düsterpolternd wie etwa ein Schwarzbier, das dagegen wie aus Briketts gebräut wirkt.

Eine Kultur, die sich der Aneignung öffnet

Die einzige Sprache, die man trinken kann, ja, ja, oller Spruch. Aber er ist auch Ausdruck der Tatsache, dass das hiesige Nationalgetränk eben Teil dieser speziell kölschen Identität ist. Das Brauhaus, die Theke, die Musik, tätä. Aber eben nicht nur tätä. Können Sie sich vorstellen, einem gänzlich Unbekannten einfach so einen Maßkrug Helles oder ein über den Rand schwappendes Stout in die Hand zu drücken? Eben. Aus dem Kranz wie nebenbei angereicht ist das was ganz anderes. Drink doch eine met. Fällt quasi nicht auf, wirkt aber, schafft Verbindungen. Stell dich nit esu an. Ein Lächeln, Weitergehen oder auch nicht. Ja natürlich, so ein Lächeln ist mitunter begleitet von Schulterklopfen mit dem Dampfhammer oder Föttchesföhlerei. Selbst Kölsch hat zwei Seiten.

Der Kranz übrigens ist auch schon ein nur dem Kölsch eigener Ausdruck der Geselligkeit. Jeder kriegt was ab. Elf Freunde sollte ihr sein. Naiv, aber schön.

Braukunst, die sogar scheinbar Fremde verbindet

Ein anderer Kollege aus der immer noch sicherheitshalber ungenannt bleibenden Redaktion hat mal behauptet, er könne jede Kölschmarke blind am Geschmack erkennen. Am Ende hat er sogar Kölsch mit Pils verwechselt.

Also sind die Unterschiede offenbar gar nicht so groß, und das ist jetzt auch wissenschaftlich bewiesen: Bei einem Blindtest konnten 50 Kölner und 50 Düsseldorfer Kölsch und Alt nicht unterscheiden und auch nicht sagen, welches ihnen besser geschmeckt hat. Beim Nachtest mit freier Sicht auf die typische Färbung im Glas bevorzugten dann plötzlich jeweils 78 Prozent ihr „eigenes“ Bier. Alau! Nee Quatsch, Helaaf!

Kölsch – und das meint die Sprache, die Kultur, das Getränk – ist dann am besten, wenn es sich nicht abkanzelt und einigelt, sondern die ganze Welt einlädt.

Hasst irgendjemand vielleicht Pinguine?

Wie man Kölsch hassen kann, ist mir komplett unerklärlich. Das ist so, als würde man Pinguine hassen. Man muss es ja nicht mögen. Aber Kölsch ist so leicht, so einladend und harmlos, tut keinem was. Solange es nicht in Massen daherkommt. Die obergärige Brauweise trägt ja dazu bei. Dadurch, dass die Gärung aufgrund der höheren Temperaturen gegenüber „untergärigen“ schneller abläuft, die Hefe nach oben steigt und abgeschöpft wird, entstehen ja oft sogar fruchtige oder blumige Aromen.

Aber, und auch das macht Kölsch aus: Es ist kein Nebenbei-Getränk, das folgenlos bleibt. Obwohl es durchschnittlich mit fast fünf Prozent ähnlich viel Alkohol enthält wie ein gewöhnliches Pils, macht es meistens einen leichteren Eindruck. Der sich am nächsten Morgen als fatale Fehleinschätzung herausstellen kann.

Es gibt auch Bier auf Hawaii

Disclaimer: Natürlich gibt es auf der ganzen Welt tolles Bier. In Bayern, Schleswig-Holstein, Düsseldorf, sogar auf Hawaii. Und: Alkohol ist gesundheitsschädlich, und das auch schon in selten genossenen kleinen Mengen, wie wir heute wissen. Allerdings kann kein Mensch mit wissenschaftlicher Präzision nachweisen, wie weit die nur durch Kölsch derart geförderte Geselligkeit diesen Schaden aufwiegen mag. Geht aber wahrscheinlich auch mit Fassbrause. Na ja, vielleicht.

Fakten zum Kölsch



In Köln selbst beherrscht Kölsch den Biermarkt seit jeher, deutschlandweit liegt der Marktanteil aber unter zwei Prozent. Wie alle Bierproduzenten kämpfen auch die Kölsch-Brauereien seit Jahren mit deutlichen Absatzrückgängen. Während das Minus beim Bier insgesamt im vergangenen Jahr bei sechs Prozent lag, fiel es beim Kölsch mit 4,6 Prozent etwas geringer aus. Die Brauereien, die die Bezeichnung führen dürfen, verkauften im Jahr 2025 rund 1,3 Millionen Hektoliter Kölsch. Das entsprach einem Marktanteil in Nordrhein-Westfalen von 14,4 Prozent.

Der Trend zum alkoholfreien Bier setzte sich im Jahr 2025 fort. Deutschlandweit und über alle Sorten liegt sein Marktanteil inzwischen bei fast zehn Prozent. Die Kölsch-Produzenten brauten 18.172 Hektoliter Alkoholfreies, was nach der geltenden Definition einen Alkoholgehalt von maximal 0,5 Prozent bedeutet. Das entsprach einem Plus von 14,1 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor.

Weiter auf dem Vormarsch ist derweil die Fassbrause, die auch von Kölner Brauereien wie Gaffel, Früh und Reissdorf hergestellt wird. Die Unternehmen in Nord-

rhein-Westfalen produzierten im vergangenen Jahr mehr als 200.000 Hektoliter von dem Getränk ein Zuwachs um 11,1 Prozent gegenüber 2024.

Im Kölner Brauerei-Verband sind aktuell zwölf Marken zusammengeschlossen: Früh, Sion, Malzmühle, Sester, Reissdorf, Paffgen, Dom, Gaffel, Peters und Gilden aus Köln selbst, dazu kommen Bischoff

aus Brühl und die Erzquell Brauerei mit ihrem Zunft Kölsch aus Wiehl. Das sind die einzigen beiden Brauereien außerhalb von Kölns, die heute noch existieren und ihr Bier Kölsch nennen dürfen. Außerhalb des Verbandes gibt es weitere Kölschmarken wie Schreckenskammer und Hellers.

Die Kölsch-Konvention soll dazu dienen, den Kölner „Bierstil“, wie es offiziell heißt, zu schützen. Die damals noch 24 Kölsch-Brauereien beschlossen die Konvention im März 1986. Sie legt fest, dass Kölsch „ein helles, obergäriges, blankes, hopfenbetontes Vollbier“ zu sein hat. Außerdem soll Kölsch in der Stange (0,2-Liter-Gläser) ausgeschenkt werden. Auf der Basis dieser Vereinbarung erhielt das Kölsch auch das EU-Siegel „geschützte geographische Angabe“. (gro)

Wirtschaft in Köln, 12.02.2026

Dehoga-Chef Patrick Rothkopf im Interview

„Wir stoßen bei Preisen an eine Schmerzgrenze“

Köln – Der Präsident des Gastronomieverbands Dehoga NRW, Patrick Rothkopf, spricht im Interview über eine Branche in der Krise, Sicherheit im Karneval und die Mehrwertsteuersenkung

**THORSTEN BREITKOPF
UND MARIA DOHMEN**

Herr Rothkopf, als Dehoga-Präsident vertreten Sie in NRW ein Gewerbe in der Krise. Es ist aber auch eine Branche, in der man als Gast viele Enthusiasten erlebt, Menschen, die für das, was sie tun, brennen.

Die Leidenschaft der Menschen in der Branche empfinde ich selbst auch immer wieder als ermutigend. Ich treffe viele junge Unternehmerinnen und Unternehmer mit großartigen Ideen, viel Mut und einem starken Wertebewusstsein. Gastronomie war nie ein einfacher Beruf – aber immer ein besonderer. Daran hat sich nichts geändert.

Eine zumindest saisonale Herausforderung ist der Karneval. Wo steht er für Gastronomen auf der Skala zwischen Gaudi, Geschäft und Horror?

Der Karneval ist für viele Betriebe wirtschaftlich enorm wichtig. Mit einem guten Partykonzept lassen sich Umsätze erzielen – wenn die

Rahmenbedingungen stimmen. Problematisch wird es, wenn es zu Randalen, Lärmbelästigung oder Sicherheitsproblemen kommt. Gerade in den bekannten Hotspots ist das ja auch ein Thema in Köln. Deshalb reagieren einige Betriebe mit Eintrittspreisen oder Zugangsbeschränkungen. Wir sehen zudem, wie hoch der organisatorische und personelle Aufwand ist und wie schnell die Situation kippen kann. Gerade an den stark frequentierten Tagen bedeutet das einen echten Kraftakt für Gastronomen.

Viele Wirte klagen über exzessives Feiern auf der Straße.

Wir erleben seit Jahren eine stärkere Verlagerung des Feierns in den öffentlichen Raum. Menschen bringen Alkohol zum Feiern auf den Straßen mit; sie nutzen die Infrastruktur der Gastronomie weniger. Gleichzeitig steigen Anforderungen an Sicherheit, Reinigung und Personal. Das passt oft nicht mehr zusammen. Es muss aber möglich sein, auch in dieser Zeit den Betrieb wirtschaftlich

und sicher zu führen. Wichtig ist mir: Das kann und darf nicht allein Aufgabe der Gastronomen sein. Karneval ist ein städtisches Großereignis, da braucht es abgestimmte Konzepte zwischen Stadt, Ordnungsbehörden,

Polizei und Veranstaltern.

Der wirtschaftliche Druck lastet auf den Lokalen das ganze Jahr. Wie ist die aktuelle Lage der Gastronomie insgesamt?

Die Branche steht massiv unter Druck. Viele Betriebe kämpfen ums Überleben. Die Kosten für Personal, Energie, Lebensmittel und Mieten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Altlasten aus der Corona-Zeit wie Kredite, aufgelöste Altersrückstellungen und eventuelle Rückzahlungen kommen noch hinzu. Zum Jahreswechsel ist der Mindestlohn auf 13,90 angehoben worden, 2027 ist eine weitere Steigerung geplant. Gleichzeitig stoßen wir bei den Preisen an eine Schmerzgrenze. Viele Gäste sind nicht bereit, den wirtschaftlich notwendigen Preis für die

Fortsetzung...



Leistung zu bezahlen.

Woran liegt das aus Ihrer Sicht?

Vielen ist nicht bewusst, was Gastronomie heute wirklich kostet. Ein Restaurantbesuch wird oft noch mit Preisen von vor zehn oder 15 Jahren verglichen. Dabei hat sich alles verteuert. Gute Produkte, faire Löhne, Energie, Hygieneauflagen – das kommt bei allen Erzeugern und Dienstleistern an und so auch bei uns. Wer Qualität, Service und Atmosphäre erwartet, sollte akzeptieren, dass das alles seinen Preis hat und keine unangemessene Bereicherung ist. Dieser Unterton klingt immer wieder durch. Das bedauere ich. Gastronomie ist kein Hobby. Wir und unsere Beschäftigten müssen davon leben.

Sehen Sie auch Mitverantwortung für diese Erwartungshaltung?

Ja, da müssen wir ehrlich sein. Wir Gastronomen haben es lange versäumt, unsere Leistung klar zu kommunizieren und angemessene Preise zu fordern. Zu oft wurden Preise aufgrund der Speisekarten der Mitbewerber kalkuliert und nicht nach betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Auch Rabattaktionen und Billigangebote haben Erwartungen geprägt, die heute nicht mehr realistisch sind. Das holen wir jetzt mühsam nach.

Warum kann man in manchen Lokalen immer noch nur bar bezahlen?

Aus meiner Sicht wird hier eine unnötige und ideologische Diskussion

geführt. Bargeld ist immer noch das einzig unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Entscheidend ist doch, dass der Gast bezahlen kann, wie er möchte – und der Betrieb wirtschaftlich arbeiten kann. Bargeld ist für viele Menschen weiterhin wichtig, gerade für ältere Gäste oder im ländlichen Raum.

Aber viele Gäste erwarten heute doch selbstverständlich Kartenzahlung.

Deshalb gibt es in den allermeisten Betrieben beides. Bei mir ja auch, ich könnte nicht nur das eine oder andere anbieten – unmöglich!

Warum ist das Thema so sensibel?

Weil jede Zahlungsart Kosten und Aufwand verursacht. Kartenzahlungen sind bequem, aber sie bedeuten

Gebühren, technische Abhängigkeiten und im Zweifel auch Ausfallrisiken. Bargeld erfordert Kassenführung, Zählung und Sicherheitsmaßnahmen. Wir lehnen in dieser Sache staatliche Vorgaben ab. Jede Unternehmerin, jeder Unternehmer muss entscheiden können, welche Zahlungsart angeboten wird. Das regelt letztlich der Markt. Wenn es keine Gäste mehr gibt, die bar bezahlen wollen, dann gibt es noch mehr digitale Bezahlmöglichkeiten.

Ein umstrittenes Thema ist die Verpackungssteuer. Warum stößt sie beim Dehoga auf so großen Widerstand?

Weil sie vor allem Bürokratie produziert, aber kaum Wirkung entfaltet. Jede Kommune soll eigene Regelungen einführen können – das führt zu einem unüberschaubaren Flickenteppich. Für Betriebe, die vielleicht in mehreren Städten aktiv sind, ist das kaum handhabbar. In NRW sprechen wir über fast 400 Kommunen mit potenziell unterschiedlichen Rege-

lungen. Das ist wirtschaftlich absurd. Nachhaltigkeit ist wichtig, aber sie braucht praktikable Lösungen.

Welche Alternativen schlagen Sie vor?

Wir setzen auf Mehrwegsysteme, auf Aufklärung und Kooperation. Viele Betriebe sind da längst aktiv – nicht zuletzt, wenn Gäste das einfordern. Aber klar ist: Je mehr Gäste Mehrweg wollen, desto größer wird das Angebot. Auf jeden Fall brauchen wir statt Straussteuern einheitliche und nachvollziehbare Regeln, Rechtssicherheit, Anreize, aber vor allem funktionierende Rückgabesysteme. Nachhaltigkeit kann viel besser funktionieren, wenn man sie mit den Betrieben denkt und nicht gegen sie.

Auch Sie sprechen von Überborden der Bürokratie...

Im Alltag von Gastronomen geht es zu oft um Dokumentations- und Nachweispflichten, um Hygienevorgaben, Arbeitszeiterfassung oder statistische Meldungen. Vieles davon ist einzeln betrachtet sinnvoll, in der Summe aber kaum noch zu bewältigen.

Wie lautet Ihre Forderung an die Politik?

Wir brauchen Vereinfachungen,

digitale Schnittstellen, weniger Doppelprüfungen und vor allem praxistaugliche Regelungen. Entbürokratisierung ist kein Luxus, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Betriebe überhaupt noch investieren und ausbilden können. Das ist auch eine Frage des Vertrauens: mehr Vertrauen in die Betriebe und mehr Augenmaß.

Die Mehrwertsteuer auf Speisen wurde nun wieder gesenkt – das entspricht dem Wunsch der Gastronomen. Werden die Gäste etwas davon haben?

Erst einmal bedeutet die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Speisen Vollzug von Steuergerechtigkeit. Seit Jahrzehnten ist es ein Problem, dass Speisen in der stationären Gastronomie höher besteuert werden als Take-away oder Supermarktprodukte. Die Senkung verschafft der Branche Luft – vor allem angesichts massiv gestiegener Kosten. Die sieben Prozent helfen nun, Preise stabil zu halten und weiter investieren zu können.

Kritiker sagen, die Gäste merken aber nichts davon.

Das stimmt so nicht. Ohne die sieben Prozent würden die Preise stei-

gen. Oder Betriebe müssten sogar aufgeben. Die Senkung gibt uns eine Verschnaufpause, vor allem hilft sie, Stabilität zu schaffen – und Arbeitsplätze zu sichern.

Hotellerie und Gastronomie sind stark vom Fachkräftemangel betroffen. Was unternehmen Sie konkret, um gegenzusteuern?

Grundsätzlich gibt's eine gute Entwicklung. Zahlenmäßig sind wir über dem Niveau von 2019. Trotzdem fehlen noch Fachkräfte, aber auch verlässliche Hilfskräfte. Deshalb müssen wir breiter denken: Praktika, Quereinstiege, inklusive Ausbildungsmodelle und auch die Aktivrente sind Chancen für unsere Branche.

Was macht das Gastgewerbe aus Ihrer Sicht als Arbeitgeber besonders?

Gastronomie und Hotellerie bieten Teilhabe, soziale Kontakte und sinnstiftende Arbeit. Wer bei uns arbeitet, tut das in einer lebensrelevanten Branche. Diese Rolle müssen wir selbstbewusster vertreten. Die Flexibilität ist ein anderer Punkt: Wo sonst können Sie so individuell und auch zeitlich auf Lebenssituationen einge-



hen? Viele Menschen mit besonderen Bedürfnissen finden hier Nischen. Bei mir arbeitete eine Zeitlang ein alleinerziehender Vater. Er kam alle zwei Wochen freitags und Samstagabends arbeiten. Deshalb ist für uns die Arbeitszeitflexibilisierung auch so wichtig. Nicht mehr arbeiten, aber flexibler.

Die Bundesregierung hat eine neue Tourismusstrategie beschlossen, um die Branche wettbewerbsfähiger zu machen.

Der Tourismus in ganz Deutschland hat noch enormes Potenzial. Und die neue Strategie greift wichtige Punkte auf, das zu heben: Flexibi-

lisierung der Arbeitszeiten, weniger Bürokratie, Fachkräftegewinnung. Gerade für uns kleine Betriebe würden flexiblere Arbeitszeiten oder ein signifikanter Rückbau von bürokratischen Erfordernissen die Rahmenbedingungen deutlich verbessern.

Wie sehr prägt Ihre persönliche Erfahrung Ihre Arbeit als Verbandschef?

Sehr stark. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie sich schlaflose Nächte anfühlen, wenn die Zahlen nicht stimmen oder Personal fehlt. Deshalb versuche ich auch, offen über Probleme zu sprechen – und nicht alles schönzureden.

Kölner Stadt-Anzeiger

Wirtschaft in Köln, 12.02.2026

Ford macht Milliarden-Verlust

Gesamt-Konzern mit hohem Minus – Leichter Aufwärtstrend in Deutschland

VON THORSTEN BREITKOPF

Köln/Dearborn. Ford hat das vergangene Quartal mit einem hohen Verlust von 11,1 Milliarden Dollar abgeschlossen. Den Ausschlag gaben der Umbau des defizitären Elektroauto-Geschäfts, ein Brand bei einem Alu-Zulieferer und die Importzölle von US-Präsident Donald Trump. Hintergrund für das Minus: Der US-Autoriese hatte bereits eine Abschreibung von 19,5 Milliarden Dollar bei batteriebetriebenen Fahrzeugen angekündigt. Das Vorjahresquartal hatte Ford noch mit einem Gewinn von 1,8 Milliarden Dollar abgeschlossen. Der Umsatz sank unterdessen im Jahresvergleich um fünf Prozent auf 45,9 Milliarden Dollar (38,7 Milliarden Euro). „Ford hat in einem dynamischen und oft volatilen Umfeld ein starkes Jahr 2025 hingelegt“, bilanzierte Ford-Chef Jim Farley dennoch.

Auf Spartenebene bot sich ein ähnliches Bild wie schon in den vergangenen Quartalen: Die Elektroauto-Sparte verbuchte einen operativen Verlust von 1,2 Milliarden Dollar. Autos mit Verbrennungsmotoren brachten Ford unterdessen einen operativen Gewinn von 727 Millionen Dollar ein und die Nutzfahrzeug-Sparte verdiente auf dieser Basis gut 1,2 Milliarden Dollar.

Ford ist mit mehr als 10.000 Beschäftigten noch immer der größte industrielle Arbeitgeber Kölns. Dort befindet sich auch die Europazentrale. Allerdings weist der Autobauer keine Geschäftszahlen mehr nach Regionen aus, sondern nach Sparten, wie ein Sprecher dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Mittwoch erläuterte. Die Sparten sind aufgeteilt in Model E für Elektroautos, Ford Pro für Nutzfahrzeuge und Ford Blue für die Verbrenner. Somit ist aus den Zahlen nicht ersichtlich, wie die Geschäfte bei Ford in Köln, respektive in Deutschland laufen. Ford Köln war lange das Werk für den Kleinwagen Fiesta. Der letzte lief im Juli 2023 in Köln vom Band. Nach 47 Jahren Produktionszeit und mehr als 22 Millionen hergestellten Einheiten endete damit die Ära des beliebten Kleinwagens, um Platz für die Produktion von Elektroautos zu schaffen.

Im Jahr 2024 startete dann in Köln die Produk-

tion des elektrischen SUV Explorer, kurz darauf folgte der ebenfalls elektrische Ford Capri. Die Ford-Werke in Köln produzieren also nur noch E-Autos, das neu gestaltete Werk wird als Cologne Electrical Vehicle Center bezeichnet.

2025 wurde schließlich bekannt, dass der Ford-Mutterkonzern mit Sitz in Dearborn die Patronatserklärung für die deutsche Tochter beendet. Dies bedeutet, dass Ford Deutschland

seitdem selbst für seine Schulden verantwortlich ist. Im Gegenzug erhielt die Gesellschaft eine Finanzspritze von 4,4 Milliarden Euro. Wie lange die trägt, ist unklar.

Bis Ende 2027 sollen in Köln rund 2900 bis 3500 Arbeitsplätze in der Verwaltung und Produktion – insbesondere durch Umstellung auf Einschichtbetrieb – wegfallen. Ein entsprechendes Freiwilligenprogramm hat Ende November 2025 begonnen, um den Abbau zu realisieren. Noch ist nicht öffentlich, wie viele Mitarbeiter das umfangreiche Abfindungsangebot für die Ford-Beschäftigten angenommen haben.

Inzwischen gibt es aber einen leichten Aufwärtstrend. Gemäß der Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes wurden im vergangenen Jahr 108.299 Ford-Fahrzeuge in Deutschland zugelassen, ein Plus von 8,8 Prozent im Vergleich zu 2024. Davon waren 20.753 Elektrofahrzeuge (19,2 Prozent). Jedes siebte Fahrzeug für den deutschen Markt entstand in Köln.

Nach dem Erfolg von Tesla hatten die großen US-Autobauer General Motors, Ford und Stellantis Milliarden investiert, um mehr Elektroautos in ihre Modellpaletten zu bringen. In Zukunft will Ford stärker auf Hybrid-Fahrzeuge setzen – und bei Elektroautos auf kleinere Modelle. Die vollelektrische Version des großen Pickups F-150 wurde eingestellt.

Ford hat für die E-Kleinwagen mit dem Autobauer Renault eine Partnerschaft zur Fertigung von zwei erschwinglichen Elektroautos für europäische Kunden vereinbart. Die beiden von Ford entworfenen und mit Renault entwickelten E-Auto-Modelle der Marke Ford sollen in Douai in Nordfrankreich produziert werden.

» Kommentar Seite 4

KOMMENTAR

Ford hat noch Chancen

Für 2026 gibt es Anzeichen auf Besserung

Der Quartalsverlust von elf Milliarden Dollar kann als

Fortsetzung...



Alarmsignal für die Beschäftigten in Köln gewertet werden. Kann. Denn man muss sich zwei Aspekte angucken. Erstens: Was sind die Faktoren für den hohen Verlust. Und Zweitens: Wie ist der Blick in die Zukunft.

Erstens: Die Zahlen spiegeln erhebliche Einmaleffekte. Einen Teil des Verlust hat sich der Autobauer Ford selbst zuzuschreiben. Dass ein Ford-F150-Riesentruck, das seit

„ Trumps erratische Zollpolitik trifft nun ausgerechnet Ford mit voller Wucht

Jahrzehnten meistverkaufte Auto

der USA, als Elektro-Version floppt, war erwartbar. Wer sich im mittleren Westen der USA einen sechs Meter langen Pick-up-Truck zulegt, hat andere Ansprüche an ein Auto, als klimabewusste E-Kleinwagen-Käufer. Ein Großteil des Verlust ist auf die Abschreibung dieses E-Projek-

tes zurückzuführen und damit ein einmalig.

Auf andere Anteile am Minus hatte Ford aber definitiv keinen Einfluss. Die erratische Zollpolitik des US-Präsidenten Donald Trump etwa trifft nun ausgerechnet Ford mit voller Wucht. Ford erwartet 2026 Zollkosten von rund zwei Milliarden Dollar. Ein Großteil entfällt auf Aluminium für die margenstar-

ken Pickup-Trucks. Präsident Donald Trump hatte bereits Zölle verhängt, doch eine angekündigte Erleichterung verzögerte sich. Das bescherte Ford allein im vierten Quartal einen Dämpfer von 900 Millionen Dollar. Auch der Brand bei Alu-Zulieferer Novelis kostete Ford bis zu einer Milliarde Euro und ist nicht dem Management anzulasten.

Zu zweitens: Ford-Chef Jim Farley rechnet für 2026 mit einem Gewinn von acht bis zehn Milliarden Dollar. Das scheinen ihm die Märkte zu glauben, vorbörslich stieg die Aktie sogar. Und dass in Deutschland im vergangenen Jahr mit 108.000 Fahrzeugen fast neun Prozent mehr als 2024 verkauft wurden, ist ebenfalls ein Hoffnungsschimmer. Jedes siebte Auto stammt aus Köln.

Flüchtlingsfragen, 12.02.2026

Fast jedes zweite Asylverfahren reißt Zeitvorgabe

Bescheide kommen in
Deutschland relativ spät

Mit durchschnittlich 12,2 Monaten haben die Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2025 so lange gedauert wie noch nie. Gleichzeitig urteilten die Gerichte im Falle von Einsprüchen immer schneller. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervor. Demnach hat das BAMF in fast der Hälfte aller abgeschlossenen Verfahren die Regelvorgabe des EU-Rechts, innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden, überschritten (43,5 Prozent). Bei rund 17.000 der anhängigen Asylverfahren wurde sogar die nach EU-Recht geltende maximale Höchstdauer von 21 Monaten überschritten.

„Es ist nicht akzeptabel, dass zum Beispiel Geflüchtete aus dem Iran im Durchschnitt eineinhalb Jahre auf eine Entscheidung des BAMF warten müssen“, sagte die fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, Clara Bünger, unserer Redaktion. Gleichzeitig hat sich auch 2025 der seit Jahren anhaltende Rückgang

der Verfahrensdauer bei Asylklageverfahren fortgesetzt. Lag sie 2021 im Bundesdurchschnitt noch bei 26,5 Monaten, waren es im vergangenen Jahr 14,3 Monate. Das ist auch eine Folge der besseren personellen Ausstattung der Gerichte. In Eilverfahren, etwa bei offensichtlich unbegründeten Anträgen, entscheiden die Gerichte bedeutend schneller, nach nur 36,5 Tagen.

„Asylprüfungen müssen zügig, aber fair verlaufen. Generell sinkende Schutzquoten lassen befürchten, dass die politische Vorgabe einer Asylwende auch negativ auf die Entscheidungspraxis des BAMF durchschlägt“, kommentierte Bünger die Entwicklung. Einschränkungen bei den Verfahrensrechten Asylsuchender trügen nichts zur Beschleunigung bei und müssten zurückgenommen werden: „Es darf keinen Rechtsschutz zweiter Klasse geben“, mahnte Bünger.

Priorisierte Verfahren von Asylsuchenden mit schlechten Anerkennungschancen wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2025 in

Rekordzeit abgeschlossen, fast immer in nicht mal einem Monat. Damit wird die Vorgabe der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2023, Asylverfahren bei Herkunftsländern mit unter fünfprozentiger Anerkennungsquote beim BAMF und bei den Gerichten jeweils innerhalb von drei Monaten abzuschließen, weitgehend umgesetzt. Denn auch die Gerichte benötigen in diesen Verfahren nur selten mehr als drei Monate. Die priorisierten Verfahren betreffen allerdings nur 6,6 Prozent aller Asylverfahren.

Der Anstieg der durchschnittlichen Verfahrensdauer kann unter anderem mit dem zwischenzeitlichen Entscheidungsstopp zu Flüchtlingen aus Syrien (14,1 Monate) erklärt werden. Bei Herkunftsländern mit geringen Anerkennungschancen erfolgen Entscheidungen des BAMF weitaus schneller. Geflüchtete aus Nigeria (20,4 Monate), Iran (17,7 Monate) und Irak (17,1 Monate) mussten besonders lange auf eine Entscheidung warten – hier gab es keinen Entscheidungsstopp. krott



Warum der Zulassungsstopp bei Integrationskursen ausgeweitet wird

Seit Wochen lässt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge viele Bereitwillige nicht mehr zu. Nun wird die Beschränkung auf unbestimmte Zeit verlängert

Der Bund verlängert den teilweisen Zulassungsstopp bei Integrationskursen auf unbestimmte Zeit. Das geht aus einem neuen Trägerschreiben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor, das am Montag verschickt wurde. Es liegt WELT vor. Man informiere darüber, „dass im laufenden Haushaltsjahr bis auf Weiteres keinerlei Zulassungen für die Teilnahme an Integrationskursen nach Paragraph 44 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz erteilt werden können“, schreibt darin Uta Saumweber-Meyer, Leiterin der BAMF-Abteilung „Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt“.

RICARDA BREYTON

Das bedeute, dass insbesondere Asylbewerber, Geduldete, Menschen aus der Ukraine sowie EU-Bürger nicht mehr im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme am Integrationskurs zugelassen werden. Es sei allerdings möglich, dass die Träger anfragende Personen, die keine Zulassung erhalten

können, als Selbstzahlende in die Kurse aufnehmen. Betroffen sein dürften Zehntausende Teilnahmewillige pro Jahr. Begründet wird der Schritt mit „finanziellen Herausforderungen“. In den vergangenen Jahren hätten „mehrere überplanmäßige Ausgaben beantragt werden“ müssen. Künftig seien die Möglichkeiten des Zugangs in die Kurse „stärker an den hierfür verfügbaren Mitteln im Bundeshaushalt auszurichten“. Es gelte, finanzielle Risiken zu vermeiden „und eine dauerhaft tragfähige Finanzierung des Integrationskursangebots sicherzustellen“.

In den vergangenen Jahren waren die Ausgaben für Integrationskurse gestiegen, was zum Teil daran lag, dass immer mehr Ausländer einen solchen Kurs besuchen wollten. 2023 und 2024 verzeichnete das BAMF jeweils 363.000 Personen als Kursteilnehmer – so viele wie noch nie. Mehr als ein Drittel von ihnen wurde vom BAMF auf Antrag zugelassen. Manche der Betroffenen haben einen Rechtsanspruch auf einen Kurs. Dazu zählen Ausländer, die sich „dauerhaft im Bundesgebiet“ aufhalten. Dies

betrifft etwa anerkannte Flüchtlinge oder Erwerbsmigranten. Andere konnten auf Antrag zu einem Kurs zugelassen werden, etwa Asylbewerber während ihres Asylverfahrens, geduldete Ausländer sowie Ukrainer, die vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten haben, aber auch EU-Bürger. Zehntausende Personen nutzten das in den vergangenen Jahren. Ihre Teilnahme schränkt das BAMF nun drastisch ein.

Man sei sich bewusst, „dass diese Entscheidung für viele potenzielle Teilnehmende und für Sie als Kursträger mit Einschränkungen verbunden ist“, schreibt das dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundesamt. Der Entschluss erfolge jedoch mit dem ausdrücklichen Ziel, „für alle bereits erteilten und folgenden Verpflichtungen und Ansprüche eine verlässliche Grundlage zu gewährleisten“. In der Folge könne sichergestellt werden, dass sämtliche Abrechnungen ordnungsgemäß und fristgerecht an Kursträger beglichen werden können. Vor allem für Ukrainer dürfte der Schritt folgenreich sein: In den vergangenen Jahren stiegen pro

Jahr mehr als 100.000 Ukrainer neu in die Kurse ein, oft finanziert vom Staat. Künftig können sie nicht mehr auf Antrag teilnehmen. Teilnahmemöglichkeiten bestehen nur dann, wenn sie den Kurs selbst finanzieren oder wenn sie von anderen Behörden außerhalb des BAMF dazu verpflichtet werden. Diese Möglichkeit haben etwa Ausländerbehörden. Sie sind aber nicht dazu verpflichtet. Das neue System öffne neue Möglichkeiten für „Willkür“, kritisiert ein Betroffener. Ein anderer bemängelt, dass Personen, die zur Teilnahme verpflichtet werden, in der Regel weniger motiviert seien als solche, die freiwillig teilnehmen.

Widerspruch kam auch aus der SPD. „Sprache ist der Schlüssel für alles, für Arbeit, für Teilhabe“, sagte der Innenpolitiker Hakan Demir WELT. „Das Parlament hat die Gelder für dieses Jahr freigegeben – über eine Milliarde Euro. Ich erwarte, dass diese Gelder auch genutzt werden. Alles andere bleibt falsch.“ Zuletzt hatte es allerdings auch Kritik am Kurssystem gegeben, unter

anderem vom Bundesrechnungshof. Im

Vergleich der Jahre 2012 und 2022 hätten sich die Ausgaben für Integrationskurse um 273 Prozent erhöht, schrieben die Prüfer des Bundesrechnungshofs Ende 2023. Für das Jahr 2024 sah der Bund erstmals Mittel von mehr als eine Milliarde Euro für die Kurse vor.

VOR ALLEM FÜR
UKRAINER DÜRFTE
DER SCHRITT
FOLGENREICH
SEIN: ZULETZT
STIEGEN PRO JAHR
MEHR ALS 100.000
UKRAINER NEU IN
DIE KURSE EIN

Grünen-Innenexpertin Filiz Polat kritisierte: „Die Bundesregierung betreibt eine faktische Blockade der Zulassung zu Integrationskursen. Das trifft geflüchtete und Kursträger hart und zeigt, wie insbesondere die Union hier sabotiert. Einerseits mangelnde Integration kritisieren und andererseits Integration erschweren – das passt nicht recht zusammen.“ Durch die Beschränkung drohe „eine systematische Rückabwicklung integrationspolitischer Fortschritte der vergangenen Jahre“. Sprache bleibe der Schlüssel für Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Hamburgs Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) nannte die Entscheidung „politisch, menschlich und wirtschaftlich nicht nachvollziehbar“. Die Kurse gehörten „zu den wichtigsten Instrumenten“, um Zugewanderte sprachlich auf Ausbildung, Beruf und Studium vorzubereiten. Sie fügte hinzu: „Der Bund darf sich hier nicht zurückziehen und bleibt aufgefordert, seiner Verantwortung für die Integration in Beruf und Gesellschaft gerecht zu werden.“



Flüchtlingsfragen, 12.02.2026

Schärferes Asylrecht gebilligt

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Das Europäische Parlament hat eine weitere Verschärfung des EU-Asylrechts gebilligt und damit den Weg für schnellere Abschiebungen von Asylbewerbern freigemacht. Die Abgeordneten billigten damit im Kern Vorschläge der EU-Staaten, unter denen besonders Deutschland auf strengere Regeln pocht. Die Gesetzestexte werden Teil des Asyl- und Migrationspakts GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) sind aber auch Ausdruck einer Änderung der europäischen Migrationspolitik insgesamt. Die Neuregelung bedarf noch der formellen Zustimmung der 27 EU-Mitgliedstaaten, um in Kraft zu treten. Sie gilt als sicher. Teil der Beschlüsse ist die Einführung einer Liste von als sicher eingestuften Drittstaaten, in die abgelehnte Asylbewerber zurückgeschickt werden können.



Kölner Verkehrsbetriebe, 12.02.2026

Schneller zum KVB-Karnevalsticket

Kein Kundenkonto, kein Kleingeld, keine Downloads. So einfach seid ihr noch nie an euer KVB-Ticket gekommen. Die KVB testet an Karneval eine neue Art des Ticketkaufs.

Web2Wallet heißt die neue Art des Ticketverkaufs. Auf der **Internetseite der KVB** könnt ihr euch eins der drei dort angebotenen Tickets auswählen. Das Einzel- oder Gruppenticket für einen Tag oder das Karnevalsticket für alle jecken Tage. Dann bezahlt ihr und habt euer Onlineticket direkt auf dem Handy.

Der Haken: Ihr braucht ein Smartphone. Per PC, Laptop oder Tablet-PCs geht's nicht. Und ihr müsst per PayPal, Google-Pay oder Apple-Pay zahlen. Sonst gibt's kein Ticket.

Ein vergleichbares Modell hat München beim Oktoberfest erfolgreich genutzt, sagt die KVB. Wenns in Köln klappt, soll es Web2Wallet auch bei anderen Events geben.

<https://www.radiokoeln.de/artikel/schneller-zum-kvb-karnevalsticket-2571241.html>

Kölner Stadt-Anzeiger

Kölner Verkehrsbetriebe, 12.02.2026

Lastenrad-Projekt der KVB entpuppt sich als Flop

Pilotversuch nicht wirtschaftlich genug – Höhere Nachfrage vor allem in Innenstadtnähe

VON TIM ATTENBERGER

Es sollte ein Beitrag zur Klimaneutralität Kölns und für saubere Luft sein, doch der Lastenrad-Verleih der Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) hat sich am Ende als Flop entpuppt. Auf Wunsch der Politik hatte das Verkehrsunternehmen zwischen 9. Dezember 2022 und 30. Juni 2025 in den Stadtteilen Nippes, Deutz und Neubrück einen Pilotversuch mit 15 Lastenrädern unternommen, die sich Kunden ausleihen konnten. Wie eine aktuelle Auswertung zeigt, war das Projekt aber nicht wirtschaftlich.

Geringe Nachfrage in Neubrück

Die Evaluation ergab, dass in den innenstadtnahen Stadtteilen mit vielen Einwohnern grundsätzlich eine höhere Nachfrage bestand – diese bewegte sich allerdings auf einem konstant niedrigen Niveau. In den weiter außen liegenden Stadtteilen, in denen weniger Menschen wohnen, aber besonders viele von ihnen ein Auto besitzen, gab es nur wenige Nutzer des KVB-Lastenrads. Im Februar 2024 war die Nachfrage in Neubrück so gering, dass die KVB das

Angebot reduzierte und zusätzlich einen weiteren Standort in Stammheim eröffnete. Dementsprechend verteilten die KVB und der Kooperationspartner Green Moves den Großteil der verfügbaren Lastenräder während des Pilotversuchs auf die innenstadtnahen Stadtteile.

Zum Einsatz kamen zweirädrige Lastenräder mit elektrischer Unterstützung, die an festen Stationen ausleihbar waren. Ein stationsbasiertes System sollte die Betriebskosten reduzieren und zu einem wirtschaftlichen Betrieb des Lastenradverleihsystems beitragen. Dass sich das Projekt am Ende trotzdem finanziell nicht getragen hat, hängt wohl auch mit Vandalismus zusammen. So kam es vor allem in Neubrück zu Beschädigungen an den Rädern und der Station. Erst ein Kümmerer vor Ort konnte dafür sorgen, die Vandalismusfälle zu verringern. Das alles erzeugte zusätzliche Kosten.

Eine positive Erkenntnis aus dem Versuch war laut der KVB, dass Kunden mit einem Abo die Lastenräder besonders gerne ausliehen. 35 Prozent der Umsätze im

Normaltarif wurden demnach von Nutzern mit VRS-Chipkarten erzielt. KVB-Abokunden durften das Lastenrad 90 Freiminuten pro Woche kostenlos benutzen („Erledigung eines Wocheneinkaufs“). Diese Regelung galt auch nach der Einführung des Deutschlandtickets. „Das Freifahrkontingent erwies sich als Anreiz zur Nutzung der Lastenräder“, resümiert das Mobilitätsdezernat.

Wiederholung nicht geplant

Das alles reichte jedoch nicht aus, um vonseiten der KVB dauerhaft Lastenräder zu verleihen. „Der finanzielle Aufwand für die Stadt Köln ist – auf Grundlage der erfolgten Nutzung – mit durchschnittlich 28 Euro pro Fahrt sehr hoch“, teilt das Mobilitätsdezernat mit. Auch wenn der Pilotversuch zeige, dass das Angebot vor allem in Stadtteilen genutzt wird, in denen es wenig Autos gibt und es die großstädtische Mobilität sinnvoll ergänzen könne, stehe der Aufwand in „einem ungünstigen Verhältnis zur Wirkung“. Eine Wiederholung sei in absehbarer Zeit in dieser Form daher nicht vorgesehen und aufgrund der aktuellen Haushaltslage auch nicht möglich.

Kölner Stadt-Anzeiger

Wohnungsversorgung, 12.02.2026

Austausch über Wohnprojekte in Köln

Vorträge, Workshops und eine Podiumsdiskussion erwarten Besucher

VON CHARLOTTE GROß-HOHNACKER

Gemeinschaftliches Wohnen muss nicht mit dem Auszug aus der Studierenden-WG enden. Der Bedarf an sogenannten Co-Housing-Projekten und Mehrgenerationenhäusern wächst – auch in Köln. Einen Überblick bietet der Wohnprojektetag Köln und Region am Samstag, 28. Februar. Die Veranstaltung läuft von 11 bis 17 Uhr im VHS-Forum Köln (Cäcilienstraße 29-33) und findet zum elften Mal statt.

Geplant sind Vorträge, unter anderem zum Neubaugebiet Deutzer Hafen, sowie Workshops zu Gründung, Chancen und Herausforderungen von Wohnprojekten und zu queeren Wohnprojekten. Eine Podiumsdiskussion beleuchtet die Potenziale gemeinschaftlichen Wohnens in Köln.

Vor Ort präsentieren sich außerdem Wohnprojekte aus Köln und dem Umland sowie Dienstleister und Beratungsstellen. Am Sonntag,

29. Februar, können Interessierte ausgewählte Projekte besuchen. Die Anmeldung dafür erfolgt am Samstag. Das aktuelle Programm steht unter www.mitstadezentrale.de.

Veranstalter sind die Stadt Köln und die Mitstadezentrale. Die Mitstadezentrale unterstützt Wohnprojektgruppen und Wohnungsbauunternehmen dabei, in neuen Quartieren gemeinsam soziale, kulturelle, gewerbliche und mobilitätsbezogene Strukturen zu entwickeln.

Umwelt und Verbraucherschutz, 12.02.2026

Feinstaub in NRW: Wie ich mich vor dreckiger Luft schützen kann

Feinstaub ist eine große Gefahr für die Gesundheit. Die Luft in NRW ist besonders stark belastet. Wie ich mich vor dreckiger Luft schützen kann.

Ingo Neumayer

Feinstaub kann man nicht sehen, riechen oder schmecken. Und womöglich ist das der Grund, wieso es immer noch Menschen gibt, die die Gefahren durch dreckige Luft nicht richtig ernst nehmen. Dabei sterben laut der Europäischen Umweltagentur EUA jedes Jahr zehntausende Menschen in Deutschland an den Folgen von Luftverschmutzung durch Feinstaub.

Als besonders gesundheitsschädlich gilt PM_{2,5}-Feinstaub. Diese kleinen Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern können beim Einatmen tief in die Lunge und von dort aus auch in den Blutkreislauf gelangen. Sie können Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen wie Asthma und Lungenkrebs verursachen. Aber auch größere PM₁₀-Partikel, Stickstoffdioxid (NO₂), das im Dieselabgas enthalten ist, sowie bodennahes Ozon (O₃) sind verantwortlich für mehrere tausend Tote und Kranke im Jahr.

Ab 2030 gelten strengere Grenzwerte in der EU

Laut EUA ist die Anzahl der Todesfälle durch PM_{2,5}-Feinstaub zwischen 2005 und 2023 zwar um 57 Prozent gesunken. Die Luftschutzmaßnahmen wirken offenbar aber nicht schnell genug. Daher gelten ab 2030 neue, strengere Grenzwerte in der EU. Statt 25 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresmittel liegt dieser dann für PM_{2,5}-Feinstaub nur noch bei 10 Mikrogramm pro Kubikmeter. Auch für NO₂ und für größere Feinstaubpartikel (PM₁₀) gelten dann strengere Vorgaben. Das wird - Stand jetzt - besonders in NRW viele Kommunen treffen.

NRW: Hier gibt es die meisten Orte mit dreckiger Luft

Denn laut Zahlen, die der WDR mit Daten des Umweltbundesamtes errechnet hat, reißen derzeit 68 Prozent der Messstationen in NRW den zukünftigen Grenzwert. Einzelne Stationen in Essen, Dortmund, Düsseldorf, Oberhausen und Wuppertal messen Belastungen, die mehr als 50 Prozent zu hoch sind. Bei PM_{2,5}-Feinstaub überschreiten derzeit 38 Prozent der Stationen die Grenze, bei PM₁₀-Feinstaub acht Prozent. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hat NRW die meisten Orte mit schlechter Luft. An 71 Prozent der Messstationen überschritt mindestens einer der drei kritischen Stoffe die neuen Richtwerte.

Laut EU müssen schon vor dem Stichtag Luftqualitätspläne erstellt werden, in denen mögliche Maßnahmen festgelegt werden, um die Schadstoffbelastung zu senken. Dazu können beispielsweise Tempolimits, gesperrte Fahrspuren oder verbesserte Schutzmaßnahmen bei Bauarbeiten zählen.

Was kann ich konkret tun?

Viele Menschen wollen sich nicht nur auf Behörden und Kommunen verlassen, wenn es um ihre Gesundheit geht. Und tatsächlich gibt es verschiedene Möglichkeiten, als Individuum dafür zu sorgen, dass die persönliche Feinstaubbelastung sinkt und man möglichst wenig Gesundheitsprobleme davonträgt.

Ein wichtiger Punkt ist Information: Viele Wetter-Apps zeigen die regionale Luftqualität an. Mit der kostenlosen Luftqualität-App des Umweltbundesamts kann man stündlich aktualisierte Werte von mehr als 50 Messstationen in NRW abrufen und sich entsprechende Verhaltenstipps geben lassen. Auch das Landesamt für Natur, Umwelt und Klima NRW bietet mit luftqualitaet.nrw.de ein Portal mit aktuellen Messwerten.

Gerade bei Tätigkeiten im Freien wie Sport oder Gartenarbeit lohnt sich ein Blick auf die aktuellen Werte. Denn

Fortsetzung...



wer sich anstrengt, atmet schneller und tiefer - und sorgt so womöglich dafür, dass mehr Schadstoffe in den Körper gelangen. PM10-Partikel schädigen hauptsächlich die Lunge, die kleineren PM2,5-Partikel schaffen es oft in den Blutkreislauf und können dort unter Umständen Gefäße verstopfen und beispielsweise einen Herzinfarkt verursachen. Also: Sollten die Werte in eurer Region zu hoch sein, verzichtet nach Möglichkeit auf Anstrengungen im Freien. Und wenn das nicht geht, tragt eine FFP2-Maske.

Vorsicht an Haltestellen und Baustellen

Es gibt übrigens Orte, an denen die Feinstaubbelastung höher ist als an anderen. Das sind zum einen Baustellen, aber auch größere Haltestellen. Hier bremsen und beschleunigen viele Fahrzeuge und sorgen so für Feinstaub durch Reifenabrieb. Außerdem werden immer noch viele Busse mit Diesel angetrieben, was zu erhöhtem Stickstoffdioxid-Ausstoß führt.

Auch die eigenen Konsumentscheidungen können helfen, Feinstaub in eurem Umfeld zu reduzieren. Mit dem Rauchen aufhören, keine Böller mehr an Silvester zünden, den alten, klapprigen Diesel verschrotten, den qualmenden Kaminofen stilllegen, kein Holz und Laub im Garten verbrennen, öfter mal das Auto stehen lassen: Möglichkeiten gibt es viele. Ob sie auch genutzt werden, muss jede und jeder Einzelne selbst entscheiden.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/feinstaub-nrw-belastung-luft-verschmutzung-100.html>

Kölner Stadt-Anzeiger

Flughafen KölnBonn, 12.02.2026

ARBEITSKAMPF

Streik am Flughafen

Piloten und Flugbegleiter von Lufthansa wollen am Donnerstag die Arbeit niederlegen. Das hat Folgen für Passagiere an NRW-Flughäfen. In Düsseldorf wurden die meisten Lufthansa-Verbindungen annulliert, auch in Köln sind Ausfälle möglich.

» Wirtschaft Seite 7

Streik bei Lufthansa trifft NRW

Piloten und Flugbegleiter wollen an diesem Donnerstag die Arbeit niederlegen – Auswirkungen auch auf die Airports Köln/Bonn und Düsseldorf erwartet

Düsseldorf/Köln. Fluggäste der Lufthansa müssen an diesem Donnerstag in Nordrhein-Westfalen mit Flugausfällen rechnen. Grund sind gleichzeitige Arbeitskampfmaßnahmen der Piloten und Flugbegleiter über den ganzen Tag, zu denen die Gewerkschaften aufgerufen haben. Die Lufthansa hat deshalb umfangreiche Flugstreichungen angekündigt. Eine genaue Zahl gestrichener Flüge wurde nicht genannt. Grundsätzlich wollen die Crew-Gewerkschaften am Donnerstag sämtliche Abflüge in Deutschland verhindern. Bestreikt werden sollen die Starts der Gesellschaften Lufthansa und Lufthansa Cityline, die deutschen Lufthansa-Töchter Eurowings und Discover sind nicht von dem Streikaufruf betroffen.

Am Flughafen Düsseldorf wurden für Donnerstag bereits die meisten Lufthansa-Verbindungen annulliert. Ursprünglich vorgesehen waren neun Ankünfte und neun Abflüge von und nach München sowie drei Ankünfte und drei Abflüge von und nach Frankfurt. Hinzu kommt eine Ankunft und ein Abflug von Lufthansa City Airlines, ebenfalls von und nach München.

Am Flughafen Köln/Bonn waren am Mittwochmittag noch keine Flugstreichungen bekannt. Laut Internetseite sind am Donnerstag vier Ankünfte und vier Abflüge von Lufthansa und Lufthansa City Airlines geplant, alle von und nach München. Nach Angaben eines Sprechers ist es möglich, dass Flüge ausfallen. Am Flughafen Münster/Osnabrück sollen Don-

nerstag planmäßig vier Abflüge und Ankünfte von Lufthansa City Airlines stattfinden, jeweils von und nach München. Bislang wurde nur einer der Flüge annulliert. Erst für den Freitag rechnet Lufthansa wieder mit der Rückkehr zum normalen Flugplan.

Umbuchungen und Bahnfahrten

Das Unternehmen will nach eigenen Angaben die Auswirkungen für ihre Fluggäste so gering wie möglich halten. Wenn möglich, würden von Flugstreichungen betroffene Passagiere auf andere Airlines innerhalb und außerhalb des Konzerns umgebucht. Innerdeutsch reisende Gäste können ihre Tickets in Fahrscheine der Deutschen Bahn umtauschen.

Die Reisenden werden gebeten, ihre hinterlegten Kontaktinformationen zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren. Im Falle einer Annullierung sollen Passagiere mit hinterlegter Mobilfunknummer automatisch eine Benachrichtigung mit einer alternativen Reismöglichkeit erhalten.

Die Passagiere sollen sich auf die Informationen verlassen, rät auch ein Sprecher des Frankfurter Flughafens. „Zum Flughafen zu kommen, um zu schauen, ob noch was anderes fliegt, ist eine schlechte Idee.“ Ursprünglich waren am Drehkreuz 1074 Flugbewegungen geplant mit rund 140.000 Passagieren. In Marktkreisen wird damit gerechnet, dass allein in Frankfurt mehr als 200 Starts der Lufthansa Classic ausfallen.

Die rund 4800 Piloten der Lufthansa und der

Fortsetzung...



Lufthansa Cargo streiken für höhere Arbeitgeberbeiträge zu den Betriebs- und Übergangsrenten. Hierzuliegt schon seit dem Herbst eine Urabstimmung der Mitglieder vor, die mit deutlicher Mehrheit für Arbeitskampfmaßnahmen gestimmt haben. Von einem Streik hatte die Gewerkschaft in den vergangenen Monaten abgesehen. Nach sieben Verhandlungsrunden blieb auch ein vorerst letztes Angebot der Vereinigung Cockpit nach ihren Angaben ohne Reaktion. Die Kabinengewerkschaft Ufo will ohne Urabstimmung der knapp 20.000 Beschäftigten mit einem Warnstreik Verhandlungen erzwingen zu Tarifverträgen bei der Kerngesellschaft Lufthansa und der Regionaltochter Cityline. Allein dort seien wegen der Konzernstrategie rund 800 Jobs bedroht. Ufo will hier einen tariflichen Sozialplan aushandeln, der bislang vom Management verweigert werde.

Das fliegende Personal reibt sich seit Jahren an der Strategie des Vorstands, mit neu gegründeten Flugbetrieben (AOC) die etablierten Airlines samt ihrer gut dotierten Arbeitsplätze unter Druck zu setzen. Die Passagiere sollen davon möglichst wenig bemerken. Aus Sicht des Unternehmens ist gerade die Kerngesellschaft Lufthansa zu teuer.

Streit um Strategie im Hintergrund

Die neuen AOCs sollen touristische Flüge (Discover) und Zubringerverkehr (City Airlines) mit billigeren Crews kostengünstiger gestalten. Dort werden dann auch neue Flugzeuge eingesetzt oder sogar von den Altgesellschaften hin verlagert. Die bisherige Regionaltochter Lufthansa Cityline mit rund 30 Flugzeugen steht vor dem Aus.

Noch sind die neuen Gesellschaften im Konzernrahmen von rund 740 Flugzeugen verhältnismäßig klein. City Airlines zählt aktuell 14 Flugzeuge und Discover hat 30 Mittel- und Langstreckenflugzeuge in der Flotte.

Der Lufthansa-Vorstand hat die Crew-

Streiks als „völlig unnötige Eskalation“ kritisiert. Die jeweiligen Forderungen der Gewerkschaften würden weitere starke Kostensteigerungen bei der Lufthansa-Kerngesellschaft bedeuten, sagte Personalvorstand und

„ Wir können eine Top-Versorgung nicht einfach noch mal verdoppeln

Michael Niggemann,
Lufthansa-Arbeitsdirektor

Arbeitsdirektor Michael Niggemann in Berlin. Dort bestehe aber keinerlei Spielraum. Die mit Abstand größte Airline des Konzerns war 2024 in die Verlustzone gerutscht und soll mit einem Sanierungsprogramm wieder auf Kurs gebracht werden. Am 6. März legt der MDax-Konzern auch dazu neue Zahlen vor.

Die Piloten gingen bereits heute mit monatlichen Bezügen von durchschnittlich 8400 Euro einschließlich der gesetzlichen Rente in den Ruhestand, erklärte Niggemann. Die Forderungen der Vereinigung Cockpit gingen weit darüber hinaus. „Wir können eine Top-Versorgung nicht einfach noch mal verdoppeln.“

Den Kabinenbeschäftigten bei der perspektivisch auslaufenden Cityline habe man großzügige Angebote zur Übernahme bei anderen Gesellschaften gemacht, sagte der Manager. Ufo verlangt hier Verhandlungen über einen tariflichen Sozialplan.

Die Ufo-Forderungen zum Manteltarif bei der Lufthansa Classic liefen auf weitere Kostensteigerungen von rund zehn Prozent hinaus. Bereits heute liege die Produktivität der Besatzungen bei der Kerngesellschaft zehn bis 20 Prozent hinter dem Wettbewerb. Niggemann setzt nach eigenen Angaben auf weitere Gespräche. „Ich bin fest überzeugt, dass es den Beschäftigten um Perspektiven geht. Da ist eine Erhöhung der Kosten genau kontraproduktiv.“ (dpa)

Porz, 12.02.2026

Christliche Werte und jecles Brauchtum

Kölsche Messe in St. Aegidius in Wahn gehört zu den Höhepunkten der Session

VON BEATRIX LAMPE

Wahn. An der Kanzel hingen Luftballons in den Porzer Farben Rot und Weiß, vor dem Altar waren die Figuren von Hännischen und Bärbelchen aufgestellt und sogar die Skulptur des Heiligen Ägidius, Schutzpatron der Wahner Pfarrkirche, trug eine karnevalistische Verkleidung. Zur Kölschen Mess, die immer eine Woche vor Karneval gefeiert wird, strömen die Besucher aber nicht vorwiegend wegen des einladenden, jocken Kirchenschmucks.

Die festliche Messe mit Beteiligung von Karnevalsgesellschaften und Dreigestirnen sowie vielen kostümierten Jocken ist vielen eine Herzensangelegenheit im Porzer Karneval. Sie macht in besonderer Weise die Zusammengehörigkeit von närrischem Brauchtum und christlichen Werten deutlich. Es gab wieder

viel zu sehen und zu hören. Um den Altar versammelten sich das große und das kleine Dreigestirn und Abordnungen von Karnevalsgesellschaften mit ihren Fahnen und Standarten.

Im Seitenschiff standen die sangsfreudigen Kinder des Schulchores von der Wahner Grundschule und trugen mit ihren hellen Stimmen eine wunderbare Mischung von Gotteslob und Karnevalseligkeit in

den Kirchenraum. Die Gemeinde freute sich an kölschen Liedern und Gebeten. Und Pfarrer Johannes Mahlberg, der unter dem Messgewand sein Karnevalskostüm trug, hielt eine gereimte, zu Herzen gehende Predigt. Er sprach vom Licht der Welt und vom Salz der Erde, das Christen sein sollen, und machte jedem und jeder Einzelnen Mut dazu, im persönlichen Alltag gleich damit anzufangen.

In der Messliturgie ist Applaus eigentlich nicht vorgesehen, doch sowohl für die Predigt als auch für viele Gesangsbeiträge gab es spontan herzlichen Beifall. Die Besucherinnen und Besucher nahmen einander auf Mahlbergs Bitten quer durch die ganze Kirche an den Händen und sangen vom Zusammenhalt und von „Minsche wie mir“.

Die Kölsche Mess hatte auch die Große Porzer KG Rot-Weiß zum Ort

für einen besonderen Moment erwählt. Die älteste Porzer KG wird in dieser Session 100 Jahre alt und ließ zum Ende des Gottesdienstes ihre Jubiläumsstandarte weihen. Präsidentin Bettina Reischl-Miskulin zeigte sich sehr berührt. Durch ein Spalier von Mitgliedern der KG Blau-Wieße Funke Wahn zogen die Gäste der Messe ins Freie und konnten im Pfarrzentrum einen karnevalistischen Frühschoppen feiern.

Porz, 12.02.2026

Seniorennetzwerk Humboldt geht in die Selbstständigkeit

Interessengemeinschaft übernimmt ab sofort die Koordination

Humboldt/Gremberg. Das Seniorennetzwerk Humboldt/Gremberg ist sozusagen flügge geworden und hat sich von seinem Koordinator Piotr Falke sozusagen emanzipiert. „Das bedeutet, dass ich als Koordinator, der das Netzwerk aufgebaut hat, den Stadtteil verlasse“ sagt Falke. Das Ganze geschieht völlig planmäßig, derweil in dem Programm für die Förderung von Seniorennetzwerken vorgesehen ist, dass die Netzwerke über kurz oder lang auf eigenen Füßen stehen sollen. „Es ist wichtig zu erwähnen, dass das hiesige Seniorennetzwerk eine Patenorganisation gefunden hat, die Inte-

ressengemeinschaft Humboldt-Gremberg e. V., die die ehrenvolle Aufgabe übernimmt, das SNW ab 2026 bei der Selbstorganisation zu unterstützen, fuhr Falke fort. Zur Übergabe waren zahlreiche Vertreter von Initiativen aus Humboldt-Gremberg gekommen: Dagmar Galler (Senioren Sport und Café), Therese Lorscheid (GrembergTreffen.V.), Isabell Bratkowiak (Spielgruppe), Rolf Bräunig (Reparatur-Café und Jugend Projekt), Helmut Bonzelet (Digitale Sprechstunde /Finanzen) und Peter Peterlini (IG Humboldt / Gremberg, 1, Vorsitzender). (rah)

Porz, 12.02.2026

Bürgertreff in Gremberghoven kann nicht genutzt werden

Nach einer Beschwerde aus der Nachbarschaft über Lärm stellte die Verwaltung fest, dass eine Nutzungsgenehmigung fehlt

VON RENÉ DENZER

Gremberghoven. Den Spielenachmittag für Senioren gibt es nicht mehr, genauso wenig wie den Singkreis und weitere Veranstaltungen. Lediglich das Seniorenfrühstück gibt es noch. Das allerdings nicht mehr am Bürgertreff am Talweg, sondern in der Grundschule im Veedel.

Denn der Bürgertreff in Gremberghoven ist seit September 2024 geschlossen. Angefangen hatte alles mit einer Beschwerde aus der direkten Nachbarschaft. Angeblich sei es zu laut gewesen. Die Stadtverwaltung ging der Beschwerde nach. Dabei wurde festgestellt, dass eine Nutzungsänderung für das Gebäude fehlt. Eine Sache, die den Vorstand des Bürgervereins Gremberghoven überraschte.

Denn seit 2012 werden die Räume am Talweg vom Bürgerverein genutzt. Zuvor waren unter anderem eine Bäckerei, ein Fahrradhändler

und ein Versicherungsbüro in dem Gebäude am Talweg untergebracht.

Der Beschwerde und der fehlenden Nutzungsänderung folgte die Schließung des Bürgertreffs. „Es fehlt was. Der einzige soziale Treffpunkt in Gremberghoven gibt es seitdem nicht mehr“, sagt der Vorsitzende des Bürgervereins Mustafa Kesmez. Selbst Mitgliederversammlungen oder Vorstandssitzungen seien hier nicht mehr möglich, so der Geschäftsführer des Bürgervereins, Cenk Kay.

Das soll aber nicht so bleiben. Der Bürgertreff soll wieder als solcher genutzt werden. Das ist aber mit entsprechenden Auflagen verbunden, sagt Petra Lindemeier, die sich im Bürgerverein um die Finanzen kümmert. „Wir sind jetzt diejenigen, die das mit der Nutzungsänderung in die Hand nehmen.“

Das ist mit Geld verbunden. Aber da ist der Vorstand optimistisch. Mit dem Immobilienunternehmen Vono-

via habe der Verein „jemanden an der Angel, der die Aktivitäten in Gremberghoven immer wieder unterstützt“, sagt Kesmez. Ein weiteres Problem war die Suche nach einem Architekten. Viele seien nicht bereit gewesen. Schließlich hatte sich mit Kerstin Graap eine Architektin gefunden, die sich kurz vor der Rente um gewisse Dinge kümmert. So sind städtische Auflagen wie ein Fahrradständer oder ein Stellplatz kein Problem mehr. Aber für Lärm- und Brandschutz muss sich der Verein um einen anderen Architekten kümmern. Und hier gab es bisher nur Absagen. Und die Zeit drängt. Denn die Stadt hat eine Frist im Februar gesetzt.

Trotz aller Widrigkeiten sind Kesmez, Lindemeier und Kay immer noch positiv gestimmt. „Wir hoffen, irgendwann wieder öffnen zu können“, so der Vorsitzende des Gremberghovener Bürgervereins, Mustafa Kesmez.

Kölner Stadt-Anzeiger

Porz, 12.02.2026

Porzer Jugendliche bauen Heinzel-Figuren für Berufskolleg

Mehr als 60-köpfige Gruppe nimmt an Porzer Zügen teil

VON BEATRIX LAMPE

Porz. Wenn sich am Karnevalssonntag die Schull- und Veedelszöch durch Köln schlängeln, tragen sie auch eine Botschaft durch die Stadt: Integration gelingt dort besonders gut, wo gemeinsam gearbeitet, gestaltet und gefeiert wird. Eine mehr als 60-köpfige Gruppe des Berufskollegs 10 aus Köln-Porz nimmt mit Unterstützung von KultCrossing an den Zügen teil – unter dem Motto „Mit Hätz un Hand – die Heinzel stonn parat“.

Die jungen Frauen und Männer, viele von ihnen mit Flucht- oder Migrationserfahrung, haben bei einem KultCrossing-Projekt im Herbst überlebensgroße Heinzel-Figuren gebaut. In den Werkstätten des Berufskollegs entstanden Köpfe mit unterschiedlichen Hautfarben, fröhlichen Gesichtern, jeckem Kopfschmuck – und Werkzeugen aus dem Sanitärhandwerk. Sie stehen sinnbildlich für eine Realität, die im Karneval selten so deutlich sichtbar

wird: Jugendliche aus aller Welt sind längst ein tragender Teil des handwerklichen Nachwuchses in Köln. Ohne diese Heinzel sähe die Zukunft ziemlich düster aus.

Begleitet wurden die Jugendlichen dabei vom erfahrenen Karnevalswagenbauer Werner Blum, der ihnen Raum für eigene Ideen ließ. „Die Gestaltung kam komplett von ihnen“, sagt er. Besonders bemerkenswert: Viele der Beteiligten aus der Internationalen Förderklasse leben erst seit wenigen Monaten in Deutschland. Gearbeitet wurde mit einfachen Materialien – Kaninchendraht, Pappmaché, Holz –, aber mit großer Ernsthaftigkeit und spürbarem Stolz.

Lehrerin Annette Bauer beobachtete, wie das gemeinsame Werken die Gruppe zusammenschweißte. Sprachbarrieren verloren an Bedeutung, Vertrauen wuchs. „Das hat mehr für Integration getan als manche Schulstunde“, sagt sie. Auch

beim ersten Treffen mit Auszubil-

denden aus höheren Klassen, die gleichfalls in Heinzel-Kostümen mit Blaumann und rot-weiß geringselten Shirts am Zug teilnehmen, wurde deutlich, wie niedrigschwellig Karneval Begegnung ermöglicht.

KultCrossing-Geschäftsführerin Christa Schulte sieht darin den Kern des Projekts: Tradition und Vielfalt auf spürbare Weise zusammenzuführen. „Das gibt den jungen Menschen Rückenwind“, sagt sie. Die gemeinnützige GmbH KultCrossing versteht sich als Vermittler zwischen Jugend und Kultur. Sie fördert diesen Dialog mithilfe eines Konzepts zur Verbesserung der allgemeinen Bildung und zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. Unterstützt wird das Projekt vom Großen Senat e. V. sowie von Kölner Handwerksbetrieben aus den Bereichen Sanitär, Heizung und Klima. Sie alle setzen damit ein Zeichen – für Nachwuchsförderung und für ein Handwerk, das von Vielfalt lebt.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Rodenkirchen, 12.02.2026

Op jöck mit Rodenkirchener Dreigestirn

Der Tag der Tollitäten führt von Kita, zur Schule, zur Uniklinik, zum Seniorenheim – „Emotionaler Ritt“

VON SANDRA MILDEN

Rodenkirchen. Es ist kurz nach neun. Prinz André I. liest E-Mails. Bauer Alex erklärt, dass das Anziehen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Stiefel, Orden und Ornat an. „Beim Gürtel anlegen bekomme ich Hilfe. Die Schlüssel sind schwer, der Gürtel muss hinten gerade sitzen.“ Nur Berthold Tobjinski ist noch nicht fertig. Geschminkt ja, aber das Kleid fehlt noch. Er verschwindet im Nebenraum der kleinen Hofburg, wie sie das Zuhause der Jungfrau Tanja nennen, die dann auch als solche erscheint. Gut 40 Minuten braucht „Bert“, um zu Tanja zu werden. Spiegel und Handschuhe einpacken – jeder schnappt sich eine Tupperbox mit Broten für den Tag.

Prinzenführer Chrissi wirft einen letzten Blick auf den heutigen Auftrittsplan. Sechs Stationen, zwei Kitas, eine Grundschule, ein Geburtstag, eine Scheckübergabe und ein Besuch im Seniorenheim. Erster Halt ist die Kita Elfenland. Die Feder wird für den Prinzen eingesetzt. Besonders schwer ist der Hut von Bauer Alex mit 125 Pfauenfedern. „Gibt es hier etwas zu beachten?“ heißt draußen die Frage. Manchmal werden Süßigkeiten verteilt, manchmal

nicht. Hier gibt es Buttons für die Pänz mit dem Orden des Dreigestirns.

In der Kita ist es mucksmäuschenstill. „Den Hut kannst Du hier nicht aufziehen. Die Decke ist nicht hoch genug“, sagt Erzieherin Andrea Duffel. Vier Gruppen warten gebannt auf das Dreigestirn, und Prinz André verwandelt sich in der Turnhalle in einen Märchenprinzen und erzählt den Kindern die Geschichte von dem jungen Mann, der Prinz werden wollte. Das Ende ist bekannt. In Köln darf er regieren, mit Bauer und Jungfrau, in der fünften Jahreszeit. Die Pänz kontern mit Wissen. Dass der Bauer einen Dreschflügel dabei hat, wusste Wanja. Beeindruckt war das Dreigestirn als eine Elfin sogar wusste, dass die Krone der Jungfrau aussieht wie die Stadtmauer. „Mir als kölsche Jeck ist die Brauchtum-

serziehung wirklich wichtig“, sagte Duffel. Auch ein Kinderwunsch wurde erfüllt: Mit dem Dreigestirn zusammen das Räuber-Lied oben unten tanzen. So lernt man auch gleichzeitig rechts und links.

Gerade mal über die Straße geht es nach 40 Minuten weiter mit dem Auto zur Emanuel Grundschule. Gleiches Spiel: Feder, Hut, Wurfmaterial, große Musikkbox aus dem

Auto holen. An der Tür werden sie, wie überall, bereits erwartet. Alles geht nach Plan. In der Aula herrscht absolute Partystimmung. Das Lied? Oben, unten. Die gut 300 Pänz sind textsicher. Ohrenbetäubend wird der Lärm, als das Dreigestirn die Aulabühne betritt. Besonders der Bauer freut sich auf den Auftritt. Seine Tochter Louisa besucht die Schule. Bei der Begrüßung fehlen dem Prinzen kurz die Worte. „Ihr seht nicht nur toll aus, ihr habt uns auch sensationell empfangen“, bedankt er sich und stellt dann gleich, samt Fahrer Peter, das gesamte Team hinter dem Dreigestirn vor. Es ist einer der wenigen Tage, wo niemand vom Festkomitee aufgrund eines Trauerfalls eines Mitglieds, die Vorstellung übernehmen kann.

Spende für die Klinik-Clowns

Abgewandelt erzählt Prinz André die Geschichte, so dass selbst Schulleiterin Ute Kochsieck meint, noch etwas Neues zu lernen, als er erklärt, dass die Pfauenfedern für starke Gesundheit stehen, weil der Pfau giftige Pflanzen fressen kann, ohne Schaden zu nehmen. Die Schüler durften natürlich auch Fragen stellen, ehe noch einmal ganz nah mit dem Dreigestirn getanzt wurde, ehe es hieß: „Tschüss, bis Sonntag. Wir sehen uns beim Zoch.“ Im Auto sind alle völlig baff. „War das genial“, sagt Bauer Alex.

Für den Job als Dreigestirn haben sich alle Urlaub genommen. „Das ist sonst gar nicht zu stemmen“, sagt der Prinzenführer. Der Montagekoordinator ist die Koordinationsstelle. Möglichst zeitlich beieinander liegende Besuche planen, Begleiter

organisieren. „Alles mögliche“, sagt Chrissi. Gut 100 Auftritte sind absolviert. Stille herrscht im Auto auf der Fahrt zur Uniklinik. Auf der Kostümisierung in Sürth hatte Jungfrau Tanja ihr Strumpfband versteigert. Aufgerundet auf 500 Euro soll der Betrag an die Kölner Klinik Clowns übergeben werden. Karneval und Klinik Clowns – für das Trifolium passt das gut zusammen.

Bei der Ankunft wird es emotional. Eine Frau bittet unter Tränen um ein Foto des Dreigestirns für ihre kranke Schwester, die mit Leukämie in der Klinik kämpft. „Das wird sie vielleicht aufmuntern“, sagt sie. Im Foyer warten Motzi und Halli Hallo, zwei Klinik Clowns, die sich mit allerlei Fragen an das Dreigestirn wenden. Währenddessen kommen kranke und gesunde Besucher, freuen sich über ein Foto mit dem Trifolium. „Manchmal ist es ein emotionaler Ritt“, sagt Tanja. Gerade noch im Kindergarten, dann am Bett eines altersschwachen Seniors, der sich kaum bewegen kann und dann eine Sitzung. „Aber genau dafür machen wir das. Wir gehen zu denen, die nicht zu uns kommen können“, sagt der Prinz. Für ihn ist das Beste an der fünften Jahreszeit, dass sie jedes Jahr wieder kommt. Es geht zurück nach Rodenkirchen. Kurzer Halt an der kleinen Hofburg.

Dann geht es weiter in die nächste Kita nach Rondorf. In Rodenkirchen warten am Nachmittag die Mitarbeiter einer HNO-Praxis, die ihren Chef überraschen. Ein 47. Geburtstag. Um 17 Uhr ein letzter Auftritt, für den das Dreigestirn besonders lebt. Es geht an die Marktstraße zum Seniorenheim Doreafamilie. Die Tagesordnung ist damit offiziell beendet. Dann geht es auf ein letztes Kölsch in die eigentliche Hochburg des originär Rodenkirchener Dreigestirns. In die Gaststätte Hinger d'r Heck.

Unterwegs haben sie auch ein wenig gut gehütetes Geheimnis verraten. In der kommenden fünften Jahreszeit soll es erstmalig ein Rodenkirchener Kinderdreigestirn geben. Der Nachwuchs ist also gesichert.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Rodenkirchen, 12.02.2026

Straßenkarneval startet in Rodenkirchen mit jecken Gästen

Dreigestirne aus Eygelshoven, Lommersdorf und Flamersheim wurden von den Zuschauern lautstark bejubelt

VON SANDRA MILDEN

Rodenkirchen. Exakt elf Grad waren es um 11.11 Uhr auf dem Maternusplatz, als Bezirksbürgermeisterin Sabine Müller vor hunderten Jecken, gemeinsam mit Uwe Nowak, dem Präsidenten des Festkomitees Karneval Alt-Gemeinde Rodenkirchen, den Rodenkirchener Straßenkarneval eröffnete. Lapidar mit genau diesen Worten. „Ich wollte es kurz und knackig halten“, sagte Müller kurz danach mit einem Lachen. Es war die erste Straßenkarnevalseröffnung seit ihrem Amtsantritt für die Bezirksbürgermeisterin, die „mal jeck ist und mal nicht“, wie sie verriet. Das Programm, auf Einladung des Festkomitees Karneval der Altgemeinde, war dafür umso knackiger.

Auch ein Helau war zu hören

Vorder Bühne tummeltens sich die Jecken und die Vertreter der aktuell zehn Karnevalsgesellschaften und Vereine der Altgemeinde. Traditionell sind die Freunde aus dem niederländischen Eygelshoven dabei. Vor 65 Jahren haben sich die beiden Gemeinden bei einem Tanzwettbewerb

im niederländischen Eygelshoven kennengelernt und pflegen seitdem ihre Freundschaft mit gegenseitigen Besuchen. Am Samstag waren sie mit Bürgermeisterin Petra Dassen und gut 50 niederländischen Jecken

gekommen. Auch hat es Tradition, dass die Rodenkirchener etwas früher als die anderen Veedel ihren Straßenkarneval eröffnen. Doch dieses Mal sollten nicht nur die Eygelshovener mit ihrem Prinz Max I. von „de Karnevalsvereniging Burgerlust“ auf der Bühne begrüßt werden. Mit

Freunden des K.V. Rot-Wiess Lommersdorf um Prinz Jens I. und Prinz Philipp I. aus Flamersheim von der KG Grün-Gold, die nach 19 Jahren erstmals wieder ein Dreigestirn stellt, traten sie als Gäste der Rodenkirchener auf die Bühne. Neben Prinz André mit Bauer Alex und Jungfrau Tanja waren damit insgesamt vier Tollitäten vertreten.

Bei der Begrüßung der Tollitäten knirschte es bei einigen Jecken nur ein wenig im Gehörgang. „Die KV Rut-Wiess aus Lommersdorf sind die mit dem Helau“, kündigten sie sich

an. Und so wurde neben zweimal

Alaaf auch einmal das böse H-Wort ausgerufen. Mit Festus, dem Tanzkorps der Kapelle Jonge, Kölsche Vita, den Tanz Käppche, Newcomer Simon Schwierien, herrschte bis zum späten Nachmittag, als der Wochenmarkt schon längst seine Wagen vom Platz rollte, gute Stimmung.

Druckluft war Höhepunkt

Höhepunkt war sicherlich der Besuch von Druckluft, die dank großzügigen Sponsorings am frühen Nachmittag auftreten konnten. Egal in welchem Kostüm – bei ihrem Hit sang jeder „Ich bin ne Karnevalsaus.“

„Ohne Sponsoring geht es nicht mehr. Wir wollen aber den Jecken, so lange es geht, diesen Straßenkarneval ermöglichen“, so Nowak. Erstmals hat das diesjährige Dreigestirn online um finanzielle Unterstützung für Strüßjer für Senioren und Kamelleunterstützung gebeten. Die drei gehören der KG Die Knobelbröder an, mit zwölf Mitgliedern die kleinste Gesellschaft im Festkomitee.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Ehrenfeld, 12.02.2026

Was wird aus „Jack in the box“?

as in Ehrenfeld beheimatete Projekt könnte sich an der „Westspitze“ wieder neu erfinden

VON HANS-WILLI HERMANS

Ehrenfeld. Übersee-Container auf dem ehemaligen Güterbahnhofgelände in Ehrenfeld, Container auf einer Fluxus-Ausstellung in Wiesbaden, Container bei einer Fairtrade-Veranstaltung im Palladium: Als kürzlich das 20-jährige Bestehen von Jack in the Box mit einer Foto-Ausstellung gefeiert wurde, standen die riesigen Metallbehälter selbstverständlich im Mittelpunkt, denn sie sind Namensgeber und Aushängeschild des Vereins. Selbstverständlich fand die Ausstellung auch in einem Container statt, als Gast der „Passagen“-Design Woche war der Verein damit auf dem Hof der Ehrenfelder Pattenhalle untergekommen.

Nostalgie und Neubeginn

„Es ist aber kein Original-Container des Vereins mehr, diesen hier haben wir extra angemietet“, erklärte Heribert Weegen, Vorstandsmitglied von Jack-in-the-Box. Sein Vorstandskollege Markus Flück berichtete, dass zahlreiche Besucher in Erinnerungen schwelgten, als sie die rund 70 Fotos von früher sahen: „Ach ja, so sah das mal aus.“ Nostalgie war angesagt, denn der Verein hat seit der Gründung einige folgenschwere Veränderungen durchgemacht. Die wohl traurigste und einschneidendste war der plötzliche Tod des Gründers und Ideengebers Martin Schmittseifer im vergangenen September. „Den Antrag auf eine finanzielle Förderung der Ausstellung haben wir vier Tage vor seinem Tod gestellt, sie sollte auch so

etwas wie das Signal für einen Neustart sein“, berichtete Weegen.

Der Sozialarbeiter Martin Schmittseifer wollte mit Jack-in-the-Box innovative Modelle zur Beschäftigungsförderung ausprobieren. So sollten Langzeitarbeitslose etwa Übersee-Container zu Ateliers oder Räumen von Jugendtreffs umbauen. Auf dem Gelände des Güterbahnhofs, damals eine Brache, nutzte der Verein dafür eine große Halle mit Werkstätten, in der bald auch Partys, Märkte und Ausstellungen stattfanden.

Doch mit der Zwischennutzung der Halle war es 2016 vorbei, der Immobilienentwickler Aurelis hatte das Areal angekauft. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld sprach sich für den Verbleib von Jack-in-the-Box aus, zunächst waren großzügige Räumlichkeiten der so genannten Ostspitze im Gespräch. Bis es soweit war, sollte Jack-in-the-Box Gebäude in der Südstadt beziehen.

Doch weil die Ostspitzen-Lösung im Bebauungsplan nicht festgehalten wurde, fühlte sich die Aurelis nicht an die Absprachen gebunden, nach zähen Verhandlungen kaufte die Stadt schließlich das ehemalige Gebäude der Bahndirektion am Maarweg, der „Westspitze“ des Geländes, an und vergab das Gebäude 2021 im Erbbaurecht an die „Stattinsel Westspitze GmbH“. Die hatte Schmittseifer eigens zu diesem Zweck mit Amon Nanz als zweitem Gesellschafter gegründet. Denn das Übergangsquartier in der Südstadt hatte sich als ungeeignet erwiesen, der Verein war verschuldet und kam

als Pächter nicht infrage.

Wie es nun in dem Haus am Maarweg weitergehen soll, ist unklar. Noch hat die Stadt nicht die Genehmigung für den notwendigen Umbau des rund 600 Quadratmeter großen Hauses erteilt. Weil Martin Schmittseifer, der auch Mitglied des Vereinsvorstands war, nun nicht mehr die Richtung vorgeben kann, sind offensichtlich Differenzen zwischen Verein und GmbH entstanden, was die künftige Art der Nutzung angeht: Soll dort wieder Beschäftigungsförderung stattfinden, oder soll das Gebäude wegen des

„Es ist aber kein Original-Container des Vereins mehr, diesen hier haben wir extra angemietet

Heribert Weegen,
Vorstand von Jack-in-the-Box

knappen Platzangebots vor allem ein Ort für kulturelle Veranstaltungen werden, mit einer Gastronomie dazu?

Die Beteiligten möchten sich derzeit nicht äußern, nicht zuletzt wegen juristischer Fragen, die noch zu klären seien. Auch Politiker antworten ausweichend, wollen nicht zusätzlich für Unruhe sorgen. „Für die neuen Bewohner des Güterbahnhofgeländes wäre es aber schön, wenn bald etwas passieren würde“, sagte Bezirksbürgermeister Volker Speltmann lediglich.

Mülheim, 12.02.2026

Der Marktplatz soll attraktiver werden

Arbeitskreis kümmert sich um die Fläche in Mülheim-Nord am Kulturbunker und plant Veranstaltungen.

VON RIKA KULSCHEWSKI

Mülheim. „Der Marktplatz ist ein wichtiger, zentraler Ort für die Bewohnerinnen und Bewohner des Mülheimer Nordens“, ist Julia Wellmann von der Sozialraumkoordination Mülheim-Nord/Keupstraße/Stammheim überzeugt, „im Kern wollen wir die Aufenthaltsqualität verbessern und Freiraum und Sicherheit vor allem auch für Kinder schaffen“.

Dafür hat sich 2023 aus der Stadtteilkonferenz der Arbeitskreis Marktplatz Mülheim Nord gebildet. Darin sind diverse Personen aus Vereinen, Initiativen, Politik, Bewohnerschaft sowie Künstlerinnen und Künstlern. Ziel sei es zunächst primär gewesen, die Autos von dem Platz an der Berliner Straße wegzubekommen. Dieser wird nämlich immer wieder als Parkplatz genutzt, obwohl es gar keiner ist.

Der AK hat sich deshalb für mehr Kontrolle durch das Ordnungsamt und die Erneuerung der Poller eingesetzt. Dafür gab es unter anderem einen Begehungstermin mit Verwaltung, Bürgeramt und Politik. Zudem

gab es einen Beschluss der Bezirksvertretung, den Platz am Kulturbunker aufzuwerten und Falschparken strenger zu ahnden. „Das hat zunächst erst einmal geklappt und bis Dezember 2025 war der Platz dann auch weitestgehend autofrei“, erzählt Wellmann. Seit Anfang des Jahres vermehren sich die Autos aber wieder.

„Nach dem Markt an zwei Tagen die Woche sollen die Poller eigentlich immer wieder eingesetzt werden, aber das geschieht mittlerweile nicht mehr unbedingt“, erzählt Gabi Schönau, Anwohnerin im AK, „und sie werden teils auch einfach herausgenommen und kaputtgemacht“. Der Arbeitskreis sucht deshalb immer wieder nach Ideen, um den Marktplatz als Aufenthaltsort im Stadtteil zu etablieren.

„Letztlich wollen wir mit Aktionen eine Initialzündung setzen, damit die Menschen merken, es ist schön, wenn der Platz genutzt werden kann, und ihn dann auch selbst gestalten“, sagt AK-Mitglied Sarah Plückthorn vom Kulturbunker, „es könnte eine richtig schöne urbane

Oase werden“.

Eine dieser Aktionen war der Kindertag zum Weltkindertag. Es war ein großes Fest mit Aktionsständen und Bühnenprogramm und rund 300 Kindern und Jugendlichen. „Das Fest hat einfach das Potenzial, das wir im Marktplatz sehen, gezeigt“, sagt Wellmann.

Eben solche Belebungen sollen den Anwohnenden zeigen, dass der Platz mehr ist als ein Parkplatz und nur durch die Autos ungenutzt bleibt. „Wenn der Marktplatz autofrei ist, dann wird er auch genutzt“, meint Gabi Schönau. Wichtig sei vorrangig, den Leuten zu zeigen, dass sich etwas tut, sind die Mitglieder des Arbeitskreises überzeugt.

Auch 2026 will der AK den Marktplatz weiter mit Aktionen beleben. Der Kindertag soll zur Tradition werden. Zudem denkt der AK über Begrünung nach und weitere kreative Ideen. Auch mehr externe Aktionen rund um den Platz seien erwünscht. Ideen per Mail an; sozialraumkoordination.muelheim@csh-koeln.de

Mülheim, 12.02.2026

Umgestaltung der Dellbrücker Hauptstraße stockt

Ratsmitglied Elfi Scho-Antwerpes zeigt auf einem Spaziergang durch ihr Veedel Orte, die schöner werden sollen

VON RIKA KULSCHEWSKI

Dellbrück. In Dellbrück, so scheint es manchmal, verändern sich die Dinge nur langsam. Bauverfahren wie der Thurner Hof brauchen ewig, die Dellbrücker Hauptstraße entwickelt sich nur schleppend. Doch wie ist die Lage in Dellbrück wirklich? Ein Blick ins Veedel mit Elfi Scho-Antwerpes, Ratsmitglied für den Wahlkreis Dellbrück, und Bürger Rainer Drese.

„Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, sagt Scho-Antwerpes, „aber häufig müssen die Bürgerinnen und Bürger den Weg selbst finden“. So würde der Stadtteil vor allem durch Einwohner und Einwohnerinnen lebenswert, nachhaltig und bunt gestaltet werden. „Meine Aufgabe ist es, das alles politisch einzubringen“, ist die SPD-Ratsfrau überzeugt.

So beispielsweise beim Thurner Hof, der nach jahrelangem Leerstand künftig wieder für die Öffentlichkeit geöffnet nutzbar sein soll. „Die Leute konnten sich für das Interessenbekundungsverfahren bewerben und das soll im ersten Quartal entschieden werden“, berichtet Scho-Antwerpes, „Das macht mich wirklich froh, dass da endlich Bewegung drin ist“. So auch am Dellbrücker Marktplatz, auf dem im November die Umgestaltung begonnen hat.

Solche Nachrichten würde sich Scho-Antwerpes auch für das Haus 1006 an der Bergisch Gladbacher Straße auch wünschen. Die Fassade des denkmalgeschützten Gebäudes soll seit längerem saniert werden. „Der Verein hat ein großes Problem mit der Baugenehmigung“, sagt Rainer Drese, „wenn sie bis März keine Genehmigung haben, wird die Finanzierung schwierig“. Der Antrag sei vor Monaten gestellt worden, doch bisher ohne Rückmeldung.

Die Stadt könne dazu auf Anfrage dieser Zeitung wenig sagen, da es

sich um ein laufendes Verfahren handelt: „Ganz allgemein und nicht auf diesen Einzelfall bezogen kann eine bauordnungsrechtliche Prüfung abgeschlossen werden, wenn alle Antragsunterlagen mängelfrei vorliegen“.

Es gebe einfache Themen, die stockend voran gehen, meint Scho-Antwerpes. So zum Beispiel die Umgestaltung der Dellbrücker Haupt-

straße, welche mit einem BV-Beschluss attraktiver werden sollte. Vor allem sollten Bäume gepflanzt und Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Dies ist bisher nicht geschehen. „Uns wurde mitgeteilt, dass kein Personal und kein Geld dafür da sind und das Thema keine Priorität hat“, sagt Rainer Drese.

Auf Anfrage dieser Zeitung teilt die Stadt Köln mit, dass die Dellbrü-

cker Hauptstraße für das Straßenbaumkonzept als ungeeignet eingestuft wurde, da Konflikte mit Versorgungsleitungen bestehen. Zunächst sollen prioritär die beschlossenen Standorte des Konzeptes umgesetzt werden. „Parallel werden mit den Versorgungsunternehmen Möglichkeiten erarbeitet, wie in Zukunft auch in unmittelbarer Nähe zu Leitungen Baumpflanzungen realisier-


in der Innenstadt gibt. Dies sei jedoch laut Stadt mit einem erhöhten Unterhaltungsaufwand verbunden: hoher Wässerungsaufwand, Reparatur der Baumkübel und erhöhter Aufwand für die Pflege der Umpflanzung und der Bäume.

Eine Ausweitung auf andere Stadtbezirke als Bezirk 1 sei aufgrund der fehlenden betrieblichen und finanziellen Kapazität nicht ge-

plant. „Da schauen wir doch mal, ob wir noch was machen können“, sagt Scho-Antwerpes, „wo ein Wille ist...“ Die Bürgerinnen und Bürger würden sich zudem wünschen, dass der Verkehr in der Straße beruhigt wird. Die Frage sei im Moment nur noch in welcher Form. Der Runde Tisch Dellbrück wolle diesbezüglich demnächst auf die BV zugehen.

Zuversichtlich schaut Elfi Scho-Antwerpes auf die anstehenden Forschungsbohrungen auf dem ehemaligen Sportplatz am Thurner Kamp. „Ich habe mir diese Bohrungen mal in Neuss angeguckt und mit dem Unternehmen gesprochen und die machen einen guten Eindruck“, sagt Scho-Antwerpes. „Sie stehen bereit für Bürgerinnen und Bürger, wollen MINT Werbung und Besichtigungen möglich machen.“ Außerdem würden sie sofort aufhören, wenn sie etwas gefunden haben. „Und dann soll die Fläche für Kinder nutzbar gemacht werden, das ist super“, sagt Scho-Antwerpes.

Das bestätigt auch die Stadt: „Das Sportamt hält an der mit dem Verein abgesprochenen Planung fest, den westlichen Platz als Fläche für mögliche Ausgleichspflanzungen für Baumaßnahmen auf Sportanlagen im gesamten Stadtgebiet vorzusehen. Nach Abschluss der Bohrungen durch den Geologischen Dienst wird die vorhandene Wiesenfläche wiederhergestellt. Der Verein kann diese Fläche dann zu Trainingszwecken mit Kindergruppen nutzen.“

 **Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, aber häufig müssen die Bürgerinnen und Bürger den Weg selbst finden**

Elfi Scho-Antwerpes,
Ratsmitglied

bar sein können“. Alternative Möglichkeiten der Bepflanzung seien nicht vorgesehen.

Scho-Antwerpes schlägt vor, Baumkübel aufzustellen, wie es sie

Rölnr Stadt-Anzeiger

Chorweiler, 12.02.2026

Baugebiet in Fühlingen ist beschlossene Sache

Anwohner kritisieren die Pläne der Stadt für eine Wiese am Heinrichhofsweg

VON CHRISTOPHER DRÖGE

Fühlingen. Im Frühjahr des vergangenen Jahres waren die Planungen für den Heinrichhofsweg erstmals öffentlich bekannt geworden: Auf einer bislang unbebauten Wiese am nordöstlichen Ortsrand soll ein Neubaugebiet mit Mehrfamilienhäusern, einer Kindertagesstätte, einer Pflegeeinrichtung sowie einem Nahversorger entstehen. Zwischen 200 und 250 Wohneinheiten sollen die Mietshäuser umfassen, wodurch Fühlingens Einwohnerschaft um bis zu 1000 Personen wachsen könnte – ein beachtlicher Zuwachs für den dörflichen Stadtteil, der zurzeit mit etwas über 2000 Einwohnern zu den zahlenmäßig kleinsten Kölner Veedeln gehört.

In Fühlingenselbst war das Vorhaben nicht zuletzt deshalb auf teilweise offene Ablehnung gestoßen. Eine Siedlung von Mietshäusern am Rand des bislang primär von Einfamilienhäusern geprägten Ortes, die nach den ursprünglichen Plänen bis zu vier Geschosse hoch sein sollten, sowie gut ein Drittel mehr Einwohner würden den Charakter des Viertels massiv verändern, fürchteten die Kritiker. „Wir wissen, dass Wohnraum geschaffen werden muss, aber Fühlingen zeichnet sich eben durch seine Mischung aus

Hauseigentümern und Mietern aus – ein reiner Mietwohnungsbaupasst einfach nicht dazu“, sagte etwa Michael Frenger, Fühlinger Landwirt und Anwohner der Wiese, die bebaut werden soll.

Eine Gruppe von gleichgesinnten Fühlingern hatte für eine weniger dichte Bebauung plädiert, und ein alternatives Planungskonzept erstellt, in dem auch Einfamilienhäuser vorgesehen waren, die auch auf der südwestlichen Seite des Heinrichhofswegs entstehen sollten, die zurzeit nicht zum Plangebiet gehört. Unterstützung fanden sie bei der CDU, die sich ihre Planungsskizze zu eigen machte und sie in den Beratungen der Planungen im Stadtentwicklungsausschuss (StEA) als Gegenvorschlag einbrachte. Im vergangenen Jahr war die Vorlage der Verwaltung jedoch mehrere Male vertagt worden, sodass sie nun in der neuen Legislaturperiode in der Sitzung Ende Januar erneut auf die

Tagesordnung des StEA kam. Jetzt ist der Beschluss gefasst und der ursprüngliche Planungsentwurf hat sich im Wesentlichen durchgesetzt: Eine Mehrheit aus SPD, Grünen und Volt hatte für die Pläne gestimmt, gegen die Stimmen von CDU, AfD und FDP/KSG. Ein Änderungsantrag der CDU, der ein überarbeitetes Planungskonzept mit „geringerer Dichte“ vorschlug, das sich an den Geschosshöhen der angrenzenden Bebauung hätte orientieren sollen,

fand keine Mehrheit. Stattdessen wurde ein zusätzlicher Änderungsantrag der Grünen beschlossen, nach dem die Planungen so überarbeitet werden sollten, dass die Gebäude eine „Maximalhöhe von drei Vollgeschossen plus einem Staffel-

geschoss“ nicht überschreiten sollten – eine Variante, die die Grünen nach Gesprächen mit Fühlinger Bürgern als Kompromissvorschlag erarbeitet hatten. Ebenfalls beschlossen wurde ein Änderungsantrag der

Fraktion Volt, nach dem der Bau einer Quartiersgarage statt einer Tiefgarage geprüft werden solle, da sich das Planungsgebiet in einem hochwassergefährdeten Areal befinde.

Zugeständnisse abgelehnt

Michael Frenger stimmen diese Zugeständnisse allerdings nicht milder. „Statt vier Vollgeschossen sollen es nun drei Geschosse plus ein etwas zurückversetztes halbes Geschoss sein“, sagt der Fühlinger. „Also letztlich wird es genauso hoch sein wie vorher.“ Auch CDU-Rats Herr Thomas Welter, der sich für die Planungsvariante der Fühlinger Gruppe eingesetzt hatte, sieht das ähnlich. „Die Bebauung wird dann vielleicht nicht mehr so voluminös wirken, aber von der Firsthöhe her ist es das Gleiche. Das ist eher Kosmetik.“ Welter ist auch ob der vergangenen Zeit frustriert, denn „diesen Beschluss hätte man so auch schon vor einem Jahr fassen können“, sagt er.

„Wir sind nicht gegen eine Bebauung“, betont Frenger, „aber sie muss sich in Fühlingen einfügen. Jetzt setzt man uns da eine Siedlung hin, die wie ein Geschwulst sein wird, das wird sich nie in Fühlingen einfügen“. Er fühlt sich von der Politik „abgebügelt“.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Chorweiler, 12.02.2026

„Änze Kääls“ aus Worringer feiern 100. Geburtstag

Hervorgegangen ist die Karnevalsgesellschaft aus dem feierfreudigen Wanderclub Morgenrot – Schwarz und weiß sind die Kostüme

VON ROLAND MEURER

Worringer. Schwarz-Weiß waren die neuen Farben, oder besser Nichtfarben, in Worringer „Goldenen Zwanzigern“. Schon bei ihrer Gründung vor 100 Jahren war für die Karnevalsgesellschaft Änze Kääls klar: bloß nichts Buntes und in jedem Fall abgrenzen von den bereits bestehenden farbenfrohen Worringer Gesellschaften „Immerfroh“, „Närrische“ oder „Löstige“. Hervorgegangen aus dem feierfreudigen Wanderclub Morgenrot, nannte sich das neue „schwarz-weiße“ Klüßchen 1926 zunächst Casino-Gesellschaft. Schon früh wollten sich die Gründer im Worringer Karneval beteiligen – allerdings auf eigene Art. Immer gegen den Strich, immer schwarz-weiß kostümiert und geschminkt, veranstaltete die neue

Gesellschaft ihren eigenen Rosenmontagszug, mit freiziehenden Originalgruppen und eigenem Zugweg, entgegen des gemeinsamen Rosenmontagszuges der anderen Gesellschaften.

Jahrelang gingen sie weiterhin eigene Wege. Im Jahr 1933 wurde der Name Casino-Gesellschaft in Karnevalsgesellschaft geändert. Zwei Jahre später nahmen die Änze Kääls erstmals an einem gemeinsamen Rosenmontagszug unter der Regie des „Karnevals-Festausschuß“, dem heutigen Festkomitee Worringer Karneval, teil. Das Motto passte: „Alles unger eine Hot“. Man verabschiedete sich damals von bisherigen Schreibweisen wie „Äänze Kääls“, „Aenze Kääls“ oder „Ähnze Kääls“ und einigte sich auf den Eigennamen „Änze Kääls“, berichtet Jürgen Winters, Ex-Prinz der „Änze“ in

der Session 2001/2002 und aktuell Zugleiter des Worringer Rosenmontagszuges. Wie viele andere Worringer Karnevalsgesellschaften sind auch die „Änze Kääls“ ein großes Familienunternehmen. Seit vier Generationen sind die Winters in der Gesellschaft aktiv. Sein Großvater Josef Winters sei einer der zwölf Gründungsmitglieder gewesen, erzählt der Enkel.

Ringkampf um Prinzenamt

Die ersten Vereinsjahre waren nicht leicht. Erst 1939 bekam die Gesellschaft den Zuschlag für eine Prinzenstellung. Beworben hatten sich die beiden Herren Hermann Heier und Hermann Hüsch. Da beide stur an ihrer Kandidatur festhielten, wurde die Nominierung durch einen sportlichen Ringkampf entschieden, den Hermann Heier gewann. In

dessen Prinzenjahr stellte die Gesellschaft erstmals ihr Tanzkorps „Burgwache“ vor. Der Name entstand ein Jahr zuvor bei einem Festumzug anlässlich der 650-Jahr-Feier zur Schlacht bei Worringer. Darin stellten die „Änze“ einen Wagen mit einer erzbischöflichen Burg, dem Burgvogt und der Burgwache. Bis heute hat das Traditionstanzkorps der Gesellschaft den historischen Namen Burgwache behalten.

Mit Kriegsbeginn 1939 endeten auch in Worringer alle Vereinstätigkeiten. Erst 1948 fand die erste Karnevalssitzung der KG Änze Kääls im Saal Matheisen statt. Seit der Session 1952/1953 stellen die „Änze“ mit vier anderen Gesellschaften und dem Männergesangsverein im Rhythmus von sechs Jahren den Prinz Karneval in Worringer. Obwohl die Mitgliedschaft bei den Än-

ze Kääls bis Mitte der 1970er Jahre reine Männersache war, gab es Frauen im Verein, die schon in den 1960er Jahren sehr aktiv waren. Auf Initiative von Thea Anton gründete sich 1965 ein Kindertanzkorps, 1977 das „Wurringer Buure Schnäuzerballer“. Im gleichen Jahr erlebten die Worringer Jecken an Weiberfastnacht eine weitere Neuerung. Erstmals eröffnete Änze-Prinz Harry I. (Krusche) um 11.11 Uhr den Straßenkarneval auf dem Worringer Zillikensplätzchen neben der katholischen Kirche. Bis heute ein Highlight im Worringer Karneval. Die jüngste Vereinstruppe sind die „Junge Änze Kääls“ (JÄK), gefolgt von den noch jüngeren JÄKe Fröchtchen, die schon fleißig Bühnenerfahrung sammeln.

Unter dem Vereinsmotto „Änz et Levve, Freud derneve“ waren und

sind die Änze Kääls immer für eine Überraschung gut. In seinem Prinzenjahr 1996 informierte Prinz Eddy I. (Edgar Müsch) seine Gesellschaft darüber, dass er an Weiberfastnacht seine „Prinzessin“ Vicki im Kölner Rathaus heiraten werde – natürlich im Prinzenornat. Gemeinsam mit der Worringer Feuerwehr, bei der Müsch aktives Mitglied war, begleitete die Gesellschaft ihren Eddy ins Rathaus. Von 2002 bis 2022 führte er als Präsident die Gesellschaft an. Im letzten Jahr musste der Verein die Spitze neu besetzen. Müsch war als Interimslösung im Gespräch. Sein Änze-Ruhestand währte nur kurz. An einem Wochenende im Oktober feiert der Verein gemeinsam mit der Grossen Karnevalsgesellschaft, die auch in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag feiert, eine große Jubiläumsparty im Vereinshaus.

Rölnr Stadt-Anzeiger

Lindenthal, 12.02.2026

Grüner Pfeil auf der Rhöndorfer Straße

Jugendvertreter in der Bezirksvertretung Lindenthal machen Verbesserungsvorschläge

VON SUSANNE ESCH

Klettenberg. Der Weg mit dem Fahrrad zur Schule kann voller Hindernisse sein, wie rote Ampeln, an denen man lange warten muss, obwohl kein Auto zu sehen ist, oder Schlaglöcher, die gerade in der Dunkelheit schlecht zu sehen sind, und Stürze verursachen.

Die Schüler und Schülerinnen, die sich in der neuen Jugendvertretung der Bezirksvertretung Lindenthal engagieren, haben damit einige Erfahrung und in der vergangenen Sitzung Verbesserungen beantragt, die die Bezirkspolitik auch einstimmig beschlossen hat: So hat sie die Verwaltung beauftragt, für den Radverkehr, der in Sülz von der Rhöndorfer Straße rechts in den Gottesweg einbiegen will, an der Ampel einen Grünpfeil anzubringen. Des Weiteren soll sie die Asphaltdecke auf der Hans-Sachs-Straße in Lindenthal erneuern, so dass die gefährlichen Schlaglöcher verschwinden.

Der Jugendvertreter und Schüler des Apostelgymnasium Constantin Rupp begründete die Anträge der Jugendvertretung: „An der Ecke Rhöndorfer Straße und Gottesweg ist es aktuell so, dass man an der Ampel mit dem Fahrrad

problemlos auf den Gottesweg abbiegen könnte“, sagte er. Wenn Radfahrende aber bis zur Grünphase warten müssten, sei das Abbiegen deswegen problematisch, weil sie dann den Fußgängern und Fußgängerinnen, die über die

Straße laufen in die Quere kommen würden. Die Bezirksvertretung schloss sich der Meinung an: Der Grünpfeil würde für die Radfahrer und Radfahrerinnen eine deutliche Erleichterung bedeuten. Derzeit würde es während der Grünphase wegen der vielen abbiegenden Autos und Fahrräder zu Staus kommen. Zudem würden die Fußgänger und Radfahrer, die die Straße kreuzen, gefährdet. Die Bezirkspolitik wies auch noch einmal darauf hin, dass sie bereits 2017 beschlossen hat, dass die Kreuzung in einen Kreisverkehr umgestaltet wird. Da aber nicht absehbar sei, wann dieser umgesetzt wird, biete der Grünpfeil erste Abhilfe.

Den Antrag, die Hans-Sachs-Straße auszubessern, begründete Constantin Rupp wie folgt: „Sie ist eine der wichtigen Straßen für Schülerinnen und Schüler, um zum Apostelgymnasium und der

Liebfrauenschule zu fahren“, sagte er. Durch die vielen Schlaglöcher darauf würde das Unfallrisiko für Radfahrende stark erhöht. Die

Bezirksvertretung befürwortete die Straßenreparatur: „Auch wir als Nicht-Schüler und Radfahrende werden davon profitieren“, sagte Klaus Reinartz (FDP).

Stadtverwaltung prüft

Die Stadtverwaltung möchte die Beschlüsse bald umsetzen: „Die Verwaltung freut sich über den Antrag und das Engagement der Jugendvertretung“ schreibt eine Sprecherin der Stadt. „Sie prüft aktuell, ob an der Kreuzung Rhöndorfer Straße/Gottesweg ein Grünpfeil installiert werden kann.“ Die Stadt würde auch beabsichtigen, die Fahrbahndecke der Hans-Sachs-Straße zwischen Dürener und Bachemer Straße in den kommenden zwei Jahren zu sanieren. Im Zuge der neuen Asphaltierung würde sie zudem prüfen, ob Markierungen die Situation für den Radverkehr verbessern könnten. Grünpfeilvorschläge für Radfahrende können an die Stadt Köln geschickt werden:

fahrradbeauftragter@stadt-koeln.de

Kölner Stadt-Anzeiger

Lindenthal, 12.02.2026

Vor der Domsingschule ist es morgens gefährlich voll

Leiterin Annette Riehm beschreibt in der Bezirksvertretung Lindenthal das Chaos, das sich täglich vor ihrer Einrichtung zeigt

VON SUSANNE ESCH

Lindenthal. Annette Riehm, Leiterin der Domsingschule, beschrieb in der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal ein Wimmelbild, das sich täglich vor ihrer Einrichtung zeigt: Morgens 7.45 Uhr würden aus drei Richtungen Autos zu ihrer Schule an der Clarenbachstraße fahren, aus der Bruckner-, der Kloster- und der Max-Reger-Straße. Sehr viele Kinder würden von ihren Eltern auch per Lastenrad gebracht. Andere seien zu Fuß unterwegs, kämen von der Haltestelle an der Aachener Straße und würden versuchen, die Clarenbachstraße zu queren. Die Schüler und Schülerinnen der Liebfrauenschule würden ebenfalls diesen Weg nehmen und dort zum Unterricht radeln. Es herrsche ein gefährliches Chaos.

Sie bat daher die Bezirksvertretung, sich dafür einzusetzen, dass die Clarenbachstraße eine Einbahnstraße wird und zwei Fußgängerüberwege für die Kinder markiert werden. Die Bezirkspolitik kam dem Wunsch nach und beauftragte die Verwaltung zu prüfen, ob die Anregungen der Schulleiterin umgesetzt werden können. Zudem fasste sie noch einen weiteren Beschluss und erteilte der Verwaltung auch den Auftrag, an einer konkreten Stelle einen Fußgängerüberweg zu markieren, und zwar im Bereich der Kreuzung Brucknerstraße Claren-

bachstraße oder alternativ eine Lichtanlage aufzustellen.

Dieser Beschluss entstammte einem Vorschlag der neuen Jugendvertretung in der Bezirksvertretung Lindenthal. Sie sprang in der Sitzung der Schulleiterin der Domsingschule bei: „Ich kann Frau Riehm nur recht geben“, sagte Jugendver-

treter und Liebfrauenschüler Nicklas Pütz, „auf der Clarenbachstraße zwischen Kloster- und Brucknerstraße ist es wirklich sehr gefährlich, weil die Autos dort auch nicht langsamer fahren, wenn dort Schüler unterwegs sind.“ Michael Olligschläger, Vorsitzender der CDU-Fraktion, konnte eigene Erfahrungen beisteuern: Die genannte Kreuzung gehöre zum Schulweg sehr vieler Schüler und Schülerinnen und sei morgens durch ein hohes Verkehrsaufkommen geprägt, sagte er. Cornelia Weitekamp (Grüne) sprach ebenfalls ihr Verständnis für die Sorge der Jugendvertreter und der Schulleiterin aus.

Laut Auskunft von Riehm gibt es einen Grund dafür, warum das Verkehrschaos an ihrer Schule besonders groß ist. Die seit 40 Jahren bestehende Grundschule in Trägerschaft des Erzbistums sei für ihr religiös-musikalisches Angebot regional bekannt und daher keine Stadtteilschule, schilderte sie. Die Schüler und Schülerinnen kämen aus ganz Köln und dem Umland. We-

gen der langen Anreise würden die

Kinder von ihren Eltern gebracht, mit Autos und Lastenrädern. Die Eltern würden ihre kleinen Kinder ungern allein auf den langen gefährlichen Schulweg schicken, erzählt sie. „Wir sagen den Eltern schon immer: Parkt in der Klosterstraße.“

Der Nachwuchs müsse ja nicht bis vor die Schule gefahren werden. Das absolute Halteverbot vor der Schule würde aber von Elterntaxis ignoriert. Sie würden rangieren und dabei leicht andere Kinder übersehen. Dabei seien gleichzeitig unzählige Schüler und Schülerinnen dort unterwegs. Einige Eltern hätten einen Verkehrsausschuss gegründet und mehrere Hundert Kinder gezählt, die allmorgendlich die Straße queren würden. Die Situation sei gefährlich. Seit Jahrzehnten würde die Schule bereits versuchen, sie zu befrieden, bislang ohne Erfolg.

„Die Verwaltung hat sich ein Bild vor Ort gemacht“, schreibt Robert Baumanns, Sprecher der Stadt. „Sie prüft nun – wie von der Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt – ob die Einrichtung einer Einbahnstraße und eines Fußgängerüberwegs sinnvoll und umsetzbar ist.“ Nach detaillierter Prüfung würde die Verwaltung der Bezirksvertretung ein Konzept zum Beschluss vorlegen. Erst danach könnten allerdings Aussagen gemacht werden, inwieweit das Ganze tatsächlich umgesetzt werde.